

BAUWESEN.

Die Wiederaufbauarbeiten gingen in den letzten Jahren in raschem Tempo vor sich und haben das Stadtbild Wiens geändert und verschönt. Die Gemeindeverwaltung verwendete von Jahr zu Jahr größere Geldmittel für Bauten, wobei hervorzuheben ist, daß diese Aufwendungen einen steigenden Anteil am Gesamtbudget ausmachten. Stellte sich der Bauaufwand der Gemeinde Wien im Jahre 1946 auf 20,5 Prozent des Gesamtbudgets, so stieg er im Jahre 1949 auf 24,8 Prozent, im Jahre 1950 auf 32 Prozent und betrug nach dem Voranschlag 1951 35,5 Prozent des Gesamtaufwandes.

Eine der Hauptorgen der Gemeindeverwaltung bildete dabei die Behebung der drückenden Wohnungsnot. Für den sozialen Wohnungsbau wendete sie im Jahre 1950 619 Millionen Schilling und nach dem Voranschlag 1951 719 Millionen Schilling auf, das sind weit über 40 Prozent des Baubudgets. Seit dem Jahre 1951 stellt die Gemeinde Wien auch größere Geldmittel zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsbaues bei. Der künstlerischen Ausgestaltung der städtischen Bauten wird besonderes Augenmerk zugewendet.

Durch großzügigen Umbau und Ausbau der Straßen und Brücken ist es gelungen, die Verkehrsverhältnisse in der Stadt zu verbessern. Ebenso wurde eine Verbesserung der sanitären Verhältnisse durch den Bau neuer Kanalanlagen und die Errichtung einer großen Kläranlage erreicht. Zahlreiche Schulen wurden neu errichtet, unter ihnen als modernste und größte die Schule in der Schäffergasse im 4. Bezirk. Kindergärten wurden wiederhergestellt und neu errichtet. Die im Krieg beschädigten Bäder wurden instandgesetzt und in Liesing ein neues Bad gebaut. Vor allem ist der Wiederaufbau des Strandbades „Gänsehäufel“ zu nennen, das das größte und schönste Strandbad Europas geworden ist.

Die Verbesserung der Straßenbeleuchtung wurde fortgesetzt und in einzelnen Bezirken konnten bereits die Beleuchtungsverhältnisse von 1937 erreicht werden. Der Verkehrssicherheit dienen neuinstallierte elektrische Verkehrsregelungsanlagen an verkehrreichen Straßenkreuzungen.

Die Behebung der Kriegsschäden an privaten und gemeindeeigenen Wohnhäusern ist mit Hilfe des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds weiter fortgeschritten, doch wird es hier noch jahrelanger Arbeit bedürfen, bis die letzten Spuren des Krieges beseitigt sein werden.

Im Winter 1949/50 zeigte sich zum ersten Male nach dem Kriege wieder größere Arbeitslosigkeit. Zu ihrer Steuerung hat die Stadt Wien ein Winterbauprogramm aufgestellt. Der Baubeginn an den einzelnen Baustellen wurde so festgelegt, daß es einerseits zu keiner ausgesprochenen Beschäftigtenspitze in den Sommermonaten kam, andererseits die Bauarbeiten an den einzelnen Baustellen bis zum Beginn des Winters so weit fortgeschritten waren, daß eine Weiterarbeit im geschlossenen Objekt ermöglicht wurde. Im Rahmen dieses Winterbauprogrammes wurden im Jahre 1951 auch neue Wohnungen durch Ausbau von Dachböden zu Mansardenwohnungen geschaffen. So ergibt sich im Großen wie im

Kleinen ein eindrucksvolles Bild vom Neu- und Wiederaufbau Wiens und von dem Lebenswillen der Stadt.

DIE STADTBAUAMTSDIREKTION.

Für die Durchführung des bautechnischen Programmes der Stadtverwaltung ist die Stadtbauamtsdirektion verantwortlich. Hiezu müssen umfangreiche Planungen vorgenommen werden, wobei die technische Raumnutzung des Stadtgebietes mit den sozialen Erfordernissen der jetzigen und der kommenden Generation in Einklang zu bringen ist.

Der Stadtbauamtsdirektion oblagen die Vorarbeiten für die Durchführung des sozialen Wohnbauprogrammes 1950 mit rund 4.300 Wohnungen, eines Zusatzprogrammes für 1.074 Kleinwohnungen und des Bauprogrammes 1951 mit rund 7.000 Wohnungen. Zur Durchführung der technischen Aufgaben standen den Abteilungen des Stadtbauamtes am 1. Jänner 1950 8.067, am 31. Dezember 1951 insgesamt 7.979 technische Bedienstete zur Verfügung.

In dem Bestreben, die Leistungen im Wohnungsbau zu steigern, wurde ein eigenes Studienbüro in der Stadtbauamtsdirektion geschaffen. Zur praktischen Betätigung wurde diesem die Durchführung der Bauvorhaben in Wien X., Gudrunstraße, und in Wien XXI., An der Siemensstraße, übertragen. Die dort errichteten Kleinwohnungseinheiten sind so gestaltet, daß es nach der Behebung der größten Wohnungsnot möglich sein wird, mit geringen Umbaukosten zwei Kleinwohnungen zu einer Normalwohnung zu vereinigen.

Bei dem Bauvorhaben An der Siemensstraße ist die erstmalige Errichtung eines Heimes für alte Leute bemerkenswert, das fünf ebenerdige Blocks mit insgesamt 27 selbständigen Wohnungseinheiten umfaßt.

Die Bauvorhaben wurden jeweils in Baulose gegliedert und zum Studium in sieben verschiedenen Bauweisen ausgeführt. Nach Tunlichkeit wurden die einzelnen Wohnhausblocktypen in allen sieben Bauweisen hergestellt. Die Häuser wurden in der Vollziegelbauweise, Ziegelsplittschütt-Bauweise, Mantelbeton-„Mono“-Bauweise, „Novodom“-Bauweise, Bimsschlackenschütt-Bauweise und mit 25 cm Hohlsteinen aus Ziegelsplitt und 32 cm starken Ziegelhohlsteinen errichtet.

Außer der versuchsweisen Anwendung der leichteren und schwächeren Bauweisen, die Ersparungen an Erdaushub, Kellermauerwerk, Fundamentausbau, Deckenausmaß, Dachstuhlmaß usw. erzielen ließen, wurden noch andere Versuche unternommen, die Wohnungsherstellungskosten zu senken. So wurde der Humus auf dem gesamten Baugelände von Planierdraht auf bestimmte Stellen zusammengeschürft. Die Aushubkosten waren dadurch nicht nur geringer, sondern es wurde der Humus für die spätere Gartenherstellung erhalten und die Zufuhr von Gartenerde erspart.

Die Kellermauern wurden aus einem wasserdichten Beton hergestellt, so daß die vertikale und zum Teil auch horizontale Isolierung erspart werden konnte. Dem Beton war zur Zementersparung Traß zugesetzt worden. Zur Mörtelbereitung für das Ziegelmauerwerk diente ausschließlich Trassit.

Nach Tunlichkeit wurden in den Siedlungshäusern Holzdecken verwendet. Zum Studium wurden aber auch einige Arten von Eisenbetondecken und solche aus Betonfertigteilen verschiedener Systeme verlegt.

Auch kostensparende Bohlen- und Brettelbinder kamen als Dachkonstruktion zur Ausführung, insbesondere solche, die sich von Außenmauer zu Außenmauer spannen und die Mittelmauern nicht belasten.

Zu den Dachböden führt nur eine Stiege je Wohnhausblock, da die Waschküchen und Trockenräume im Keller liegen und die Dachbodenräume nur vom Hauswart, Schornsteinfeger, Dachdecker und Spengler betreten werden dürfen. Darum wurde die oberste Geschoßdecke nur für eine Nutzlast von 100 kg je Quadratmeter bemessen.

Auch die Dimensionen der Fenster- und Türenkonstruktion wurden verringert. Zur Senkung der Kosten für Tischler- und Anstreicherarbeiten sind die Türfüllungen nicht aus Sperrholzplatten, sondern aus doppelten Holzfaserhartplatten hergestellt worden. Als Stiegenbrüstungen wurden Mounierwände, Geländer aus Holz, aus Vierkanteisen und aus Rundeisen und Gasrohren verwendet.

Die Bauten wurden im Winter weitergeführt und versuchsweise wurde ein Baulos in der mörtellosen „Novadom“-Bauweise begonnen, um die Eignung dieser Bauweise für die Wintermonate zu erproben.

Der Baufortschritt an den Siedlungshäusern in der Gudrunstraße und An der Siemensstraße wurde ständig mit den wichtigsten technischen Details photographiert; in den Jahren 1950 und 1951 wurden zahlreiche Exkursionen von Baudirektoren, Professoren und Hörern der technischen Hochschule, der technischen Mittelschulen, von Baufachleuten in Verbindung mit Tagungen und von Bau- und Siedlungsgenossenschaften abgehalten.

Über die kostensparenden Einflüsse der neu angewendeten Bauweisen gegenüber der traditionellen Vollziegelbauweise sind Untersuchungen im Gange. In den Jahren 1950 und 1951 wurden vom Studienbüro auch verschiedene technische Erfindungen und Neuerungen auf ihre Anwendbarkeit und auf die erzielbaren Baukostensparungen geprüft.

Das 4. und 5. Lohn- und Preisabkommen sowie die Erhöhung der Umsatzsteuer am 1. August 1951 hatten zahlreiche Nachtragsforderungen für Bauleistungen an die Gemeinde Wien zur Folge. Die Bearbeitung von Fragen über Preisangelegenheiten und solche des Verdingungswesens wurde aus prinzipiellen und organisatorischen Gründen im Jahre 1950 in den Geschäftsbereich der Stadtbauamtsdirektion übernommen. Zur Benachrichtigung der Abteilungen des Stadtbauamtes in Baupreis- und Verdingungsangelegenheiten wurden im Jahre 1950 zehn Verständigungen im Gesamtumfang von 109 Seiten und im Jahre 1951 neun mit zusammen 130 Seiten herausgegeben. Aus der Vielheit der bewältigten Arbeiten des Referates für Preisangelegenheiten sei die Überprüfung von Rechnungen für Arbeiten erwähnt, die in den von den Besatzungstruppen freigegebenen Objekten geleistet werden mußten, um diese für ihren ursprünglichen Zweck wieder benützlich zu machen. So wurden im Jahre 1950 5.617 Rechnungen in der Gesamthöhe von 4.000.040 S und im Jahre 1951 5.199 Rechnungen mit einer solchen von 5.580.710 S überprüft. Für verschiedene Ämter wurden im Jahre 1950 3.240 Rechnungen und Kostenvoranschläge mit einer Gesamtsumme von 29.143.159 S und im Jahre 1951 3.248 Rechnungen und Kostenvoranschläge mit einer solchen von 35.520.259 S überprüft und Abstriche vorgenommen, die im Jahre 1950 1.676.495 S und im Jahre 1951 1.948.259 S betragen. Ebenso mußten bei der Überprüfung von Kostenvoranschlägen zu Wiederaufbau-Fondsansuchen Kürzungen erfolgen. Diese beliefen sich im Jahre 1950 auf 15.440.409 S und auf 28.029.133 S im Jahre 1951.

Neben den grundsätzlichen Entscheidungen und der Abstimmung der Arbeit der technischen Verwaltungsstellen auf die gewählten Ziele und Aufgaben hat die Stadtbauamtsdirektion im Jahre 1950 28.900 und im Jahre 1951 33.399 Geschäftsstücke bearbeitet.

Im übertragenen Wirkungsbereich wurden von der Stadtbauamtsdirektion auch Eignungsprüfungen durchgeführt, über die nachstehende Übersicht Aufschluß gibt:

| | zugelassen | | Kandidaten geprüft | | approbiert | |
|---|------------|------|-----------------------|------|------------|------|
| | 1950 | 1951 | 1950 | 1951 | 1950 | 1951 |
| Staatsbaudienst | — | — | — | — | — | — |
| Baumeister | 22 | 14 | 22 | 14 | 19 | 14 |
| Maurermeister | 3 | 3 | 3 | 3 | 1 | 1 |
| Steinmetzmeister | 2 | 4 | 2 | 4 | 2 | 3 |
| Zimmermeister | 3 | 13 | 3 | 13 | 3 | 10 |
| Brunnenmeister | 1 | 2 | 1 | 2 | 1 | 2 |
| Elektriker | 62 | 34 | 62 | 34 | 40 | 23 |
| Installateure (Gas-, Wasser- und Beleuchtungs- einrichtungen) | 44 | 9 | 44 | 9 | 38 | 8 |
| Schiffsführer für Dampf- und Motorschiffe | 9 | 12 | 9 | 10 | 9 | 10 |
| Schiffsführer für Ruder- schiffe | 5 | 3 | 4 | 2 | 3 | 2 |

BAUGESETZGEBUNG UND BAURECHTSANGELEGENHEITEN.

Die Bautätigkeit nach dem Kriege erfuhr durch das Landesgesetz vom 13. Juli 1951 über den Wiederaufbau Wiens und zeitliche Änderungen der Bauordnung für Wien, LGBl. Nr. 20/1951, eine wesentliche Förderung. Das Gesetz räumt für den Wiederaufbau Erleichterungen ein; so kann die Behörde beim Wiederaufbau teilweise zerstörter Gebäude aus Gründen der Wirtschaftlichkeit der Bauführung von der Einhaltung einzelner Vorschriften der Bauordnung absehen, soweit keine Verschlechterung gegenüber dem früheren Zustande eintritt. Das Gesetz trifft auch Vorsorge zur Beseitigung von Gefahren und Erhaltung von Baulichkeiten. Der Eigentümer eines kriegsbeschädigten Gebäudes wird verpflichtet, den Bauzustand untersuchen zu lassen und einen weiteren Verfall des Hauses zu verhindern oder wenn dies nicht mehr möglich ist, das Objekt räumen und abtragen zu lassen.

Ein besonderer Abschnitt behandelt die Verpflichtung zur Abtretung von Grundflächen an die Gemeinde; danach muß der Eigentümer bei der Teilung eines Grundes zum Zwecke der Verbauung, falls dieser bisher nicht verbaut war oder als Bauplatz oder Kleingartenfläche bisher noch nicht behördlich genehmigt wurde, im Kleingarten- und im Siedlungsgebiet 15 Prozent, in den Gebieten der Bauklassen III, IV und V 25 Prozent der Grundfläche, soweit sie im Bauland oder Kleingartengebiet liegt, unentgeltlich und lastenfrei abtreten. Ist die Abtretungsverpflichtung zu den Verkehrs- und öffentlichen Erholungsflächen im Kleingartengebiet und im Siedlungsgebiet größer als 20 Prozent, in den Gebieten der Bauklassen I und II größer als 25 Prozent und in den Gebieten der Bauklassen III, IV und V größer als 30 Prozent, so leistet die Gemeinde für die darüber hinausgehenden Grundflächen eine Entschädigung in der Höhe des Straßengrundwertes.

Soweit die Abtretungsverpflichtung mit Rücksicht auf die Einhaltung der Bauordnung nicht erfüllt werden kann, tritt die Verpflichtung zur Leistung eines Geldbetrages in der Höhe des Straßengrundwertes ein. Andere wichtige Bestim-

mungen sind jene über die Aufgaben des Fachbeirates und das Eintrittsrecht der Gemeinde in Kaufverträge über Grundstücke. (Siehe Seite 172). Das Stadtbauamt hatte an der Schaffung dieses Gesetzes besonderen Anteil; es wirkte an zahlreichen anderen Gesetzen und Verordnungen mit, so an der Novellierung des Wohnhaus-Wiederaufbaugesetzes, an den Entwürfen des Bundeselektrizitätsgesetzes und des Ingenieurkonsulentengesetzes.

Im Jahre 1951 wurde durch Entschließung des Landeshauptmannes vom 19. Oktober eine Geschäftsordnung für die *Bauoberbehörde* erlassen. Die Bauoberbehörde für Wien besteht aus dem Landeshauptmann oder dem von ihm bestellten Vertreter, dem Vorstand der zur Vorbereitung der Berufungen zuständigen Magistratsabteilung, dem Stadtbaudirektor, dem Oberstadtphysikus und drei Baufachmännern. Für die beamteten Mitglieder der Bauoberbehörde treten im Verhinderungsfalle deren Vertreter im Amte ein. Für die drei Baufachmänner sind drei Ersatzmänner zu bestellen. Die Bestellung der drei Baufachmänner und ihrer Stellvertreter obliegt dem Landeshauptmann. Sie werden jeweils für die Dauer von zwei Jahren bestellt.

Die wichtigste Aufgabe der Bauoberbehörde ist die Entscheidung über Berufungen in administrativen Bauangelegenheiten, sofern es sich nicht um eine Bausache handelt, die vom Magistrat nur in mittelbarer Bundesverwaltung geführt wird. Berufungen in Strafsachen wegen Übertretungen baupolizeilicher Vorschriften gehen nicht an die Bauoberbehörde, sondern an die Landesregierung, bei Bausachen, die in mittelbarer Bundesverwaltung geführt werden, an den Landeshauptmann. Die Bauoberbehörde für Wien ist aber auch als Baubehörde zweiter Instanz in allen jenen Fällen zur Entscheidung berufen, in denen die allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetze der im Instanzenzug übergeordneten Behörde eine Entscheidungsbefugnis einräumen. Hieher gehören unter anderem die Entscheidung über eine Abänderung eines Bescheides nach § 69, Abs. 2, AVG. 1950, Entscheidungen über Wiederaufnahme des Verfahrens und die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen Bescheide, die von der Bauoberbehörde erlassen wurden, und die Entscheidung über Anträge nach § 73, AVG. 1950, wegen Verletzung der Entscheidungspflicht. Die Bauoberbehörde hat schließlich auch darüber zu entscheiden, ob einer Verwaltungsgerichtshofbeschwerde die aufschiebende Wirkung zuerkannt werden soll. Gleichfalls in die Zuständigkeit der Bauoberbehörde fallen Entscheidungen über Rechtsmittel, mit denen Entscheidungen des Magistrates zum Ersatz der Kosten bei baupolizeilichen Notstandsmaßnahmen im Sinne des § 129, Abs. 6, der Bauordnung angefochten werden.

Im allgemeinen hat die Rechtsprechung der Bauoberbehörde nach 1945 an die Rechtsprechung vor 1939 angeknüpft. Nur in einzelnen Fragen wurde eine neue Spruchpraxis geschaffen. Vor allem aber mußte die Bauoberbehörde nach 1945 zu einer Reihe von Fragen erstmalig Stellung nehmen, die bisher überhaupt noch nicht behandelt worden waren oder deren Bedeutung erst durch die gewaltigen Zerstörungen des Krieges erkannt wurde. Die Bedeutung der Bauoberbehörde geht daraus hervor, daß die Zahl der behandelten Berufungen in administrativen Bauangelegenheiten ständig zunimmt. Im Jahre 1950 wurden 636 und im Jahre 1951 995 Berufungen eingebracht, gegenüber 265 im Jahre 1938. Die Zahl der Entscheidungen stieg von 458 im Jahre 1950 auf 917 im Jahre 1951, gegenüber 240 im Jahre 1938.

Nach der Geschäftsordnung der Bauoberbehörde ist der Vorsitzende nicht stimmberechtigt. Er entscheidet nur bei Stimmengleichheit. Die Hälfte der sechs stimmberechtigten Mitglieder der Bauoberbehörde sind über Vorschlag der Kam-

mer der gewerblichen Wirtschaft ernannte Baugewerbetreibende, unterliegen aber in ihrer Tätigkeit bei der Bauoberbehörde keinerlei Weisung des Magistrates oder sonstiger Organe. Die Bauoberbehörde für Wien verwirklicht daher in ihrer Zusammensetzung und Organisation in hohem Maße den echt demokratischen Grundsatz, daß das Volk nicht nur an der Rechtsetzung, sondern auch an der Rechtsprechung und an der Verwaltung Anteil nehmen soll.

In das Jahr 1950 fiel auch die Neuausgabe der Bauordnung für Wien, I. Teil, an deren Abfassung die Stadtbauamtsdirektion maßgebend beteiligt war; der II. Teil dieses grundlegenden Werkes befindet sich in Vorbereitung.

Im Jahre 1951 fanden die finanziellen Auseinandersetzungen zwischen der Gemeinde und den Österreichischen Bundesbahnen über die Aufteilung der Kosten, die im Zusammenhang mit dem Neubau des Westbahnhofes durch die Ausgestaltung des Bahnhofvorplatzes und des Personentunnels aufgelaufen sind, statt. Außerdem sind der erfolgreiche Abschluß der Verhandlungen anläßlich der Auflassung der Teilstrecke der Preßburger Bahn von Kilometer 0 bis 11,7 sowie die eingeleiteten Verhandlungen wegen einer Beitragsleistung zur Ausgestaltung des Julius Tandler-Platzes als Bahnhofvorplatz des Franz Josefs-Bahnhofes und die Behandlung der das Gemeindeinteresse berührenden Fragen bemerkenswert, die durch den Neubau des Süd-Ostbahnhofes ausgelöst werden.

Auch die Rechtsbeziehungen zwischen der Gemeinde und der Post- und Telegraphenverwaltung, die sich aus der Inanspruchnahme städtischen Grundes für die Leitungen der Post ergeben, wurden einvernehmlich geregelt und dadurch zahlreiche Verfahren erspart, die bei der Inanspruchnahme eines Leitungsrechts nach dem Telegraphenwegesgesetz durchgeführt werden müßten.

Zu den behandelten Rechtsangelegenheiten, an denen die Gemeinde und das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau beteiligt sind, gehören: die Klärung der Grundbesitzverhältnisse am Donaukanal; die Beitragsleistung des Bundes zur Erhaltung von Wiener Straßen, die nicht als Bundesstraßen gelten, aber faktisch dem Durchzugsverkehr dienen; die Beleuchtung des Heldenplatzes und des Platzes zwischen den Museen; Klarstellung des Rechtes auf Wasserentnahme aus der Schönbrunner Wasserleitung und deren Duldung auf städtischem Grund; Kostentragung für die Herstellung von Autoparkplätzen vor dem Regierungsgebäude am Stubenring; Aufteilung der Kosten für die Errichtung von Verkehrszeichen und Verkehrspostenständen.

Eine weitgehende Inanspruchnahme des *Rechtsreferates* brachten die Zivilprozesse der Stadt Wien in Bausachen mit sich, wobei es sich auch um solche handelte, in denen Fragen der Hoheitsverwaltung eine Rolle spielten. Von diesen Streitfällen seien jene hervorgehoben, die aus der Zeit stammen, in der der Wiener Magistrat die Reichsverwaltung ausübte; sie betrafen Luftschutzbauten und Sofortmaßnahmen nach Bombenschäden.

Außer dieser informativen und rechtsberatenden Tätigkeit besorgte das Rechtsreferat der Stadtbauamtsdirektion auch die Rechtsvertretung der Stadt Wien in eisenbahnbehördlichen Verfahren.

STADTPLANUNG UND STADTREGULIERUNG.

Zur Begutachtung der Arbeiten der Stadtplanung hat der Gemeinderat im Frühjahr 1951 eine eigene Kommission eingesetzt, die aus acht Mitgliedern besteht und deren erster Vorsitzender der Bürgermeister, dessen Stellvertreter die Amtsführenden Stadträte für Bauangelegenheiten und für baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten sind. Diese Kommission hat im Jahre 1951

14 Sitzungen abgehalten, in denen die Entwürfe von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen vorberaten wurden. Die vom Leiter der Stadtplanung vorgelegten Gesamtpläne und Detailprojekte wurden einer eingehenden Beratung unterzogen und auch über die Reihung der Projekte nach der Dringlichkeit ihrer Verwirklichung vorläufige Beschlüsse gefaßt. Außerdem wurde unter Beiziehung von Fachleuten eine Sonderkommission für Verkehrsplanung geschaffen, die unter dem Vorsitz der Amtsführenden Stadträte *Afritsch* und *Dkfm. Nathschläger* in fünf Sitzungen die Entwürfe und Vorschläge der Stadtplanung begutachtete und die fachmännische Zustimmung erteilte.

Die Ergebnisse der Beratungen wurden in einem Bericht der Kommission zusammengefaßt und dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt. Das Stadtbauamt hat über die Arbeiten der Stadtplanung ein eigenes Berichtswerk herausgegeben, das dem Gemeinderat erschöpfende Informationen bietet und darüber hinaus auch den Fachkreisen und interessierten Körperschaften Kenntnis der ausgeführten Projekte vermitteln soll.

Die Wiener Bauordnung sieht einen eigenen Fachbeirat für Stadtplanung vor. Nach dem Gesetz vom 13. Juli 1951 über den Wiederaufbau Wiens und zeitliche Änderungen der Bauordnung für Wien kann der Fachbeirat auf Antrag des Magistrates mit der Begutachtung einzelner Bauvorhaben befaßt werden, wenn ein Bauvorhaben von maßgeblichen Einfluß auf das Stadtbild ist. Zum Zwecke der Erhaltung des Wald- und Wiesengürtels räumt dieses Gesetz der Stadt Wien das Recht ein, in Kaufverträge über Grundstücke, die im Wald- und Wiesengürtel liegen, an Stelle des Käufers einzutreten.

Das Planungsbüro selbst hat bereits im Jahre 1949 begonnen, die Voraussetzungen für alle künftigen Planungsarbeiten zu schaffen. Zu diesem Zwecke wurden für alle Bezirke Wiens Pläne hergestellt, aus denen die bauliche Struktur und die Bevölkerungsdichte ersichtlich ist. Ebenso wurde an einem den neuzeitlichen Anforderungen entsprechenden Verkehrsplan gearbeitet, der eine wichtige Unterlage für die Neufestsetzung des Flächenwidmungsplanes bildet. Die befriedigenden Erfahrungen mit der photomechanischen Vervielfältigung von Plandokumenten in eigener Regie führten im Jahre 1951 zu Versuchen, ein Verfahren zur Vervielfältigung von Planmaterial jeder Art zu entwickeln.

Im Jahre 1950 wurde die Reihenfolge der Arbeiten für den Flächenwidmungsplan festgelegt. Die Herstellung der Sektorenpläne und die graphische Ausarbeitung des Gesamtplanes wurden fortgesetzt. Für den Flächenordnungs- und Bebauungsplan einer Garten- und Wohnstadt im 21. Bezirk und für die Flächenwidmung der Simmeringer Heide wurden Vorstudien betrieben. Für die Abänderung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne für das Gebiet zwischen der Wiener Straße in Atzgersdorf und der Schloßallee in Erlaa sowie zur Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes nach Bauklassenzonen und der darin zulässigen Bauten und Anlagen wurden Vorschläge erstattet.

Regulierungspläne wurden im Jahre 1950 für die Bezirke I, IX und X vorbereitet. Im Jahre 1951 wurden 306 Regulierungsanträge für die Bezirke I bis XXVI ausgearbeitet; davon wurden 191 Anträge genehmigt. *Bebauungspläne* wurden im Jahre 1950 für den 18. und einen Teil des 19. Bezirkes sowie für Inzersdorf, Rothneusiedl und Kledering erstellt. Außerdem wurden Studien zur Abänderung des Bebauungsplanes für den südlichen Teil des Dampfschiffhafens an der unteren Alten Donau und ein Verbauungsvorschlag für Klosterneuburg ausgearbeitet. Für den 8. und 9. Bezirk wurde ein Bestandplan erstellt. Im Jahre 1951 wurden Bebauungspläne für folgende Gebiete fertiggestellt: Ferdinandstraße bis Prater Hauptallee, Gredlerstraße, Argentinierstraße - Theresianumgasse - Plöbllgasse,

Matzleinsdorfer Platz (Heumarkt und Strohmarkt), Westbahnhof-Bahnhofpostamt, Währinger Straße - Boltzmanngasse - Liechtensteinstraße, Eisenstadtplatz, Geisbergstraße - Geiereckstraße, Am Schöpfwerk, Theresienbad und Umgebung, Südwest-Friedhof, Pillergasse, Gebiet um die Neulerchenfelder Pfarrkirche, Fuchsenloch, Heiligenstadt, Heiligenstädter Lände, Hackenberg zwischen Krottenbachstraße - Sieveringer Straße - Görgengasse, Grinzinger Straße - Langacker-gasse - Schreiberweg, Brigittenau, Lang-Enzersdorf zwischen Nordwestbahn und Hubertusdamm, Himberg, Guntramsdorf, Mauer - Georgenberg, Atzgersdorf-Erlaa, Breitenfurt, Weidling.

Im Anschluß an die im Jahre 1949 im Stadtplan festgehaltenen Veränderungen wurde auch das Ergebnis der in den Bezirken II, III, IV, V, VI, VII, VIII, IX, XII, XXI und XXII geleisteten Reambulierungsarbeiten in die Stadtplanblätter ein-tragen.

Ortsbereinigungen erfolgten für die Gebiete Purkersdorf, Grinzing, Lang-Enzersdorf, Bisamberg, Mannsdorf, Schwechat, Mannswörth, Guntramsdorf, Mödling, Hinterbrühl, Sulz und Inzersdorf, Neustift am Wald, Sievering, Grinzing, Nußdorf, Groß-Jedlersdorf, Stammersdorf, Hirschstetten, Schwechat Hauptplatz, Ober-Laa, Unter-Laa, Rauchenwarth, Wienerherberg, Mödling, Inzersdorf und Kalksburg.

Zwecks *Sanierung alter Stadtviertel* wurden allgemeine Studien zur Neu-gestaltung der Fischerstiege und der Umgebung der Ruprechtskirche sowie von Alt-Erdberg und Lichtental angestellt. In Sonderstudien wurden das Schön-laternviertel, das Griechenviertel, das Gebiet um die Grünanger-, Ball-, Stern- und Naglergasse, Marc Aurel-Straße, Fleischmarkt, das Viertel Am Hof, das Vor-gelände des Coburg-Palais, das Viertel Mülkerbastei und Mülkersteig sowie ein Plan zur Entlastung der Schottengasse durch eine Fußgängerpassage behandelt.

Für die *Verkehrsplanung* wurden im Jahre 1950 Planungsstudien für folgende Hauptverkehrsstraßen durchgeführt: Kreuzungszug Possingergasse - Wattgasse - Schöffelgasse, Durchbruch Lange Gasse - Stiflgasse, außerdem für eine neue Panoramastraße im Bereich Schönbrunn und der Südrandstraße, im Zusammen-hange mit der Errichtung eines Volksbades in Wien-Süd. Im Jahre 1951 wurden Pläne für die Straßenkreuzung Wienzeile - Operngasse mit dem Verkehrszug der am Karlsplatz projektierten Unterfahung sowie Pläne zur Abänderung des Schweizergartens wegen der projektierten Anlage einer Umkehrschleife der Straßen-bahn im Zusammenhang mit dem künftigen Süd-Ostbahnhof und Varianten zur Ausgestaltung der Verkehrskreuzung am Matzleinsdorfer Platz ausgearbeitet. Außerdem wurden Verkehrsstudien für den Nord-, Süd- und Ostbahnhof unter Bedachtnahme auf die Neugestaltung dieser Bahnhöfe angestellt. Ebenso wurden Entwürfe über die Vorplatzgestaltung des neuen Westbahnhofes, des Franz Josefs-Bahnhofes und des künftigen Süd-Ostbahnhofes ausgearbeitet. Vorschläge zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse wurden in Studien niedergelegt, wobei es sich um die Trassenführung der Autobahnen im Bereich von Wien, Trassen-festlegung der äußeren Gürtelstraße im Bereich der Ostbahn, den Ausbau des Stadtbahnnetzes vom Gürtel (Gumpendorfer Straße) nach Meidling, Südbahnhof, die Regulierung der Aspernbrückengasse, Entlastung der Prager Straße, Verlegung der Ödenburger Straße, Unterfahung am Südtiroler, Matzleinsdorfer und Karlsplatz und um die Reform der Verkehrskreuzungen der Lastenstraße, der Alser Straße, der Mariahilfer Straße und auf dem Karlsplatz handelte.

Schließlich wurden noch Entwürfe für neue Parkplätze am Gänsehäufel ausgearbeitet und im Zusammenhang mit einer Umgestaltung des Naschmarktes neue Parkplätze an der Friedrichstraße geplant.

Im Jahre 1951 bezogen sich die Planungsstudien auf die Verkehrskreuzung Schottentor, eine Verkehrsreform an der Kreuzung Freyung - Herrngasse - Schottengasse - Teinfaltstraße, eine Verlängerung des Landstraßer Gürtels, die Anlage eines Parkplatzes im 10. Bezirk beim ASKÖ-Sportplatz, eine Reform der Endstation der Straßenbahnlinie 60 in Hietzing und die Verlängerung der Brunner Straße in Atzgersdorf. Außerdem wurden noch mehrere Detailentwürfe zum Ausbau des Stadtbahnnetzes ausgearbeitet.

Für die *Grünflächenplanung* wurde ein schematischer Übersichtsplan erstellt. Außerdem wurden Pläne für Grünflächen in den Bezirken II, VI bis XII, XV und XX sowie für die südlichen Randgebiete und Planstudien über Grünflächen im 1. und 9. Bezirk ausgearbeitet. Zur Schaffung von weiteren Erholungsplätzen, einer Sportanlage in der Großfeldsiedlung im 21. Bezirk und von Sport- und Spielplätzen in den Bezirken XVIII, XIX, XXIII, XXIV und XXV wurden die Pläne fertiggestellt. Überdies wurden jene Flächen im 8., 9., 11., 12. und 15. Bezirk bezeichnet, die sich für Spiel- und Grünanlagen eignen. In einem Memorandum wurde das Gesamtausmaß der bestehenden und erforderlichen Grünflächen, einschließlich der Bombenschuttplätze, die in Grünflächen umgewandelt werden sollen, festgestellt.

Für die Neugestaltung zerstörter und unverbauter Gebiete wurden städtebauliche und künstlerische Studien sowie Verbauungsstudien ausgearbeitet, und zwar für die Bezirkseingänge in die Leopoldstadt beim Dianabad und nach Favoriten beim Südtiroler Platz, für den Eisenstadtplatz und Matzleinsdorfer Platz sowie für das Gebiet Grinzinger Straße—Sandgasse und den Ortskern von Stammersdorf. Für die künftigen Bauführungen am Modenapark im 3. Bezirk, auf den Freihausgründen im 4. Bezirk, am Heu- und Pferdemarkt im 5. Bezirk, über die Verlegung des Allgemeinen Krankenhauses und die Verwertung der freiwerdenden Gründe, für die Neugestaltung der Verbauung im Bereiche des Messepalastes und der Stadtbahnstation Margaretengürtel und über den Arkadendurchbruch Neulerchenfelder Straße wurden gleichfalls Studien angestellt. Entwurfskizzen behandelten den Bau einer 10-klassigen Hauptschule am Matzleinsdorfer Platz, von Kindergärten, Wohnbauten sowie einer Schule auf dem Margaretengürtel, einer Notkirche in der Nordrandsiedlung Leopoldau und von Sporthallen am Pferdemarkt und auf dem Vogelweidplatz.

Für das städtische Wohnbauprogramm wurden Strukturskizzen für die im Jahre 1951 projektierten städtischen Wohnhausanlagen sowie ein Vorschlag zur Reform der Gesiba-Siedlung in Leopoldau ausgearbeitet. Zum Wiederaufbau des Heinrichshofes wurde eine Stellungnahme verfaßt.

Allgemeine Studien wurden im Jahre 1950 angestellt: über eine Stadterweiterung durch Großsiedlungen bei Strebersdorf, Stammersdorf, südlich von Inzersdorf und bei Stadlau, außerdem über einen Blumengroßmarkt, einen Waldfriedhof im Lainzer Tiergarten, die Ausgestaltung des Geländes des Wiener Regattaverienes am Ostufer der Alten Donau. Ebenso wurden Skizzen für einen Gemüsegroßmarkt auf dem Erdberger Mais, für die Aufschließung der Polizeisiedlung in Kagran sowie zur Bebauung des Grinzinger Barackenlagers, eine Strukturplanskizze für die Auhof-Siedlung und ein Lageplan für die Südstadt im 25. Bezirk ausgearbeitet. Im Jahre 1951 wurden Memoranden über die Ausgestaltung der Ameisbachzeile, zur Frage der Umsiedlung von Fabriken und über die Stadtbildpflege durch Reform der Bauklasseneinteilung verfaßt. Zu 20 Plänen wurden im Jahre 1950 und zu 22 im Jahre 1951 Modelle angefertigt.

Über die in den Jahren 1950 und 1951 eingegangenen und erledigten Dienststücke gibt nachfolgende Übersicht Aufschluß:

| | Protokollierte Dienststücke | | | |
|---|-----------------------------|-------|--------------|-------|
| | Eingang | | Erledigungen | |
| | 1950 | 1951 | 1950 | 1951 |
| Regulierungsarbeiten: | | | | |
| Allgemeines und Bezirke I bis XXVI .. | 1.537 | 1.277 | 1.509 | 1.064 |
| Fluchtlinienbekanntgaben | 1.156 | 1.571 | 1.131 | 1.544 |
| Kauf-, Tausch- und Pachtverträge, Parzellierungen, Grundteilungen, Grund-Um- und -Abschreibungen .. | 1.117 | 1.157 | 1.071 | 1.106 |
| Bauangelegenheiten | 1.566 | 1.124 | 1.496 | 1.108 |
| Industrie- und Verkehrsplanung | 71 | 81 | 59 | 77 |
| Grünanlagen und Sportplätze, Park- und Naturschutz, Kleingärten, Grabe- land, Friedhöfe | 88 | 116 | 74 | 110 |
| Sand-, Schotter-, Lehm- und Stein- gewinnung | 58 | 43 | 56 | 43 |
| Energieleitungen | 12 | 46 | 11 | 46 |
| Orientierungs-, Konskriptions- und Evidenznummern-Bescheide | 272 | 323 | 264 | 323 |
| Straßen-Neu- und -Umbenennungen und Benennungen städtischer Wohn- hausanlagen | 30 | 36 | 30 | 36 |
| Konsense, Pläne und Autographien ... | 136 | 357 | 136 | 357 |
| Kommissionen und Ortsaugenscheine . | 562 | 457 | 562 | 457 |
| Büroverhandlungen | 90 | 385 | 90 | 385 |
| Erlässe (Mag.-Dir., Bau-Dir. und son- stige Ämter) | 180 | 133 | 180 | 133 |
| Personalangelegenheiten, allgemeine und individuelle | 177 | 150 | 177 | 150 |
| Materialanforderungen, Dienstkraft- wagenbeistellung | 146 | 233 | 145 | 233 |
| Rechnungen | 483 | 430 | 483 | 430 |
| Dienststücke zusammen | 7.681 | 7.919 | 7.474 | 7.602 |

STADTVERMESSUNG.

Die Grundlage jeder Stadtplanung und jeder Bautätigkeit sind genaue Pläne, die die Stadtvermessung in jahrelanger mühevoller Arbeit erstellt hat. Aber auch während der Bauarbeiten sind Absteckungen und Vermessungen notwendig, um zu überprüfen, ob ein Bauwerk richtig im Gelände steht. Die Gebäudepläne selbst werden auf Grund von Detailvermessungen ausgearbeitet; um diese durchführen zu können, müssen feste Punkte vorhanden sein, deren Lage und Höhe bekannt ist. Zu diesem Zwecke wurden im Wiener Stadtgebiet über 1.500 Höhenfestpunkte durch gußeiserner Konsolen in Gebäudesockeln, im unverbauten Gebiet durch Granitsteine mit Knopf, vermarktet, eingemessen, berechnet und deren Höhenlage in die Höhenfestpunktverzeichnisse aufgenommen. Mit ihrer Hilfe ist es leicht, die Höhenlage jedes beliebigen Punktes im Gelände zu bestimmen und das Ergebnis bei der Planung zu berücksichtigen.

Ebenso wichtig ist die Ermittlung von Lagefestpunkten, auch Triangulierungspunkte genannt, die vom Bundesvermessungsamt unter Mitwirkung und finanzieller Unterstützung der Gemeinde erfolgt. Sichtbare Zeichen dieser Arbeit sind die Signale, die sich in Form von Pyramiden in Feldern und Wiesen und auf den Dächern von Gebäuden erheben.

Im Jahre 1950 wurden die Signale von 842 und im Jahre 1951 von 702 Höhenfestpunkten begangen, von denen im Jahre 1950 281 und im Jahre 1951 384 frisch gestrichen wurden. Im Lagefestpunktnetz wurden im Jahre 1950 85 trigonometrische Punkte und im Jahre 1951 96 durch Versenken von Marksteinen festgelegt; davon wurden 22 Punkte im Jahre 1950 und 49 im Jahre 1951 für Vermessungszwecke durch Aufstellung von Pyramiden sichtbar gemacht. 83 trigonometrische Punkte wurden im Jahre 1950 und 49 im Jahre 1951 eingemessen.

Über alle Vermessungen werden Pläne angefertigt, die in einem Archiv gesammelt werden. Im Jahre 1951 ist die Zahl dieser Pläne auf 3.000 angewachsen.

Außer diesen grundlegenden Arbeiten wird auch die Neuzeichnung der Generalstadtplanblätter (Maßstab 1 : 2.500) von der Stadtvermessung durchgeführt.

Für die Neuauflage des Generalstadtplanes (Maßstab 1 : 2.500) wurden bisher 130 Blätter druckreif gemacht. Für die Katasterplankarte wurden insgesamt 262 Teilpläne, sogenannte Mosaik, fertiggestellt. 70 Blätter, ungefähr ein Viertel aller in Betracht kommenden Blätter, wurden nach den Mosaiken neu gezeichnet und ergänzt.

Besonders bemerkenswert sind die in den Jahren 1950 und 1951 durchgeführten Vermessungen und Absteckungen für die städtischen Wohnbauprogramme, und zwar 67 im Jahre 1950 und 126 im Jahre 1951. Der weitaus größere Teil dieser Arbeiten wurde an Zivilingenieure vergeben.

Für Grenz- und Grundangelegenheiten wurden im Jahre 1950 in 298 und im Jahre 1951 in 409 Fällen Teilungspläne hergestellt und Grundabsteckungen vorgenommen; davon wurden 39 im Jahre 1950 und 50 im Jahre 1951 von Zivilingenieuren durchgeführt. Außerdem wurden zu verschiedenen Zwecken im Jahre 1950 126 Vermessungen, Absteckungen und ähnliche Arbeiten besorgt, 286 Mappenpausen hergestellt, 13 Lageskizzen angelegt und 1.426 Grundbuchserhebungen durchgeführt. Im Jahre 1951 wurden aus verschiedenen Anlässen 117 Vermessungen besorgt, 1.203 Grundbuchserhebungen gepflogen sowie 236 Grundbuchsauszüge und 205 Mappenpausen angefertigt.

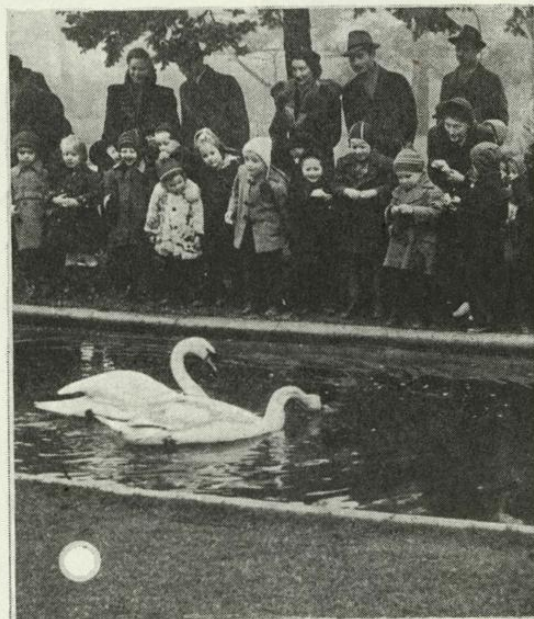
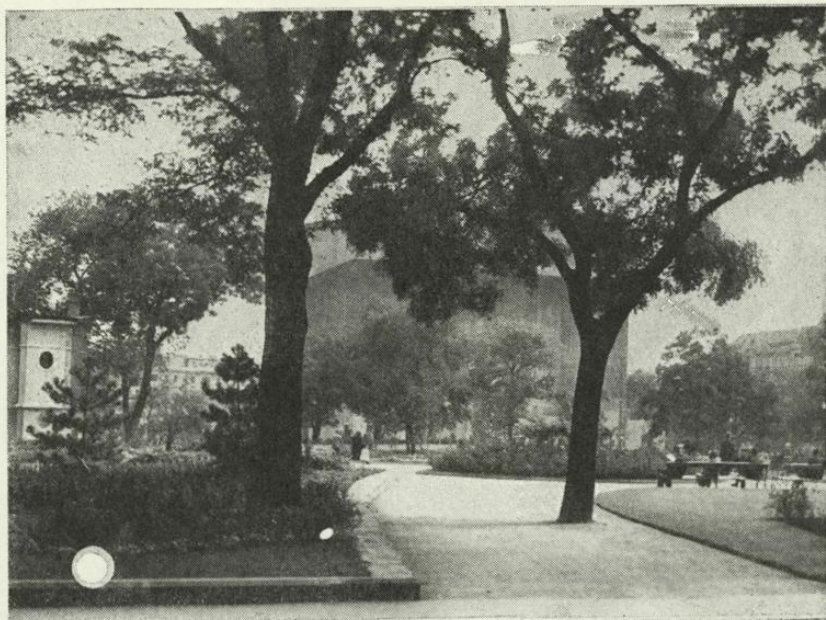
Regelmäßige Beobachtungen wegen Setzungen wurden im Jahre 1950 an 5 und im Jahre 1951 an 11 Bauwerken angestellt, wobei im Jahre 1950 2.379 Messungen und im Jahre 1951 890 vorgenommen wurden. Für den Bodenkataster wurden im Jahre 1950 an 35 Baustellen 2.694 Messungen und im Jahre 1951 an 26 Baustellen 701 Messungen durchgeführt. Alle diese Arbeiten wurden von städtischen Organen besorgt.

Schließlich wurden auch die für die Wiederaufbauarbeiten in den Jahren 1950 und 1951 erforderlichen vorbereitenden Vermessungen durchgeführt.

PLAN- UND SCHRIFTENKAMMER.

Die erhöhte Bautätigkeit der Gemeinde Wien brachte auch eine Steigerung der Verwaltungsarbeit der Plan- und Schriftenkammer mit sich, die in dem Anwachsen der Geschäftsstücke und Aufträge auf 12.505 im Jahre 1950 und auf 13.420 im Jahre 1951 sowie in der stärkeren Inanspruchnahme der Archive und der Fachbibliothek zum Ausdruck kam.

Das Planarchiv wurde überwiegend für Bodenuntersuchungen in Anspruch genommen, aber auch für topographische und kulturhistorische Studien benützt. In die Baueinlagen der Bezirke I bis IX und XX, die rund 23.000 Pläne umfassen, können städtische Ämter sowie andere öffentlich-rechtliche Körperschaften unentgeltlich Einsicht nehmen; das Planarchiv nimmt auch die Bestellung von



Ruheplätze für die
Erwachsenen —
Spielplätze für die Jugend.
Der im dichtverbauten 3. Bezirk
gelegene Arenbergpark wurde
wieder instandgesetzt.

Schwäne im Stadtpark.
Zur Freude der Kinder wurden
auf dem Teich im Stadtpark
wieder ein Schwanenpaar und
andere Wasservögel ausgesetzt.



Wiens künftiges Gesicht.

Die Gemeinderätliche Kommission für Stadtplanung in der Plan- und Modellschau im Rathaus. (Von rechts nach links: Stadtrat Afritsch, Gemeinderat Lust, Bürgermeister Jonas, Bundespräsident Körner, Stadtrat Robetschek, Stadtrat Thaller, Stadtrat Nathschläger, Senatsrat Exel, Stadtrat Resch, Baudirektor Ing. Gundacker, Prof. Dr. Ing. Brunner, Ob.-Baurat Ing. Arch. Boeck.)

Die erste Gleichfeier im Jahre 1950.

Das Wohnhaus in der Brigittenau, Wehlstraße, ist im Rohbau fertig.

Photokopien entgegen. Privatparteien haben hierfür die vorgeschriebenen Gebühren zu entrichten.

Die Zahl der Aufträge von Ämtern und Privatpersonen, die von dieser Einrichtung Gebrauch gemacht haben, geht aus nachstehender Übersicht hervor:

| | 1949 | 1950 | 1951 |
|------------------------|-------|-------|-------|
| Städtische Ämter | 2.105 | 2.732 | 2.947 |
| Fremde Ämter | 541 | 753 | 122 |
| Privatparteien | 2.562 | 1.982 | 1.949 |

Der erhebliche Rückgang des privaten Parteienverkehrs läßt sich daraus erklären, daß im Jahre 1949 die Gebühren verdoppelt wurden.

An städtische und fremde Ämter sowie an die Besatzungsmächte wurden im Jahre 1950 4.996 und im Jahre 1951 5.255 Pläne und Karten abgegeben, und zwar:

| | 1949 | 1950 | 1951 |
|--------------------------|-------|-------|-------|
| Generalstadtpläne | 1.681 | 1.818 | 3.245 |
| Katasterplankarten | 928 | 910 | 531 |
| Feuerwehrpläne | 832 | 1.047 | 426 |
| Sonstige Karten | 1.239 | 1.221 | 1.053 |

Als zentrale Beschaffungsstelle für die von den technischen Magistratsabteilungen benötigten Plandrucke und Lichtpausen hat die Plan- und Schriftenkammer 3.862 Aufträge im Jahre 1950 und 4.048 im Jahre 1951 an private Firmen vergeben und deren Rechnungen überprüft.

Für private Bauinteressenten wurden vom phototechnischen Laboratorium der Plan- und Schriftenkammer im Jahre 1950 rund 15.000 Photokopien, d. s. 916 m², und im Jahre 1951 rund 12.000, d. s. 780 m² hergestellt; der erhebliche Rückgang ist auf eine Preiserhöhung des Photopapiers zurückzuführen.

Für das Bilddokumentenarchiv und für technische Bauabteilungen wurden von der Kontophot- und Lumoprintanlage 923 Aufträge auf Photokopien, maßstabrichtige Vergrößerungen oder Verkleinerungen von Plänen sowie Platten, Filmen und Diapositiven ausgeführt.

Die Stadtbauamtsbibliothek wurde durch Neuanschaffungen auf einen Stand von rund 8.000 Werken gebracht; 62 Fachzeitingen liegen auf.

ARCHITEKTUR.

Durch eine Änderung der Geschäftsordnung des Magistrates hatte sich die Architekturabteilung, vom 1. Jänner 1950 an, nicht mehr mit der Bauberatung zu befassen, so daß sich ihr Tätigkeitsgebiet auf die Stadtbildpflege und Architektur beschränkte.

In der Stadtbildpflege wurden im Jahre 1950 3.449 und im Jahre 1951 3.143 Geschäftsstücke behandelt, die die Überprüfungen von Neu-, Zu- und Umbauten vom künstlerischen und ästhetischen Standpunkt zum Gegenstande hatten. Außerdem wurden Planungen und Entwürfe für den Wiederaufbau von Objekten, die durch Kriegshandlungen beschädigt worden waren, überprüft. Städtische Architekten haben auch zahlreiche Neuplanungen für die Wohnbauprogramme 1950 und 1951 ausgeführt; ein Teil der Entwurfsarbeiten wurde an Privatarchitekten vergeben.

Die Wohnhausprogramme 1950 und 1951 umfaßten nachstehende Bauvorhaben:

Wohnhausbauprogramm 1950.

- | | |
|---|--|
| I., Judengasse | XIII., Hetzendorfer Straße - Feldkellergasse |
| II., Schüttelstraße | XIII., Fasangartengasse - Wattmannngasse |
| III., Paracelsusgasse | XIII., Waldvogelgasse |
| III., Baumgasse | XIV., Märzstraße |
| III., Kegelgasse | XV., Fünfhausgasse |
| III., Kleingasse | XV., Löschenkohl-gasse - Preysingg. |
| III., Untere Weißgerberstraße | XVI., Koppstraße - Hettenkofergasse - Pfenniggeldgasse |
| IV., Belvederegasse | XVII., Hernalser Hauptstraße, Bauteil 2 und 3 |
| IV., Karolinengasse | XVII., Lascygasse |
| IV., Preßgasse - Schäffergasse | XVIII., Michaelerstraße |
| IV., Trappelgasse | XVIII., Paulinengasse beim Czartoryskipark |
| V., Laurenzgasse | XIX., Heiligenstädter Straße |
| VI., Mollardgasse, Bauteil 2 | XX., Jägerstraße - Brigittaplatz |
| IX., Wiesengasse - Fechtergasse | XX., Kapaunplatz, Bauteil 2 |
| X., Per Albin Hansson-Siedlung, Bauteil 3 | XX., Treustraße |
| X., Stuedelgasse - Quellenstraße | XX., Wehlstraße, Bauteil 2 |
| XI., Geiselbergstraße | XXI., Groß-Jedlersdorf, Carrogasse - Justgasse |
| XI., Hasenleiten (Geschäftsblock) | XXI., Gerichtsgasse, Brünner Straße |
| XI., Hasenleiten (4 Blöcke) | XXI., Jedleseer Straße, Bauteil 2 |
| XII., Atzgersdorfer Straße - Hetzendorfer Straße - Defreggerstraße | XXI., Kraygasse - Am Freihof |
| XII., Atzgersdorfer Straße - Hetzendorfer Straße - Deutschmeisterstraße | XXI., Rußbergstraße, Bauteil 2 |
| XII., Atzgersdorfer Straße - Kerngasse, Bauteil 2 | XXII., Konstanziagasse |
| XII., Malfattigasse | XXII., Steigenteschgasse |
| XII., Moosbruggergasse, Bauteil 2 | XXIII., Erlaa, Hauptstraße |
| XII., Pachmüllergasse | XXIII., Ober-Laa, Hauptstraße |
| XII., Schönbrunner Straße | XXIII., Schwechat, Wiener Straße |
| XII., Steinhagegasse | XXV., Inzersdorf, Friedhofstraße |
| XII., Wilhelmstraße - Vierthaler-gasse, Bauteil 2 | XXV., Liesing, Dr. Neumann-Gasse |
| | XXV., Rodaun, Mauerbergstraße |

Wohnhausbauprogramm 1951.

- | | |
|---|--|
| I., Fischerstiege - Salvatorgasse | XI., Lorystraße 18 |
| II., Miesbachgasse 15 | XI., Zipperergasse |
| III., Am Modenapark | XII., Arndtstraße - Malfattigasse |
| III., Kölblgasse 36 - Kärchergasse 2 | XII., Elsniggasse - Hoffingergasse |
| III., Uchatiusgasse - Esteplatz | XII., Moosbruggergasse - Wienerbergstraße, Bauteil 3 |
| V., Margaretengürtel - Heu- und Strohmärkte, Gruppe 1 | XII., Ruckergasse - Hohenbergstr. Nr. 38—40 |
| V., Reinprechtsdorfer Straße 51 | XII., Wilhelmstraße 20—24 |
| VI., Dominikanergasse 5 | XIII., Hetzendorfer Straße - Atzgersdorfer Straße, Bauteil 2 |
| VI., Mollardgasse 30, Bauteil 3 | XIII., Lainzer Straße 111—117 |
| VIII., Kochgasse 25 | XIII., Lainzer Tiergarten, Bauteil 2 |
| X., Leebgasse - Migerkagasse - Reichenbachgasse | XIV., Amortgasse - Goldschlagstraße |
| X., Raxstraße - Leebgasse - Migerkagasse | |

- | | |
|---|---|
| XIV., Linzer Straße - Hütteldorfer Straße - Deutschordenstraße, Bauteil 3 | XXI., Jedleseer Straße, Bauteil 3 |
| XVI., Gablenzgasse - Pfenniggeldgasse - Zagorskygasse | XXI., Leopoldauer Straße 107—113 |
| XVI., Hettenkofergasse - Koppstraße, Bauteil 2 | XXI., Stammersdorfer Straße |
| XVII., Rosensteingasse - Hernalser Hauptstraße, Bauteil 3 | XXII., Bessemerstraße - Mengergasse - Ostmarkgasse |
| XIX., Grinzinger Straße - Nordseite | XXII., Donaufelder Straße 196—214 |
| XIX., Silbergasse - Nußwaldgasse | XXII., Gerambgasse - Magdeburgstraße |
| XX., Kapaunplatz, Bauteil 3 | XXII., Süßenbrunn |
| XX., Vorgartenstraße 83—85 | XXII., Viktor Kaplan-Straße - Erzherzog Karl-Straße |
| | XXV., Inzersdorf, Mühlgasse |
| | XXV., Liesing, Gärtnergasse |
| | XXV., Mauer, Freisingergasse |

Bauvorhaben mit Wiederaufbaufondsmitteln.

- | | |
|------------------------------------|-----------------------------------|
| I., Bäckerstraße - Sonnenfelsgasse | XXIII., Schwechat, Ehbrustergasse |
| XVII., Nattergasse | XXIII., Schwechat, Wiener Straße |

Außerdem wurden Pläne für folgende Objekte entworfen:

Schulen.

- | | |
|--|---|
| IV., Schäffergasse - Rienöblgasse | XXII., Hirschstetten, Salbeigasse - Zschokkegasse |
| XIV., Amundsenstraße - Bekehrtystraße | XXIII., Schwechat |
| XIV., Am Wolfersberg | XXIV., Guntramsdorf, Eichkogelsiedl. |
| XXI., Jedleseer Straße | XXV., Breitenfurt |
| XXI., Leopoldau, Stadtrandsiedlung, Teil 2 | XXV., Rodaun, Sauberskirchengasse Nr. 20 |

Kindergärten und Kinderheime.

- | | |
|--|---|
| II., Wehlstraße - Erzherzog Karl-Platz | XIV., Wohnhausanlage Baumgarten |
| III., Kölblgasse - Hegergasse | XVII., Dornbacher Straße 53, Umbau |
| X., Lippmangasse 3, Wiederaufbau | XX., Wohnhausanlage Kapaunplatz |
| X., Per Albin Hansson-Siedlung | XXI., Josef Baumann-Gasse, Wiederaufbau |
| XII., Fuchsenfeld, Wiederaufbau | XXI., Wohnhausanlage Jedleseer Straße |
| XIII., Girzenberg | XXIV., Biedermannsdorf |
| XIV., Baumgarten, Kasinopark | Neustift bei Scheibbs, Gut Lehenhof |

Spitäler, Wohlfahrtseinrichtungen und sanitäre Anlagen.

- | | |
|--|--|
| IX., Poliklinik, Mariannengasse | III., Sanitätsstation, Arsenalstraße |
| X., Franz Joseph-Spital, Prosektur, medizinischer, chirurgischer und Infektions-Pavillon | X., Gänsbachergasse, Obdachloosenheim |
| XVI., Wilhelminenspital, Schwesternheim | XVIII., Pötzleinsdorf, Jugendherberge |
| XXI., Krankenhaus Floridsdorf, Trakt Kahlgasse, Wiederaufbau | XIII., Löffelgasse, Tuberkulose-Rekonvaleszentenheim |
| | XV., Pillergasse 24, Krankenbeförderungszentrale, Wiederaufbau |
| | 13 W.-C.-Anlagen |

Amtshäuser.

Innenausgestaltung der Festsäle.

- | | |
|--------------------------|----------------------|
| IX., Währinger Straße 39 | XXI., Am Spitz |
| XIII., Hietzinger Kai | XXV., Perchtoldsdorf |

Bäder und Sportanlagen.

- | | |
|---|-----------------------------|
| II., Engerthstraße, Radrennbahn- tribüne | XXV., Liesing, Volksbad |
| X., Amalienbad | II., Spenadelwiese |
| XVII., Kardinal Nagl-Platz | II., Venediger Au |
| XVII., Pezlpark | XII., Johann Hoffmann-Platz |
| | XXI., Wasserpark |

Feuerwehrobjecte.

- | | |
|------------------------------|-------------------------------|
| I., Feuerwehrzentrale Am Hof | X., Hauptfeuerwache Favoriten |
|------------------------------|-------------------------------|

Märkte und Hallen.

- | | |
|--|---|
| III., St. Marx, Schweinemarkthalle, Überdeckung der Schweine- marktstraße, Personalgarde- roben | X., Viktor Adler-Markt, Markt- amtsgebäude |
|--|---|

Sonstige Planungen.

- | | |
|---|---|
| II., Venediger Au, Milchtrinkhalle | XIII., Löfflergasse, Boardinghaus für Tuberkulose-Rekonvales- zente |
| III., Arenbergpark, Pavillon | XVI., Grundsteingasse, Umbau der Hauptschule in ein Heim für „Jugend am Werk“ |
| III., Rasumofskygasse, Süß-Denk- mal | XXI., Gartenstadt, Jedleseer Straße, Denkmal für Bürgermeister Seitz |
| IV., Argentinierstraße-Karls- kirche, Gluck-Denkmal | XXI., Reservegarten, Pumpenhaus |
| V., Siebenbrunnenfeldgasse-Ein- siedlergasse 2—4, Garage V | XXII., Stadlau, Schierlinggrund, Wasserhebewerk mit Wohn- haus |
| VI., Mariahilfer Straße-Gürtel, Ver- kehrskanzel | XXIV., Mödling, Husarentempel, Wie- deraufbau |
| VII., Mariahilfer Straße-Neubau- gasse, Verkehrskanzel | XXIV., Gumpoldskirchen, Obst- und Weinbauschule, Wirtschafts- gebäude, Arbeiter- und Be- amtenhaus |
| VII., Mariahilfer Gürtel, Lueger- obelisk, Neuaufstellung | Prein, N.-Ö., Forsthau Neusiedel am Steinfeld, Wohnhaus |
| XI., Grabmal für Bundespräsidenten Dr. Karl Renner am Zentralfriedhof vor der Dr. Lueger-Gedächtniskirche | Eggenburg, Erziehungsanstalt, Fest- saalgestaltung |
| XI., Thermochemische Fabrik, Sim- meringer Lände 208, Werk- stättengebäude | |
| XI., Zentralfriedhof, Verkaufsstän- de beim 2. Tor | |

KÜNSTLERISCHE AUSSCHMÜCKUNG STÄDTISCHER BAUTEN.

Im Jahre 1951 wurde die künstlerische Ausschmückung von städtischen Wohnhaus- und Nutzbauten wieder in größerem Ausmaß aufgenommen. Insgesamt wurden 33 solcher Arbeiten fertiggestellt, von denen die bemerkenswertesten nachstehend verzeichnet werden:

- | | |
|---|---|
| III., Hainburger Straße 57, Brunnen mit plastischem Schmuck, aus Naturstein „Geschwister“ | IX., Galileigasse 6, Natursteinrelief „Galilei“ |
| VII., Bernardgasse 10, 2 Reliefs in farbiger Keramik „Spiel- mann und Tänzerin“ | XII., Atzgersdorfer Straße-Hetzen- dorfer Straße, Rundplastik aus Steinzeug „Bär“ |

- XII., Schwenkgasse - Hasenhutgasse, Reliefplastik aus Steinzeug „Fenster ins Leben“
- XIII., Hetzendorfer Straße - Feldkellergasse, Sgraffito „Hetzendorf einst und jetzt“
- XIV., Hochsatzengasse - Baumgartenstraße, Sgraffito „Die Erde“
- XVI., Reinhartgasse 26—28, Natursteinrelief „Mutter“
- XVII., Hernalser Hauptstraße, Relief aus Naturstein „Arbeit“
- XX., Engerthstraße, Sgraffito „Briggittakirchtag“
- XXI., Karl Seitz-Hof, Marmorbüste von Altbürgermeister Seitz
- XXII., Kagran, Freihofsiedlung, Gänsebrunnen aus Bronze
- XXIII., Schwechat, Wiener Straße, 2 Sgraffiti „Der Film verbindet Erdteile“
- X., Per Albin Hansson-Siedlung, Volksschule, Sgraffito „Schweizer Mittsommerregen“
- XXI., Kagran, Berufsschule für das Baugewerbe, Bronzebüste von Stadtrat Novy
- XXI., Schule Leopoldau, farbiges keramisches Bild „Panorama von Wien“

BAUSTOFFBESCHAFFUNG.

Der Baustoffverbrauch der Gemeinde Wien ist weiter angestiegen. Während im Jahre 1949 838.328 Tonnen Baustoffe verbraucht wurden, stellte sich der Bedarf im Jahre 1950 auf 996.596 Tonnen und erreichte im Jahre 1951 1.221.809 Tonnen.

Zur Deckung des immer wieder stoßweise auftretenden Bedarfes an Baumaterialien und zur Ausfüllung von Produktionslücken in der Baustoffindustrie wurde ein eigenes Lager in Wien, III., Erdberger Lände 90, unterhalten und außerdem wurden bei mehreren privaten Unternehmungen Baustoffe eingelagert. Dagegen wurde der städtische Steinlagerplatz in Wien XIV., Deuschordensstraße, im Jahre 1950 aufgelassen.

Über die Art und Menge des für die städtischen Bauten beschafften Materials gibt die folgende Übersicht Auskunft:

| | 1950 | 1951 | 1951 |
|------------------------|------------------------|---------|--------------------------------|
| | | Tonnen | Tonnen |
| Zement | | 85.822 | 90.558 |
| Kalk | | 16.187 | 13.311 |
| Gips | | 3.901 | 5.582 |
| Bausand | 321.696 m ³ | 460.735 | 439.804 m ³ 628.295 |
| Kalkschotter | 113.031 m ³ | 161.457 | 94.968 m ³ 135.666 |
| Hartschotter | 9.178 m ³ | 13.111 | 5.844 m ³ 8.345 |
| Mauerziegel | 46.206.356 St. | 139.377 | 52.220.116 St. 171.330 |
| Dachziegel | 829.545 St. | 1.916 | 814.773 St. 2.035 |
| Betondachsteine | 1.609.319 St. | 3.948 | 2.772.762 St. 7.744 |
| Steinzeugrohre | | 1.135 | 30.468 lfm 1.049 |
| Betonrohre | | 1.381 | 31.366 lfm 2.461 |
| Heraklith | | 1.553 | 140.609 m ² 2.108 |
| Bauplatten | | 5.360 | 246.243 m ² 16.639 |
| Nadelschnittholz | 2.917 m ³ | 1.462 | 2.603 m ³ 1.336 |
| Fußböden | 136.977 m ² | 2.567 | 177.151 m ² 3.562 |
| Fenster | 8.732 St. | 467 | 3.891 St. 231 |
| Türen | 14.504 St. | 700 | 15.503 St. 786 |
| Kunststeinstufen | | 946 | 23.164 lfm 2.779 |
| Feinblech | | 248 | 263 |
| Stabeisen | | 6.440 | 5.999 |
| Rohre aus Eisen | | 506 | 179 |

| | 1950 | Tonnen | 1951 | Tonnen |
|-------------------------|------------------------|---------|------------------------|-----------|
| Gußeisenwaren | | 514 | | 391 |
| Dachpappe | 271.380 m ² | 541 | 277.864 m ² | 551 |
| Bauglas | 103.862 m ² | 602 | 107.137 m ² | 854 |
| Farben u. chem. Prod. . | | 527 | | 616 |
| Pflasterungsmaterial .. | | 21.969 | | 19.042 |
| Sonstige Baustoffe | | 63.224 | | 100.097 |
| | | <hr/> | | <hr/> |
| Gesamtmenge ... | | 996.596 | | 1.221.809 |

Für die Materialien, von denen fast ein Drittel aus dem eigenen Lagerbestand sowie aus den bei Firmen eingerichteten Konsignationslagern stammte, hat die Gemeinde Wien im Jahre 1950 127,850.000 S und im Jahre 1951 184,913.500 S ausgegeben.

BAUTÄTIGKEIT.

BAU VON STÄDTISCHEN WOHNHAUS- UND SIEDLUNGSANLAGEN.

Obwohl sich die Bevölkerung gegenüber der Vorkriegszeit verringert hat, ist infolge der Zerstörungen durch den Krieg, durch den Zustrom von tausenden Heimatvertriebenen, durch die geringe Bautätigkeit von 1934 bis Kriegsende sowie infolge des höheren durchschnittlichen Lebensalters der Menschen ein empfindlicher Mangel an Wohnraum eingetreten. Die Gemeinde ist seit Kriegsende bestrebt, durch Intensivierung der Bautätigkeit die Wohnungsnot zu lindern. Der Erfolg dieser Bemühungen wird durch die Tatsache illustriert, daß im Herbst 1951 mit der Eröffnung der teilweise fertiggestellten Wohnhausanlage in Meidling, Moosbruggergasse, die zehntausendste neuerbaute Wohnung vergeben werden konnte. Insgesamt wurden in den Jahren 1950 und 1951 9.215 Wohnungen vergeben.

Im Wohnbauprogramm 1950 war der Bau von 5.406 und im Wohnbauprogramm 1951 von 5.407 neuen Wohnungen vorgesehen. Die Zahl der im Jahre 1950 fertiggestellten Wohnungen betrug 3.927, jene der im Jahre 1951 fertiggestellten 5.011. Insgesamt befanden sich im Jahre 1950 10.213 Wohnungen und im Jahre 1951 11.599 Wohnungen im Bau.

Nachstehende Übersicht gibt über die in den Jahren 1950 und 1951 fertiggestellten Wohnungen Aufschluß.

| Wohnhausanlagen 1950: | Anzahl der fertiggestellten Wohnungen ¹⁾ |
|---|---|
| II., Wehlstraße, Bauteil 1 | 67 |
| II., Wehlstraße, Haussteinstraße, Bauteil 2 | 228 |
| III., Barthgasse 5—7 | 36 |
| III., Strohgasse 14 | 38 |
| III., Hainburger Straße - Gestettengasse | 44 |
| IV., Kolschitzkygasse 9—13 | 105 |
| V., Blechturmstraße 23—27 | 81 |
| V., Wimmergasse - Bacherplatz | 56 |
| VI., Mollardgasse - Grabnergasse, 1. Teil | 78 |
| VII., Bernardgasse 10 | 10 |
| IX., Galileigasse 6 | 28 |

¹⁾ Schlüsselfertige Neubauten werden oft schon in die Verwaltung übergeben, ehe noch die bauliche Benützungsbewilligung vorliegt; daraus erklären sich eventuelle Differenzen mit der Baustatistik.

Wohnhausanlagen 1950:

Anzahl der
fertiggestellten
Wohnungen

| | |
|---|-----|
| XI., Hasenleiten, Block 12 | 48 |
| „ „ „, Block 13 | 60 |
| „ „ „, Block 14 | 60 |
| XI., Molitorgasse, Stiege 1—8, Bauteil 1 | 99 |
| XI., Molitorgasse, Stiege 9—22, Bauteil 2 | 66 |
| XI., Delsenbachgasse - Wilhelm Otto-Straße | 75 |
| XI., Simmeringer Hauptstraße 76 | 34 |
| XII., Malfattgasse 27—29 - Koflergasse | 31 |
| XII., Schwenkgasse 54—60 - Hasenhutgasse | 42 |
| XII., Vierthalgasse 11—17 - Dörfelstraße | 103 |
| XII., Hohenbergstraße - Aichholzgasse | 79 |
| XII., Moosbruggergasse - Unter-Meidlinger Straße | 95 |
| XIII., Seelosgasse 14 | 21 |
| XIII., Wolkersbergenstraße 10 | 7 |
| XIII., Lainzer Tiergarten | 44 |
| XIV., Hochsatzengasse - Baumgartenstraße | 21 |
| XIV., Baumgarten, Linzer Straße 299, Bauteil 1 | 197 |
| XIV., Goldschlagstraße 142 | 29 |
| XV., Nobilegasse 36 | 15 |
| XV., Sturzgasse 29 | 14 |
| XVI., Degengasse 7 | 16 |
| XVI., Arltgasse 34—36 | 28 |
| XVI., Gablenzgasse - Possingergasse | 97 |
| XVII., Hernalser Hauptstraße - Rosensteingasse, Bauteil 1 | 156 |
| XVIII., Staudgasse 48—50 | 15 |
| XVIII., Sternwartestraße 29 | 16 |
| XIX., Sieveringer Straße 25 | 24 |
| XIX., Krottenbachstraße 83 | 15 |
| XIX., Heiligenstädter Straße 163 | 118 |
| XIX., Eisenbahnstraße 79—89 | 47 |
| XIX., Kahlenberger Straße 7—9 | 8 |
| XX., Wehlstraße 40 | 30 |
| XX., Engerthstraße 37 | 35 |
| XXI., Rußbergstraße, Bauteil 1 | 80 |
| XXI., Jedleseeer Straße, Bauteil 1 | 288 |
| XXI., O'Briengasse 25—27 | 24 |
| XXI., Scheffelstraße - Kinzerplatz | 32 |
| XXV., Liesing, Schöffelgasse 26 | 23 |
| XXV., Siebenhirten, Hauptstraße 40 | 40 |
| XXV., Atzgersdorf, Gärtnerstraße 6—10 | 53 |

Wohnhausanlagen 1951:

| | |
|--|----|
| III., Untere Weißgerberstraße 53—59 | 79 |
| III., Baumgasse 63—65 | 24 |
| III., Paracelsusgasse 4 | 19 |
| III., Kegelgasse 44 | 28 |
| IV., Belvederegasse 36—38 | 57 |
| IV., Preßgasse - Schäffergasse | 32 |
| IV., Karolinengasse 24 | 13 |
| IV., Rainergasse - Trappelgasse | 56 |
| VI., Mollardgasse - Grabnergasse | 45 |
| IX., Badgasse - Fechtergasse, Teil 1 | 44 |
| XI., Geiselbergstraße | 47 |
| XI., Hasenleiten, Block 18 A (26) | 21 |

Wohnhausanlagen 1951:

Anzahl der
fertiggestellten
Wohnungen

| | |
|--|-----|
| XI., Hasenleiten am Kanal, Block 27—30 | 108 |
| XI., Molitorgasse, Stiege 9—22, Teil 2 | 100 |
| XI., Zippererstraße 19—21 | 77 |
| XII., Moosbruggergasse, Teil 2 | 98 |
| XII., Atzgersdorfer Straße - Hetzendorfer Straße | 142 |
| XII., Malfattigasse 31 | 16 |
| XII., Kollmayergasse - Schönbrunner Straße 159 | 44 |
| XII., Pachmüllergasse - Sechtergasse | 20 |
| XII., Steinhagegasse 9 | 20 |
| XIII., Hetzendorfer Straße - Feldkellergasse, Teil 1 | 144 |
| XIII., Melchartgasse - Fasangartengasse | 61 |
| XIII., Waldvogelstraße | 206 |
| XIV., Märzstraße 129 | 35 |
| XIV., Baumgarten, Linzer Straße 299, Teil 2 | 104 |
| XIV., Baumgarten, Linzer Straße 299, Teil 1 | 152 |
| XV., Löschenkohlasse - Preysingasse | 28 |
| XVI., Reinhartgasse 26—28 | 21 |
| XVII., Hernalser Hauptstraße - Rosensteingasse, Teil 2 | 53 |
| XVIII., Paulinengasse 13 | 27 |
| XVIII., Michaelerstraße 30 | 18 |
| XIX., Heiligenstädter Straße 166—168 | 51 |
| XIX., Heiligenstädter Straße 163 | 34 |
| XIX., Kahlenberger Straße 7—9 | 35 |
| XX., Engerthstraße 37 | 12 |
| XX., Kapaunplatz, Teil 1 (Ausbau Engelsplatz) | 258 |
| XX., Kapaunplatz, Teil 2 (Ausbau Engelsplatz) | 187 |
| XX., Wehlstraße 28—30 | 68 |
| XX., Treustraße 62 | 19 |
| XXI., Gerichtgasse 10 | 11 |
| XXI., Justgasse - Carrogasse | 150 |
| XXI., Rußbergstraße, Teil 2 | 67 |
| XXI., Jedleseer Straße, Teil 2 | 380 |
| XXII., Kraygasse 24 | 27 |
| XXII., Steigenteschgasse 11 | 16 |
| XXIII., Ober-Laa, Hauptstraße 165 | 59 |
| XXIII., Schwechat, Wiener Straße 23 | 10 |
| XXV., Erlaa, Hauptstraße 81—85 | 18 |
| XXV., Liesing, Dr. Neumann-Gasse | 47 |
| XXV., Rodaun, Mauerberggasse | 61 |
| XXV., Inzersdorf, Friedhofstraße | 56 |
| XXV., Liesing, Schöffelgasse 26 | 18 |
| XXV., Atzgersdorf, Gärtnergasse | 36 |

Siedlungsanlagen 1950:

Wohnungen

| | |
|---|-----|
| X., Per Albin Hansson - Siedlung, Bauteil 2 | 368 |
| XXII., Stadlau | 123 |
| XXII., Kagran | 196 |
| XXII., Hirschstetten | 160 |
| XXV., Rodaun, Siedlung | 24 |

Siedlungsanlagen 1951:

| | |
|---|-----|
| X., Per Albin Hansson - Siedlung, Bauteil 3, Zusatz-(Schnellbau-)programm | 258 |
|---|-----|

Siedlungsanlagen 1951:

Wohnungen

| | |
|----------------------------------|-----|
| X., Gudrunstraße, Bauteil 1..... | 492 |
| X., Gudrunstraße, Bauteil 2..... | 126 |
| XXI., An der Siemensstraße | 576 |

In der Winterperiode 1950/51 wurde zum ersten Male der Einbau von Dachgeschoßwohnungen in städtischen Wohnhausanlagen durchgeführt, mit deren Projektierung 14 Architekten betraut waren. Das Ergebnis dieser Bautätigkeit, die eine Erweiterung des normalen Bauprogrammes darstellt, waren im Jahre 1951 183 Wohnungen. Der Bau von Mansardenwohnungen, der auch in den nächsten Jahren fortgesetzt werden wird, stellt einen beachtenswerten Beitrag zur Milderung der Wohnungsnot dar; gleichzeitig wurde damit auch die Winterarbeitslosigkeit im Baugewerbe verringert.

Anschließend sei bemerkt, daß auch durch den Bau von 7 Notwohnungen im Lager Auhof ein Wohnraumzuwachs zu verzeichnen war.

WIEDERAUFBAU UND INSTANDSETZUNG VON STÄDTISCHEN WOHNHÄUSERN.

In den Jahren 1950 und 1951 wurden die Kriegsschädenbehebungen fortgesetzt und zum ersten Male seit 1938 auch die Instandhaltungen in größerem Ausmaße wieder aufgenommen. Die Wiederaufbauarbeiten an den im Kriege beschädigten städtischen Wohnhäusern wurden zum Teil mit Fondsmitteln aus dem Wiederaufbaufonds ausgeführt.

In den kriegsbeschädigten städtischen Wohnhäusern wurden im Jahre 1950 642 zerstörte und 1.453 beschädigte Wohnungen wiederhergestellt. Im Jahre 1951 wurden 195 zerstörte und 1.711 beschädigte Wohnungen wieder instandgesetzt.

Außer diesen Arbeiten wurde durch Umbau von Geschäftslokalen Wohnraum gewonnen, und zwar in den Häusern I., Sonnenfelsgasse 15, II., Schöllerhofgasse 10, XVI., Klausgasse 40—44, XXI., Schlingerhof, XXII., Konstanziagasse, und XXVI., Markgasse 3, woraus sich ein Zuwachs von 9 Wohnungen ergab.

Besonders schwierige Instandsetzungsarbeiten bildeten die in 83 städtischen Objekten durchgeführten Deckenauswechslungen und Deckenunterstützungen, Notdachherstellungen, Abtragung einsturzgefährdeter Mauerteile, Verschließungen und Abräumungsarbeiten; außerdem ist erwähnenswert, daß im Jahre 1950 zur Vermeidung von größeren Setzungen und von Einstürzen in 13 Objekten die Stiegenhäuser unterfangen werden mußten. Im Jahre 1951 wurde das im Kriege schwer beschädigte städtische Haus, I., Johannesgasse 4, instandgesetzt; durch gleichzeitige Umbauarbeiten wurden Wohn- und Büroräume geschaffen. Die Arbeiten waren zunächst dadurch erschwert, daß sich in diesem Gebäude das Theater „Die Insel“ befand, dessen Betrieb durch die Bauarbeiten nicht gestört werden durfte. Nachdem im Laufe des Jahres 1951 das Theater gesperrt und durch die KIBA in ein Kino umgewandelt worden war, konnte eine grundlegende Umstellung der Bauführung vorgenommen werden. Ähnliche Schwierigkeiten ergaben sich bei der Fertigstellung der umfangreichen Dachstuhl- und Deckenauswechslung in den Sträußelsälen des Josefstädter Theaters.

Die zahlreichen verschiedenartigen Instandsetzungsarbeiten, die in städtischen Gebäuden durchgeführt wurden, sind aus nachstehender Tabelle ersichtlich:

| | 1950 | 1951 |
|--|---------------|-------|
| | Stiegenhäuser | |
| Generalinstandsetzungen | 365 | 199 |
| Wiederinstandsetzungen nach Kriegsschäden mit gemeinde- eigenen Mitteln | 300 | 91 |
| Erneuerung von Schauflächen | 553 | 369 |
| Verputz und sonstige Maurerarbeiten | 2.061 | 1.791 |
| Instandsetzungen von Dächern | 1.767 | 1.643 |
| Erneuerung und Instandsetzung von Kaminköpfen | 1.089 | 605 |
| Stiegenhausmalerei erneuert | 1.762 | 514 |
| Fenster- und Türeninstandsetzung | 1.466 | 1.322 |
| Fenster- und Türenanstrich | 853 | 799 |
| Verglasung | 1.285 | 1.326 |
| Behebung von Installationsgebrechen, Gas, Wasser, elektrische Leitung | 2.501 | 2.690 |
| Hofwegeinstandsetzungen | 615 | 282 |
| Gehsteiginstandsetzungen | 86 | 297 |

Außerdem wurden im Jahre 1950 in städtischen Wohnhäusern 1.512 Rohrbrüche behoben, 1.462 Waschküchenherde neu aufgebaut oder instandgesetzt und in 152 Wohnungen die Fußböden neu verlegt; im Jahre 1951 wurden 1.441 beschädigte Rohrleitungen repariert, 1.049 Waschküchenherde vollständig oder teilweise wiederaufgebaut und in 154 Wohnungen die Fußböden ausgewechselt.

WIEDERAUFBAU UND INSTANDSETZUNG VON STÄDTISCHEN AMTS-, SCHUL-, ANSTALTS- UND BETRIEBSGEBÄUDEN, GEBÄUDEERHALTUNG.

Die Wiederherstellung im Kriege zerstörter oder beschädigter Amtsgebäude und städtischer Betriebsstätten wurde in beschleunigtem Tempo fortgesetzt. Mit diesen Arbeiten waren auch vielfach Modernisierungen und Erweiterungen städtischer Objekte verbunden.

Größere Instandsetzungen wurden in 16 Amtshäusern durchgeführt. Besonders erwähnt sei die Behebung der Kriegsschäden an den Blechdächern und Dachaufbauten sowie an zwei Nebentürmen des Neuen Rathauses und an den Dächern des Neuen Amtshauses. Ebenso bemerkenswert ist, daß in sämtlichen städtischen Kindergärten die Wiederherstellungsarbeiten im Jahre 1951 abgeschlossen wurden. Auch die Arbeiten zur Umgestaltung des Schlosses Pötzleinsdorf in ein Jugendgästehaus und dessen Wirtschaftsgebäude für die Zwecke eines Sommerlagers wurden beendet, so daß der Betrieb aufgenommen werden konnte. Von den Objekten der städtischen Liegenschaften wurden die Gastwirtschaft in Aspern, Siegesallee, und die Einfriedung bei der Praterverwaltung instandgesetzt.

Über die an den zahlreichen übrigen städtischen Objekten geleisteten Bauarbeiten wird in den einzelnen Sachkapiteln berichtet. Die bautechnische Betreuung erstreckte sich Ende 1951 auf 115 Amtshäuser, 438 Schulen, 10 Musiklehranstalten, 1 Fürsorgerinnenschule, 23 Sicherstellungsdepots, 134 Feuerwehrobjekte, 2 Desinfektionsanstalten, 149 Kindergärten und Horte, 79 Mutterberatungsstellen, 21 Tuberkulosen-Fürsorgestellen, 19 Erziehungsheime, 7 Altersheime, 10 Herbergen für Obdachlose, 30 Krankenanstalten, 2 Heil- und Pflegeanstalten, 12 Sanitätsstationen, 1 Haupt- und Wäschelager, 42 Büchereien, 361 Denkmäler, Denkmalbrunnen sowie Kapellen und kapellenähnliche Bildstöcke, 17 Gastwirtschaften, 5 Theater, 5 Museen, 287 Garten- und Forstobjekte, 86 Spiel-, Sport- und Eislaufplätze, 9 Flüchtlingslager, 5 Objekte des Wiener Jugendhilfswerkes, 10 Kinder-

erholungsstätten, 21 Viehhälterhäuser, 1 Zentrallager und 1 Bäckerei des Wirtschaftsamt.

Mit den vom Gemeinderatsausschuß VI genehmigten Bauvorhaben wurden im Jahre 1950 398 und im Jahre 1951 493 Firmen betraut. Im Wochendurchschnitt wurde im Jahre 1950 an 121 und im Jahre 1951 an 240 Baustellen gleichzeitig gearbeitet. Die Zahl der wöchentlich im Durchschnitt beschäftigten Arbeiter betrug 1.615 im Jahre 1950 und 1.939 im Jahre 1951.

Über die Leistungen der Gebäudeerhaltung bis Ende 1951 gibt nachstehende Übersicht Auskunft:

| | Anstalten | Zahl der im Kriege be- schädigten Objekte | Instandsetzungen bis Ende | |
|--|-----------|--|------------------------------|------|
| | | | 1950 | 1951 |
| Erziehungsheime | 19 | 12 | 9 | 10 |
| Altersheime | 7 | 14 | 13 | 13 |
| Herbergen für Obdachlose | 10 | 4 | 3 | 3 |
| Städtische Krankenanstalten | 30 | 97 | 80 | 83 |
| Sanitätsstationen | 12 | 7 | 4 | 5 |
| Objekte des Jugendamtes | 248 | 50 | 48 | 50 |
| „ „ Gesundheitsamtes | 62 | 4 | 2 | 2 |
| „ „ Kulturamtes (einschl. Denkmäler) | 538 | 179 | 140 | 151 |
| „ der Grundverwaltung | 28 | 21 | 17 | 19 |
| „ des städtischen Gartenwesens | 662 | 329 | 160 | 197 |
| „ „ „ Forstwesens | 38 | 12 | 12 | 12 |
| „ der „ „ Feuerwehr | 134 | 37 | 31 | 33 |
| Städtische Schulhäuser | 438 | 306 | 289 | 295 |
| Amtshäuser und Häuser für verschiedene Zwecke | 161 | 71 | 39 | 40 |

ABTRAGUNG STÄDTISCHER GEBÄUDE UND BESEITIGUNG VON LUFTSCHUTZBAUTEN.

Häuserruinen und im Kriege beschädigte Häuserteile bildeten in den Jahren 1950 bis 1951 noch immer eine Gefahr für die Sicherheit der Bevölkerung. Um diesen Übelstand zu beheben, wurden insgesamt 31 Objekte vollständig und 7 teilweise abgetragen; in 101 Objekten wurden Sicherungen, zum Teil auch in Verbindung mit Abtragungen vorgenommen.

Ein überflüssig gewordenenes, aber schier unverwüsthliches Überbleibsel aus dem Kriege sind die zahlreichen Luftschutzbauten. Immerhin war es möglich, 3 größere Bunker abzutragen sowie einen betonierten Luftschutzgraben in Mödling und 3 Splittergräben zu beseitigen. Die übrigen auf städtischem Grund errichteten Luftschutzbauten wurden durch Baukommissionen besichtigt, um festzustellen, ob eine nutzbringende Verwendung möglich wäre. Wenn erforderlich, wurden in solchen Bauten auch Sicherungen durchgeführt.

BAUTEN MIT FONDSHILFE AUS DEM WOHNHAUS-WIEDERAUFBAU- FONDS.

Der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds, der durch das Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz vom 16. Juni 1948, BGBl. Nr. 130/1948, geschaffen wurde, ermöglicht sowohl privaten als auch öffentlichen Stellen, für den Wiederaufbau von Häusern, die im Kriege beschädigt oder zerstört wurden, Fondsmittel in Anspruch zu nehmen. Durch die Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz-Novelle 1950 wurden die Auf-

gaben, die dem Landeshauptmann bisher aus diesem Gesetz erwachsen waren, wesentlich erleichtert; sie beschränken sich nunmehr auf die Überprüfung und Weiterleitung der Ansuchen an das Ministerium für Handel und Wiederaufbau zur Genehmigung, wogegen früher dem Magistrat auch die Bauüberwachung und Rechnungskontrolle oblag.

Über die bisherige Inanspruchnahme der Fondsmittel in Wien gibt nachstehende Übersicht Aufschluß:

| | bis 31. XII. 1949 | 1950 | 1951 | zu- sammen |
|---|----------------------|-------------|-------------|---------------|
| Fondsansuchen | | | | |
| für <i>Privatbauten</i> | | | | |
| eingereicht | 2.620 | 1.131 | 789 | 4.540 |
| genehmigt | 781 | 78 | 926 | 1.785 |
| fertiggestellte Fondsbau- vorhaben | 97 | 440 | 432 | 969 |
| <i>Baukosten</i> in Schilling der | | | | |
| eingereichten | 518,672.246 | 586,740.200 | 731,038.227 | 1.836,450.673 |
| genehmigten | 177,845.400 | 43,312.800 | 343,831.600 | 564,989.800 |
| fertiggestellten Bauvor- haben | 3,636.130 | 32,494.950 | 130,135.304 | 166,266.384 |
| Fondsansuchen | | | | |
| für <i>städtische Bauten</i> | | | | |
| eingereicht | 421 | 61 | 57 | 539 |
| genehmigt | 297 | 10 | 156 | 463 |
| fertiggestellte Fondsbau- vorhaben | 90 | 204 | 43 | 337 |
| <i>Baukosten</i> in Schilling der | | | | |
| eingereichten | 95,098.133 | 22,133.187 | 56,906.498 | 147,137.818 |
| genehmigten | 47,103.000 | 4,454.200 | 78,670.801 | 130,228.001 |
| fertiggestellten Bauvor- haben | 19,514.398 | 34,660.761 | 10,441.410 | 64,616.569 |

SOFORTMASSNAHMEN UND ERSATZAUSFÜHRUNGEN.

Mit der Aufhebung der Baustoffbewirtschaftung im Jahre 1949 entfiel die Mitwirkung der Baubehörden sowohl bei der Erfassung und Regelung des Bedarfes als auch bei der Verteilung von bewirtschafteten Baustoffen. Die Behebung von baulichen Kriegsschäden wurde damit ausschließlich eine Angelegenheit der Hausbesitzer. Nur in jenen Fällen, in denen es die öffentlichen Rücksichten erfordern, greift die Baubehörde ein und verhält den Hauseigentümer dazu, Gebrechen zu beheben. Wird dieser Auftrag nicht erfüllt, ordnet die Baupolizei auf Grund des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes in Fällen unmittelbarer Gefahr die Sofortmaßnahme, in Fällen von mittelbarer Gefahr (besonders bei Dachschäden) nach Durchführung des Ermittlungsverfahrens die Ersatzvornahme an. Die bauliche Durchführung obliegt in beiden Fällen dem Magistrat. Die Kosten werden der verpflichteten Partei zum Rückersatz vorgeschrieben und im Falle der Nichtbezahlung durch Personal- oder Realexécution eingetrieben. Über den Umfang dieser Arbeiten und die dadurch erhaltenen Wohnungen gibt die folgende Übersicht Aufschluß:

| | 1950 | 1951 |
|---|-----------|------------|
| Sofortmaßnahmen | 368 | 217 |
| Dadurch wurden Wohnungen in ihrem Bestande gesichert | 2.161 | 486 |
| wieder benützbar | 131 | 38 |
| Baukosten in Schilling | 5,373.693 | 3,111.595 |
| Ersatzausführungen | 277 | 472 |
| Dadurch wurden Wohnungen in ihrem Bestande gesichert | 1.880 | 3.770 |
| wieder benützbar | 17 | 57 |
| Baukosten in Schilling | 8,407.301 | 22,595.152 |

Diesen Arbeiten gingen im Jahre 1950 920 Ortsaugenscheine wegen Sofortmaßnahmen und 2.417 wegen Ersatzausführungen voraus; im Jahre 1951 wurden wegen Sofortmaßnahmen 555 und wegen Ersatzausführungen 1.334 Ortsaugenscheine vorgenommen. In beiden Jahren wurden monatlich an rund 200 Baustellen solche Sicherungsarbeiten durchgeführt, wobei durchschnittlich 1.000 Arbeiter beschäftigt waren.

Die Kosten für die Erhaltung einer Wohnung durch Sicherungsvorhaben betragen im Jahre 1950 durchschnittlich 3.300 S und im Jahre 1951 5.670 S. Die Erhöhung um 80 Prozent im Jahre 1951 erklärt sich aus der Steigerung der Baukosten und dem Ausmaß der Schäden, die zu beheben waren. Da die Neherstellungskosten einer Wohnung rund das Zehnfache betragen, ist das Bestreben der Gemeinde, die privaten Wiener Häuser vor dem Verfall zu schützen, auch wirtschaftlich gerechtfertigt.

Die Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz-Novelle 1950 schafft die Möglichkeit, Kosten, die der Gemeinde aus Sicherungsvorhaben erwachsen, aus Fondsdarlehen zurückzuerhalten. Die Anerkennung der Kosten von Sofort- und Ersatzvorhaben bedeutet, daß namhafte Beträge in die Gemeindekasse zurückfließen, wogegen bisher in der Regel bloß eine hypothekarische Sicherstellung der Kosten erfolgte.

TECHNISCHE BAUPOLIZEI.

Mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 12. April 1950 wurde die Bearbeitung der Ansuchen um Darlehen aus dem Wiederaufbaufonds, die bis dahin zu den Verwaltungsgeschäften der Bau-, Feuer- und Gewerbebehörde gehörte, wieder der Magistratsabteilung für Bauwirtschaft und Bauförderung zugewiesen. Dieser Arbeitsverminderung stand ein Arbeitszuwachs gegenüber, der sich aus der mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 1. Juni 1950 verfügten Führung des Liegenschaftsverzeichnisses und des Häuserkatasters ergab. Eine weitere Arbeitsbelastung war mit der im Wiener Grundsteuerbefreiungsgesetz vorgesehenen Ermittlung des Kriegsschaden-Hundertsatzes verbunden, die durch Erlaß der Magistratsdirektion vom 24. Mai 1950 der Baupolizei übertragen wurde. Schließlich brachte die im August 1950 über Weisung des Bürgermeisters *Körner* eingeleitete Schutttrümmungsaktion für die Baupolizei einen bemerkenswerten Arbeitsaufwand. Die Eigentümer von im Kriege beschädigten Häusern wurden gemäß § 4a des Wiener Wiederaufbaugesetzes aufgefordert, innerhalb kurzer Frist die noch auf ihren Liegenschaften lagernden Schuttmassen, die eine gesundheitliche Gefahr für die Großstadtbevölkerung bildeten, abzuführen. Die Durchführung dieser Weisung erforderte umfangreiche Erhebungen, zahlreiche Verhandlungen und die Erlassung von Aufträgen.

Die Neubemessungen nach dem im Jahre 1948 erlassenen Gebrauchsgebühren-gesetz wurden im Jahre 1950 abgeschlossen.

Schließlich erließ die Magistratsdirektion am 15. März 1950 Weisungen zum Schutz des vorhandenen Wohnraumes und für die Abtragungen von Wohn-häusern. Darin sind die Richtlinien für die Organe der Baupolizei enthalten, die zu überprüfen haben, ob die von den Eigentümern kriegsbeschädigter Häuser zur Wiederherstellung von Wohnungen aufgewendeten Beträge in dem Sinne als „erheblich“ bezeichnet werden können, daß den Ansuchen um Freigabe zur Ver-mietung außerhalb des Mieterschutzes stattgegeben werden kann (§ 3-Wohnungen) und ob die Instandsetzung eines beschädigten Wohnbaues „wirtschaftlich“ oder die Abtragung gerechtfertigt sei.

In den Jahren 1950 und 1951 war die Baupolizei überwiegend mit Aufgaben des Wiederaufbaues beschäftigt. Die gesteigerte Bautätigkeit brachte auch eine erhebliche Zunahme der Beschaufälle und der Überprüfungen von statischen Berechnungen mit sich. Das baupolizeiliche Verfahren bei den Gemeindebauten wurde vereinfacht. Die Baubewilligung soll zugleich mit der Genehmigung des Baues durch den Gemeinderatsausschuß (Gemeinderat) erteilt werden, so daß in Hinkunft nicht mehr über zwei Anträge, jenen der bauwerbenden Dienststelle und jenen der Baupolizei, entschieden werden muß. Bei der Vorprüfung eines Bauprojektes sind bereits alle Tatbestände festzustellen, vorauszusehen und evident zu führen, die sich sonst erst beim Lokalaugenschein der Bauverhandlung ergeben.

Unter den von der Baupolizei begutachteten und genehmigten Objekten befanden sich auch mehrere größere Bundesbauten, wie das Kulissendepot im Arsenal, die Werkstätten des Bundesdenkmalamtes, der Wiederaufbau der Alber-tina und der Neubau einer Bundeslehr- und -versuchsanstalt sowie geräumige Privatobjekte, wie die Großgarage für Tankwagen der Orop in der Hafenzufahrts-straße und eine Großtankstelle mit einem Garagenhof, der für Wien eine Neu-heit darstellt.

Im Zustimmungsverfahren zu Bauten des Bundes wurde zum Wiederauf-bau der Oper Stellung genommen. Wenn dabei auch auf die Art des Wiederauf-baues kein Einfluß genommen werden konnte, so war es doch nach langwierigen Besprechungen und Verhandlungen möglich, im Interesse der Sicherheit der Besucher gewisse Änderungen des Projektes durchzusetzen. Von den in diesen Verfahren behandelten Bauten sei auch der Wiederaufbau der Roßauer Kaserne und der Bau einer Großgarage auf demselben Gelände erwähnt, die mit einer Einstellfläche von 600 m² die größte Garage Mitteleuropas sein wird. Von den genehmigten und überwachten Sprengungen sind jene des Gebäudes der General-direktion der Österreichischen Bundesbahnen am Schwarzenbergplatz, des Palais Rothschild in der Theresianumgasse und der alten Betongewölbe des Alsbach-kanals in der Nußdorfer Straße erwähnenswert.

Über die Art und Zahl der vollzogenen Verwaltungsakte gibt folgende Über-sicht Aufschluß:

| | 1950 | 1951 |
|--------------------------------------|-------|-------|
| Baubewilligungen | 7.073 | 8.899 |
| Abtragungen, Bewilligungen | 233 | 213 |
| Sprengungen, Bewilligungen | 4 | 3 |
| Benützungsbewilligungen | 2.291 | 2.701 |
| Abtragungsaufträge | 266 | 213 |
| Baulinienbekanntgaben | 2.388 | 2.705 |
| Baulinienaussteckungen | 236 | 328 |

| | 1950 | 1951 |
|---|--------|--------|
| Beschaufälle (Fundamente, Rohbau, Eisenkonstruktionen) .. | 1.739 | 2.136 |
| Grundabteilungen | 3.194 | 4.750 |
| Gewerbe- und Feuerpolizeiangelegenheiten | 11.103 | 11.115 |
| Statische Berechnungen | 1.748 | 1.241 |
| Wohnungsbegutachtungen | 3.946 | 3.887 |
| Kommissionierungen in Angelegenheiten von: | | |
| Gebrauchsgebühren | 39.825 | 5.332 |
| Ölfeuerungen | 30 | 46 |
| Aufzügen | 180 | 135 |
| Zulassungen | 23 | 36 |
| Dampfkesseln | 98 | 5.995 |
| Tankanlagen | 70 | 72 |
| Großgaragen | 25 | 25 |
| Grundbuchserhebungen | 8.343 | 40.072 |
| Verhandlungen: a) Ortsverhandlungen | 17.395 | 8.400 |
| b) Büroverhandlungen | 3.741 | 1.529 |
| Baugebrechen | 4.996 | 6.396 |
| Baufträge für Sicherungsmaßnahmen, Instandsetzungen . | 6.031 | 5.203 |
| Baueinstellungen | 65 | 798 |
| Ersatzausführungen, beantragt | 636 | 352 |
| Ersatzausführungen, durchgeführt | 277 | 452 |
| Berufungen | 726 | 802 |
| Strafanträge | 376 | 436 |
| Entziehung von Benützungsbewilligungen | 65 | — |
| Sonstiges | 22.690 | 41.033 |

Seit 22. Dezember 1949 gehörten auch die Rauchplagebekämpfung, das Dampfkesselprüfungswesen, die Dampfkesselbescheinigungsevidenz, die Erprobung und Überwachung von Dampfkesseln und Druckbehältern auf Ansuchen von deren Besitzern, Prüfung von Kessel-, Maschinen- und Motorenwärtern, Bestellung von Prüfungskommissären und Dampfkesselinspektoren zum Aufgabenkreis der Technischen Baupolizei. Von den bestellten vier Dampfkesselkommissären wurden folgende Kesselüberprüfungen durchgeführt:

| | 1950 | 1951 |
|------------------------------|-------|-------|
| Äußere Untersuchungen | 3.281 | 2.293 |
| Innere Untersuchungen | 1.485 | 1.217 |
| Feuerzuguntersuchungen | 1.744 | 1.214 |
| Wasserdruckproben | 501 | 707 |

Außerdem wurden im Jahre 1950 324 und im Jahre 1951 541 Druckgefäß- und Druckbehälterbescheinigungen ausgestellt. Die Zahl der abgehaltenen Betriebswärterprüfungen betrug 124 im Jahre 1950 und 64 im Jahre 1951. Schließlich wurden im Jahre 1951 76 Gutachten über Rauchbelästigungen abgegeben.

THEATER- UND KINOPOLIZEI.

Nach der am 12. April 1950 erfolgten Auflösung der Magistratsabteilung für Theater- und Kinopolizei wurden deren Verwaltungsgeschäfte der Magistratsabteilung für Allgemeine Baupolizeiangelegenheiten übertragen.

Zu den administrativen Aufgaben der Theater- und Kinopolizei (siehe S. 64) kommt der technische Überwachungs- und Überprüfungsdienst, über den in nachstehender Übersicht berichtet wird:

| | 1950 | 1951 |
|---|------|------|
| Teilnahme an Generalproben in Theatern, Kinos, Varietés u. dgl. | 101 | 76 |
| Aufsicht bei Sportveranstaltungen, Bällen und Feuer- werken | 18 | 15 |
| Überprüfung von Veranstaltungen in Vergnügungsbetrieben | 202 | 243 |

In den Wiener Kinos wurden die technischen und insbesondere die Feuer-
sicherheitseinrichtungen in jedem Monat einmal unvermutet überprüft. Bemerkens-
wert ist, daß sich die Zahl der Kinos in den Jahren 1950 und 1951 um zusammen 15
erhöht hat und dadurch auf 219 angestiegen ist. Von den neueröffneten Betrieben
sind das Weltspiegel-, Universum- und Groß-Jedlersdorfer Kino wiederaufgebaut
worden, das Forum-, Diana-, Philadelphia-, Rex- und Metro-Kino (früher Theater
„Die Insel“) sind durch Umbau entstanden und das Pax- und das Olympia-
Kino sowie ein Kino für 600 Personen in Kaisermühlen sind neu erbaut worden.

Im Volksprater gab es im Jahre 1951 bereits 82 Dauervergnügungsstätten
gegenüber 53 im Jahre 1949; von den neuerrichteten Objekten seien die Hoch-
schaubahn und ein „Schraubenflieger“ besonders erwähnt; dieser besteht aus
acht tonnenförmigen Karussells, die an einem 20 Meter hohen Turm emporgezo-
gen werden und sich in einer Schraubenlinie wieder abwärtsbewegen.

In der Freudenau wurde der Rennplatz der Campagne-Reitergesellschaft
nach Instandsetzung wieder eröffnet.

Die technische Theater- und Kinopolizei wirkte auch beim Entwurf von
Gesetzen und in verschiedenen Normenausschüssen mit. Abschließend sei ver-
merkt, daß im Zusammenhange mit der im Jahre 1951 erstmals in Österreich
eingeführten Trocknung lackierter Gegenstände durch infrarote Strahlen, bei der
sich brennbare, explosive und giftige Gase entwickeln können, besondere Vor-
schriften zur Verhütung von Unfällen ausgearbeitet wurden.

STÄDTISCHE PRÜF- UND VERSUCHSANSTALT.

Der Städtischen Prüf- und Versuchsanstalt wurde mit Erlaß des Bundes-
ministeriums für Handel und Wiederaufbau vom 10. August 1950 das Recht
eingeräumt, Zeugnisse auszustellen, die als öffentliche Urkunden anzusehen sind,
und zwar über die mechanische, chemische und physikalische Prüfung und Unter-
suchung von Bau-, Werk-, Hilfs- und Schutzstoffen, Bauteilen, Bauwerken,
Behelfen im Bauwesen, Nutzwasser, Abfall-, Brenn- und Treibstoffen, Betriebs-,
Pflege- und Schutzmitteln sowie über Bodenprüfungen und Brandproben, Schieds-
analysen und Schiedsprüfungen mit Ausschluß von Erzeugnissen, die in Betrieben
der Gemeinde Wien hergestellt wurden.

Am 5. Juli 1950 trat das Bundesgesetz über das Maß- und Eichwesen, BGBl.
Nr. 152/1950, in Kraft, durch das die Anzahl der in der Eichgebührenverordnung
vom 31. Juli 1948, BGBl. Nr. 6/1949, aufgezählten eichpflichtigen Gegenstände
erhöht wurde, zu denen nunmehr auch alle Prüfmaschinen gehören.

Von den in den Jahren 1950 und 1951 durchgeführten Versuchen und Neue-
rungen in der Prüfung von Baustoffen sind zu erwähnen:

Entwicklungsarbeiten, Schweißproben und Balkenversuche für Torstahl 60,
die Erprobung neuer Bindemittel, wie Akadur und Montamat zur Mörtelbereitung,
umfangreiche Versuche mit Kalkhydraten österreichischer Herkunft zu Bau-
zwecken sowie Versuche über die Beständigkeit von Beton gegen kohlensaure Wä-
sser; ebenso bemerkenswert sind die durchgeführten Untersuchungen an Rohren,



3. Bezirk, Hainburger Straße.

Neue Wohnhausanlagen der Stadt Wien.

16. Bezirk, Arltgasse 35.





Alte Bäume und neue Wohnräume.

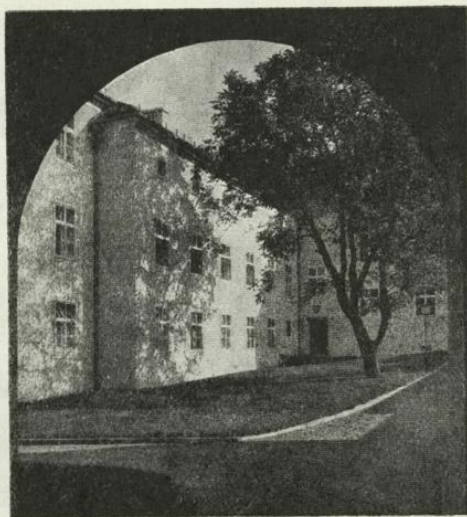
Der Wohnhausbau im 4. Bezirk, Kolschitzkygasse, ist vollendet.

Eine der größten und schönsten Wohnhausanlagen im neuen Wien...



Blick von der Brücke der Roten Armee auf die Wohnhausanlage Wehlstraße im 2. Bezirk.

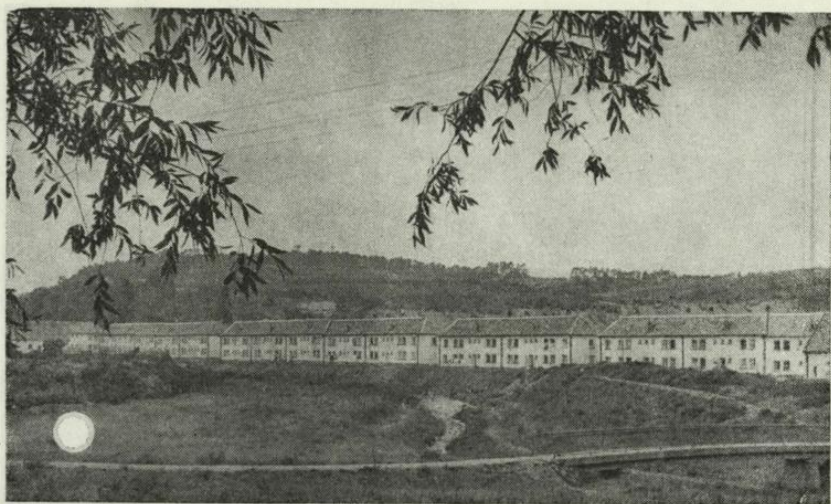
Der wunderbar dem Orts-
bild angepaßte Wohnungs-
bau der Gemeinde, Kahl-
enberger Straße 7—9.



Um das ästhetisch befriedigende
Bild des Ortskernes von Nuß-
dorf zu erhalten, wurde der
Neubau in Harmonie mit den
alten Bauwerken aufgeführt.



In der Wohnhausanlage, 12. Be-
zirk, Moosbruggergasse, wurde
der 10.000 Mieter seit der Wie-
deraufnahme der Bautätigkeit
durch die Gemeinde Wien nach
dem Kriegsende eingewiesen.



Siedlung Rodaun. 1. Bauteil: 186 Wohnungen, 2. Bauteil: 61 Wohnungen.

Die städtische Wohnhausanlage in Jedleseer zeigt eine gefällige Form der aufgelockerten Bauweise.



Die Vertiefung der städtischen Wohnkultur erfordert eine fortschreitende Auflockerung und erschließt immer neue Baugebiete für Siedlungen, denn viele Familien haben den Wunsch, ihre Kleinwohnungen im Zinshaus gegen ein Siedlungshaus mit Garten zu vertauschen.

die unter Verwendung von Asbest und Zement oder Asbest, Zellulose und Zement hergestellt wurden, und die Brandproben an Glasbausteinen. Abschließend sei noch der Bau von Apparaten zur Durchführung von Brandversuchen an Dekorationsstoffen und Flammenschutzmitteln für Holz sowie die Herstellung von neuartigen Backen zum Einspannen von Baustahl zu Prüfungszwecken verzeichnet.

Die Prüfungen erstreckten sich auf folgende Baumaterialien: Anstrichfarben, Kitte und Lacke für Türen und Fenster, Grund- und Deckfarben für Brücken und Stahlkonstruktionen, Stukkaturrohr, Stauziegelgewebe, Schlacke, Mörtelzusatz, Frostschutzmittel, Abbindebeschleuniger, Isoliermittel, Straßenöle, Eisen, Stahl, Metalle und Legierungen, Stahlbeton, Fertigteildecken, Stahlbetonstiegenstufen, Steinzeugrohre, Sohlshalen, Anstrich- und Imprägniermittel für Betonsohlshalen, Traß, Schotter, Mörtel, Holzschutzmittel, Bitumen und Teer, Schmiermittel. Bei manchen Baustoffen war mit der Begutachtung auch eine regelmäßige Beobachtung verbunden, so bei naßgelöschtem Weißkalk, Spezialdolomitmalk, Weißstückkalk, Traßkalk, Gips, gewöhnlichem und frühhochfestem Portlandzement, Eisenportlandzement und Hochofenzement, Mauerziegeln, Vibrosteinen, Beton, Betondachsteinen, Baustahl, Kies, Sand, Dichtungsfolien und Dichtungsbahnen.

Außerdem befaßte sich die Städtische Prüf- und Versuchsanstalt mit der Durchführung von Bodenproben, technischen Untersuchungen von Grund-, Sicker-, Kanalwasser, Schmelz-, Bach- und Flußwasser und mit Untersuchungen für die Zulassung von Bauteilen, insbesondere von Betondecken und Säulen in Fabrikgebäuden.

An der Verfassung von Önorm-Blättern für Anstrichmittel, natürliche Gesteine, bituminöse Grundstoffe, Schmieröle sowie für die Ausgangsstoffe von Steinholz hat die Städtische Prüf- und Versuchsanstalt mitgearbeitet.

BAUHÖFE UND WERKSTÄTTEN.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Bauhöfe und Werkstätten war vielfach dadurch beeinträchtigt, daß Arbeiten in größerem Ausmaße als bisher an Firmen vergeben wurden; daher setzte sich die schon in den Vorjahren begonnene Verminderung der Beschäftigtenzahl fort, wodurch die Durchschnittszahl von 160 Bediensteten im Jahre 1949 auf 128 im Jahre 1950 und auf 105 im Jahre 1951 herabsank. In dieser Zeit wurden die Arbeiten durch die Verknappung von Holz und Eisen am Inlandsmarkt, verbunden mit wesentlichen Preissteigerungen, erschwert.

BAUHÖFE.

In Zusammenarbeit mit der Städtischen Prüf- und Versuchsanstalt wurden an Baustellen neue Bindemittel praktisch erprobt und mit dem Studienbüro der Stadtbaudirektion Versuche mit verschiedenen Anstrichen für Neubauten unternommen. Auch Neuerungen im Bauwesen wurden auf ihre praktische Verwendbarkeit geprüft und neue Arbeitsverfahren begutachtet. Die bei Abtragungen städtischer Objekte noch brauchbaren Baustoffe sowie Türen, Fensterstöcke u. dgl. wurden gesammelt und nutzbringend verwendet.

Zu den in den Jahren 1950 und 1951 durchgeführten größeren Arbeiten gehören der Bau von 18 Objekten in der Siedlungsanlage Kagran-Freihof, die Instandsetzung von 24 Siedlungshäusern nach Bombenschäden und der Neubau eines Wohnhauses in diesem Gebiete, weiters die Durchführung sämtlicher Professionistenarbeiten in fünf Amtshäusern, umfangreiche Schlosserarbeiten im

Lainzer Krankenhaus, Tischler- und Schlosserarbeiten in 62 städtischen Wohnhäusern, Instandsetzungen im Wienflußbett, Wiederherstellung einiger Wirtschaftsobjekte des städtischen Landwirtschaftsbetriebes und Reparaturen in der Porzellanfabrik Augarten.

Nachstehende Übersicht gibt über die Zahl der Arbeitsaufträge nach Berufen Aufschluß:

| | 1950 | 1951 |
|-------------------|------|------|
| Tischler | 282 | 105 |
| Schlosser | 232 | 78 |
| Zimmerer | 67 | 8 |
| Dachdecker | 18 | 3 |
| Baumeister | 45 | 15 |
| Anstreicher | 38 | 19 |
| Maler | 13 | 1 |
| Glaser | 29 | 14 |
| Spengler | 10 | 1 |
| Zusammen .. | 734 | 244 |

HAUPTWERKSTÄTTE.

Um die Hauptwerkstätte als Reparaturbetrieb leistungsfähiger zu machen, wurden im Jahre 1950 umfangreiche Arbeiten zu ihrer Ausgestaltung durchgeführt; so wurde ein 60-kVA-Hochspannungstransformator aufgestellt, die Elektroinstallationen erneuert, die Telephonanlage verbessert, ein Flugdach über einer rund 100 m² großen Lagerfläche errichtet und die Werkstätten durch Zubau einer Kunstschleiferei sowie Einrichtung einer Installateurwerkstätte erweitert; schließlich wurden auch neue Umkleideräume für die Arbeiter geschaffen.

Im Jahre 1951 wurden die Werkzeugmacherei und das Werkzeuglager umgestaltet und die räumliche Verbindung zu der Werkstättenhalle hergestellt; die Elektro- und Autogenschweißerei wurde in eine eigene Werkstätte verlegt.

Zu den größeren Arbeiten des Jahres 1950 zählen die Versorgung von 27 Schulen mit den neuen Regulierfüllöfen, die Instandsetzung von Zentralheizungsanlagen in vier Schulen und einer Gärtnerei, der Neubau von 315 und die Instandsetzung von 294 Waschküchenherden. Für städtische Wohnhausbauten wurden 975 Gasherde geliefert und in Wohnhaus-Neubauten der Gemeinde Wien 611 Ausheizöfen aufgestellt. Erwähnenswert ist noch die Lieferung von 262 Rauchfangaufsätzen, von 374 Kohlenherden, von denen 245 in den Flüchtlingslagern XI., Haidestraße, und XIV., Auhof, aufgestellt wurden, und der Neubau von elf Kessel-Rauchfüßen. In den Sommermonaten wurden größere Instandsetzungen von Heizgeräten in den Amtshäusern im 2., 12. und 19. Bezirk, im Rudolfspital, in den Altersheimen Lainz und Baumgarten sowie im Schlachthof St. Marx durchgeführt. Insgesamt wurden von der Hauptwerkstätte im Jahre 1950 1.731 Heizöfen, 1.349 Küchen- und 315 Waschküchenherde geliefert.

Im Jahre 1951 wurden drei Schulen und der Pavillon IX des Altersheimes Lainz mit Regulieröfen und das Flüchtlingslager XI., Haidestraße, mit 106 Kohlenherden versorgt. In städtischen Wohnhausbauten wurden rund 800 Ausheizöfen aufgestellt, um die Durchführung des Winterbauprogrammes zu ermöglichen; außerdem wurden 731 Gasherde, vorwiegend aus Wohnhausanlagen der Gemeinde Wien, repariert und wiederaufgestellt. In 14 Amtshäusern sowie in den Altersheimen Lainz, Baumgarten, Liesing, im Krankenhaus Lainz, im Waisenhaus Mödling, im Kinderpflegeheim Sulzbach-Ischl, im Kraftwagenbetrieb XVII., Lidlgasse, im Flüchtlingslager XIV., Bergmillergasse, und im Kinderheim Emmers-

dorf bei Melk wurden im Sommer zahlreiche Einzelheizgeräte instandgesetzt. Ebenso wurden Kessel- und Zentralheizanlagen in mehreren Schulen und Heimen umgebaut oder erweitert, 18 Kessel-Rauchfüße neugebaut, 253 Waschküchenherde generalrepariert, 203 Rauchfangaufsätze geliefert und versetzt sowie 4.894 Kamine überprüft.

Die Gesamtzahl der gelieferten Öfen, ohne Gasherde, betrug im Jahre 1950 1.731 und im Jahre 1951 1.951.

Im Jahre 1950 wurden 3.249 und im Jahre 1951 3.659 Aufträge ausgeführt, die im Jahre 1950 mit rund 3,904.400 S und im Jahre 1951 mit 5,406.600 S zu bewerten waren. Rund 75 Prozent der Arbeiten entfielen auf die Instandsetzung von Heizanlagen und 25 Prozent auf Maurer-, Schlosser- und Tischlerarbeiten.

HEIZUNGS- UND MASCHINENBAU.

In den Jahren 1950 und 1951 war wieder genügend Material vorhanden um die Kriegs- und Zeitschäden an den maschinen-, heizungs- und kältetechnischen Einrichtungen in den städtischen Wohlfahrtsanstalten, Schulen und Amtsgebäuden zu beheben und veraltete Anlagen durch Installierung moderner zu ersetzen. Die durchgeführten Arbeiten gehen aus nachstehender Übersicht hervor:

Schulen.

Einbau von Warmwasserpumpenheizungen: II., Schwarzingergasse, III., Kleistgasse, IV., Schäffergasse, V., Grüngasse, VI., Sonnenuhrgasse, IX., Liechtensteinstraße, X., Quellenstraße, XII., Neuwallgasse, Ruckergasse, XIV., Muthsamgasse - Spallartgasse, Zennerstraße, XVIII., Ferrogasse, XX., Stromstraße, XXI., Jedlese, Nordrandsiedlung, Ostmarktstraße, Siemensstraße, XXII., Hirschstetten, XXV., Siebenhirten, XXVI., Klosterneuburg, Buchberggasse.

Umbau von Niederdruckdampfheizungen: II., Feuerbachstraße, Holzhausergasse, III., Dietrichgasse, Hainburger Straße, Hegergasse, Petrusgasse, Reiserstraße, VI., Stumpfergasse, VII., Burggasse, IX., Gilgegasse, Lazarettgasse, XII., Singrienergasse, XIV., Felbigergasse, XV., Goldschlagstraße, Meiselstraße, XVI., Nauseagasse, XX., Greiseneckergasse, Leystraße, XXI., Brünner Straße, Deublergasse, Kagran, Schillgasse, XXIV., Mödling, Jakob Thoma-Straße, XXV., Perchtdorfsdorf, XXVI., Klosterneuburg, Langstöbergasse.

Amtshäuser.

Einbau von Warmwasserpumpenheizungen: Neues Amtshaus, I., Schottenring, VI., Wasserwerk, XXI., Floridsdorf.

Umbau von Niederdruckdampfheizungen: III., Stadtparkgebäude, V., Schönbrunner Straße, VII., Hermannsgasse, VIII., Josefstadt, XIII., Hietzing, XXII., Lorenz Kellner-Gasse.

Krankenanstalten, Heil- und Pflegeanstalten.

Einbau von Warmwasserpumpenheizungen: III., Rudolfsplatz, Gynäkologische Abteilung, Röntgenabteilung, IX., Allgemeines Krankenhaus, Ambulanz der Chirurgischen Klinik, X., Franz Joseph-Spital, XIII., Krankenhaus Lainz, Krankenpflegeschule, XV., Elisabethspital, Pavillon I und III, XVI., Wilhelminenspital, Schwesternhaus.

Umbau von Niederdruckdampfheizungen: II., Leopoldstädter Kinderspital, III., Rudolfsplatz, Pflegerinnenschule, IX., Allgemeines Krankenhaus, II. Frauen-

klinik, X., Preyersches Kinderspital, XIII., Krankenhaus Lainz, Zahnstation, Pavillon I und II, XVI., Wilhelminenspital, Heilanstalt Ybbs.

Außerdem wurden in zahlreichen Anstalten Warmwasserbereitungsanlagen ein- oder umgebaut sowie wärme- und maschinentechnische Einrichtungen in Kesselanlagen und Küchen geschaffen.

Kindergärten.

Einbau von Warmwasserpumpenheizungen: VI., Mollardgasse, X., Lippmangasse, Per Albin Hansson-Siedlung, XII., Fuchsenfeldhof, XVII., Rosensteingasse, XXI., Jedlesee, XXII., Josef Baumann-Gasse.

Erziehungsanstalten.

Einbau von Warmwasserpumpenheizungen: XIX., Hohe Warte, Eggenburg.

Altersheime.

XIII., Lainz, Warmwasserinstallation in Bädern, Waschräumen und Teeküchen.

Rettungswachen.

III., Radetzkystraße, Einbau einer Niederdruckdampfheizung.

Feuerwachen.

X., Sonnwendgasse, Einbau einer Niederdruckdampfheizung.

Kühlanlagen.

III., Großmarkthalle, Legung neuer Soleleitungen und Umbau der gesamten Solepumpenanlage; Schweineschlachthof, Umbau der Pumpenräume und Bau von 45 Kühlanlagen; XI., Kontumazmarkt, Generalreparatur eines Kohlensäureverdampfers und Verlegung von Kohlensäureleitungen; Feuerhalle, Bau einer vollautomatischen Leichenkühlanlage.

Die übrigen in städtischen Objekten durchgeführten Wiederherstellungsarbeiten und Neuinstallationen werden in den zugehörigen Sachkapiteln angeführt.

Außer den bautechnischen Arbeiten waren noch maschinenpolizeiliche sowie theater- und kinopolizeiliche Angelegenheiten zu behandeln, die sich auf die Maschinen- und Heizungstechnik beziehen. So wurden im Jahre 1950 1.240 und im Jahre 1951 1.530 Akten bearbeitet; in zahlreichen Fällen war auch ein Lokalaugenschein erforderlich.

Schließlich wurde auch die „Heizkontrolle“ in sämtlichen städtischen Objekten und die Überwachung der wärmetechnischen Einrichtungen durchgeführt.

Über den Brennstoffumsatz gibt nachstehende Übersicht Auskunft:

| | | | |
|-------------------------------|--------------------------------|-----------|-----------|
| | | 1950 | 1951 |
| fester Brennstoff | } Waggons ... } zu 10 t ... | 7.500 | 7.276 |
| flüssiger Brennstoff | | 250 | 450 |
| Gas m ³ | | 6.000.000 | 6.450.000 |
| elektrische Energie kWh | | 500.000 | 741.100 |

INSTALLATIONEN IN STÄDTISCHEN GEBÄUDEN.

Einer Material und Kosten sparenden Installationstechnik standen noch immer die alten österreichischen Regulative und die nach dem Jahre 1938 in Kraft gesetzten deutschen Vorschriften hemmend im Wege. Eine Neufassung

des Gasregulativs und der Vorschriften für die Ausführung von Wasserleitungseinrichtungen ist bisher nicht erfolgt. Gewisse Möglichkeiten eröffnete das Wiener Wiederaufbaugesetz, material- und kostensparende Installationstechniken im Wohnhausbau zu erproben. Im Jahre 1949 wurde versuchsweise ein neues Installationssystem angewendet.

Die Einführung dieser Installationsart sollte besonders im städtischen Wohnhausbau, wo es sich meist um eine größere Anzahl gleichartiger Installationen handelt, eine Ersparnis an Material und eine Verbilligung der Arbeitskosten dadurch herbeiführen, daß die gleichartigen Bestandteile montagebereit an die Baustelle geliefert und dort in kurzer Zeit gebrauchsfertig zusammengesetzt werden.

Bis Ende 1951 wurde das neue Installationssystem in mehr als 2.000 Wohnungen und auch bei anderen Bauten, wie z. B. in der Schöfferschule, angewendet.

Bei der Elektroinstallation in Wohnbauten konnte durch die Verwendung von Steigleitungen ebenfalls Material und Arbeitszeit erspart werden; für die Verlegung von Leitungen in Gebäuden, die nach der Schüttbauweise mit ihrer geringen Verputzstärke errichtet wurden, war dies fast der einzig mögliche Weg; außerdem konnte das inländische Schalter-, Steck- und Abzweigdosenmaterial auch bei der Steigleitungsverlegung verwendet werden.

Eine bemerkenswerte Neuerung stellten die Versuche in Neubauten dar, eine ständige Entlüftung der Klosettanlagen durchzuführen. Dieses Lüftungssystem beruht darauf, daß durch die Klosettmauern ein Betonrohr geführt wird, das vom Keller bis zum Dach reicht und mit den einzelnen Klosetts durch Luftschächte verbunden ist.

Im Einvernehmen mit den Wasserwerken wurden für die Bauführungen des Wohnbauprogrammes 1951 die in Österreich erzeugten, stumpfgeschweißten Gewindrohre verwendet, wodurch sich die Einfuhr ausländischer, nahtloser Rohre verringerte.

Durch die fortschreitende Umschaltung von Gleichstrom auf Drehstrom wurden Gleichstrommotoren frei. Um diese Motoren, die nur Altschrottwert darstellen würden, unverhältnismäßig nutzbringender zu verwerten, wurde ein sogenannter Motorenausgleich geschaffen, der den Abteilungen der Hoheitsverwaltung sowie auch den städtischen Unternehmungen und Betrieben, die noch Gleichstrommotoren verwenden können, ermöglicht, den Bedarf aus den angesammelten Vorräten zu decken.

Im Jahre 1950 wurden in städtischen Neubauten 3.927 und im Jahre 1951 5.011 Wohnungen die Gas-, Wasser-, Elektro- und Blitzschutzinstallationen projektiert, ausgeschrieben, vergeben und während der Einrichtung überwacht. Die gleichen Arbeiten wurden für die Wohnhaus- und Siedlungsbauten der Gesiba besorgt. Außerdem wurden in alten städtischen Wohnhäusern die Gasleitungen nachträglich installiert. Auch neue Telephonanlagen wurden errichtet, und zwar im Stadtbad Liesing, in den Magistratischen Bezirksämtern X und XII sowie im Städtischen Krankenhaus Floridsdorf; umgebaut oder erweitert wurden sieben Hauszentralen, von denen die Ausgestaltung der Telephonanlage für das Spital Lainz und das Altersheim Lainz (gemeinsam) auf automatischen Hausverkehr und die Verlegung und Erweiterung der Hauszentrale im Spital Rudolfstiftung in einen betriebstechnisch besseren Raum als größere Arbeiten erwähnt seien.

Der Magistrat verfügte Ende 1951 über 829 Hauptanschlüsse und post-eigene Mietanlagen und 121 gemeindeeigene Telephonanlagen in größeren Objekten. In diesen Anlagen sind 1.440 Postanschlüsse eingeschaltet und etwas über

5.000 amtsberechtigte Nebenanschlüsse (Klappen) in Betrieb. Die Fernschreibstelle des Neuen Rathauses verfügt über zwei Fernschreibanschlüsse.

Neben den großen Bauvorhaben wurde die Umschaltung von Gleich- auf Drehstrom im Neuen Rathaus durchgeführt. Ebenso wurden die technischen Einrichtungen der Festbeleuchtung des Neuen Rathauses verbessert, eine Vorrichtung zur gleichmäßigen Einschaltung eingebaut und die Großlautsprecheranlage modernisiert. Im Gemeinderatssitzungssaal wurde eine Lautsprecheranlage eingebaut und versuchsweise zwei Magnetophone angeschlossen, die eine pausenlose Aufnahme aller Reden ermöglichen. Schließlich sei auch die Instandsetzung des Leuchtbrunnens erwähnt, der bei festlichen Anlässen wieder sein Farbenspiel zeigt.

Die durch die Entwicklung der Weltmarktlage im Jahre 1950 bedingte sprunghafte Steigerung der Preise einzelner grundlegender Installationsmaterialien, wie Metall, Gummi usw., brachte für die Gemeinde zunächst Schwierigkeiten bei der Vergebung von Arbeiten auf Grund von Anboten privater Firmen, weil die Unternehmer unter Berufung auf die geänderten Preisverhältnisse ablehnten, die Arbeiten auszuführen. Die Stadtverwaltung ging daher zur Angebotvergebung nach veränderlichen Preisen über. Zu diesem Zweck wurden im Einvernehmen mit den Innungen und Erzeugerfirmen die Einheitspreise an bestimmten Stichtagen festgesetzt. Diese Preisfeststellungen lieferten die Grundlage für die Anrechnung der Preisveränderungen. Von der Evidenthaltung der Preise machten nicht nur die technischen Abteilungen des Magistrates, sondern in steigendem Maße auch die städtischen Unternehmungen und schließlich auch Amtsstellen der Bundesverwaltung Gebrauch.

Im Jahre 1950 wurden an private Firmen 315 Aufträge im Werte von 16,830.318 S und im Jahre 1951 446 Aufträge im Werte von 34,216.794 S vergeben. Außerdem wurden für laufende Instandhaltungsarbeiten 10.469 Aufträge mit einer Kostensumme von 13,682.312 S im Jahre 1950 und 10.213 Aufträge im Jahre 1951 erteilt, die 17,438.409 S Kosten erforderten. Durch die städtischen Werkstätten wurden im Jahre 1950 9.867 und im Jahre 1951 8.701 Aufträge ausgeführt.

Im Rathaus und in den umliegenden Amtshäusern wurden an den Personenaufzügen im Jahre 1950 775 und im Jahre 1951 670, an den Lastaufzügen im Jahre 1950 219 und im Jahre 1951 269 Instandhaltungsarbeiten ausgeführt.

Die durchgeführten größeren Installationsarbeiten sind aus nachstehender Aufstellung ersichtlich:

| | 1950 | 1951 |
|----------------------------------|-------|-------|
| Schulen | 1.658 | 1.520 |
| Kindergärten | 437 | 542 |
| Amtshäuser | 835 | 465 |
| Schlachthäuser | 108 | 62 |
| Märkte | 79 | 107 |
| Großmärkte | 162 | 11 |
| Objekte des Rettungswesens | 103 | 45 |
| Straßenpflegedepots | 114 | 94 |
| Objekte der Feuerwehr | 310 | 164 |
| Krankenanstalten | 695 | 304 |
| Erziehungsanstalten | 290 | 164 |
| Altersheime | 168 | 52 |
| Herbergen | 64 | 35 |
| Bedürfnisanstalten | 15 | 1 |
| Objekte des Gartenwesens | 96 | 71 |
| sonstige Objekte | 1.109 | 919 |

TECHNISCH-BEHÖRDLICHE ANGELEGENHEITEN DES GAS- UND ELEKTRIZITÄTSWESENS.

Neue behördliche Aufgaben sind durch die Azetylenverordnung vom 20. Dezember 1950, BGBl. Nr. 75/1951, die am 16. Juli 1951 in Kraft getreten ist, entstanden, wodurch der Magistrat auch für die Zulassungserklärung für Azetylenentwickler und Sicherheitsvorlagen zuständig wurde. Städtische Techniker erstatteten im Jahre 1950 Gutachten über projektierte elektrische Anlagen für das Weltspiegel-, Olympia- und Philadelphia-Kino und im Jahre 1951 im Zustimmungsverfahren auch über die neue elektrische Anlage der Staatsoper. Sie nahmen auch an den Beratungen des Ministeriums für Handel und Wiederaufbau über die neuen österreichischen Vorschriften für Elektrotechnik teil und arbeiteten in zahlreichen Fachausschüssen mit. Die Ergebnisse der behördlichen Tätigkeit zeigen nachstehende Zahlen:

| | 1950 | 1951 |
|--|------|------|
| Kinoüberprüfungen | 284 | 310 |
| Überprüfungen der elektrischen Anlagen in Theater und Vergnügungslokalen..... | 458 | 408 |
| Überprüfung von Hochspannungsanlagen | 652 | 788 |
| Gewerbliche Angelegenheiten | 362 | 331 |
| Konzessionsangelegenheiten | 156 | 123 |
| Diverses | 170 | 162 |

ÖFFENTLICHE BELEUCHTUNG.

Im Jahre 1951 wurde in Schwechat in der Wiener Straße die 40.000. elektrische Lampe installiert. Mit den rund 5.000 Gaslampen, die in Betrieb standen, waren Ende 1951 über Wien, einschließlich der Randgebiete, rund 48.700 Lichtstellen verteilt; dabei wurde erreicht, daß die Bezirke I bis X vollständig und die Bezirke XIV bis XVI etwa zur Hälfte wieder friedensmäßig beleuchtet waren. Auf die Randgebiete entfielen rund 8.000 Lampen, gegenüber 6.474 vor der Eingemeindung, das sind rund 125 Prozent; hingegen erreichte das alte Stadtgebiet erst 83 Prozent seiner höchsten Lampenzahl. Hiezu muß allerdings bemerkt werden, daß die Randgebiete vor dem Kriege nur unzureichend beleuchtet waren.

Für den Ausbau der öffentlichen Beleuchtung mußten in den Jahren 1950 und 1951 insgesamt 2.652 Stützpunkte geschaffen werden, und zwar 827 Stahl- und 233 Holzmaste sowie 497 Kandelaber und 61 Lichtmaste.

Die neu eingeschalteten Lampen verteilen sich auf die einzelnen Bezirke wie folgt:

| | 1950 | | 1951 | |
|-------------------|-----------------------|------|-----------------------|------|
| | Elektrische Lampen | Gas- | Elektrische Lampen | Gas- |
| Innere Stadt | 336 | 46 | — | — |
| Landstraße | — | — | 1.055 | 67 |
| Favoriten | 569 | 44 | 597 | 22 |
| Hietzing | — | 216 | — | 141 |
| Fünfhaus | — | — | 1.009 | 1 |
| Ottakring | — | — | 583 | 65 |
| Döbling | — | 106 | — | 228 |
| Floridsdorf | 363 | 64 | 502 | 121 |
| Mödling | 341 | — | — | — |
| Liesing | 360 | — | — | — |

Im Zusammenhang mit der Bautätigkeit der Gemeinde wurden auch zahlreiche neue Beleuchtungsanlagen geschaffen, so im 1. Bezirk auf dem Aspernplatz, im 2. Bezirk in der Rotundenallee und auf dem Parkplatz beim Stadion, im 5. Bezirk am Matzleinsdorfer Platz, im 10. Bezirk in der Per Albin Hansson-Siedlung und in der Grenzackergasse, im 11. Bezirk in der Hauff-, Eisteich-, Luise Montag-Gasse und in der Siedlung „Trautes Heim“, im 12. Bezirk in der Theresienbadgasse, im 14. Bezirk im Hugo Breitner-Hof und in der Kordonsiedlung, im 16. Bezirk in der Schrecker-, Michalek- und Eduard Hanslik-Gasse, im 17. Bezirk in der Wohnhausanlage Rosensteingasse, im 21. Bezirk in den Wohnhausanlagen Siemensstraße, Jedleseesee und Rußberggasse sowie in einigen kleineren Gassen und im 22. Bezirk in der Hausfeldsiedlung.

Straßenumbauten und Regulierungen machten Neu- und Umbauten der Beleuchtungsanlagen erforderlich. Größere Arbeiten dieser Art wurden vor allem in der Mariahilfer Straße, am Gürtel, beim Westbahnhof, bei der Aspernbrücke und am Matzleinsdorfer Platz, am Julius Tandler-Platz, in der Simmeringer Hauptstraße und in der Inneren Stadt durchgeführt.

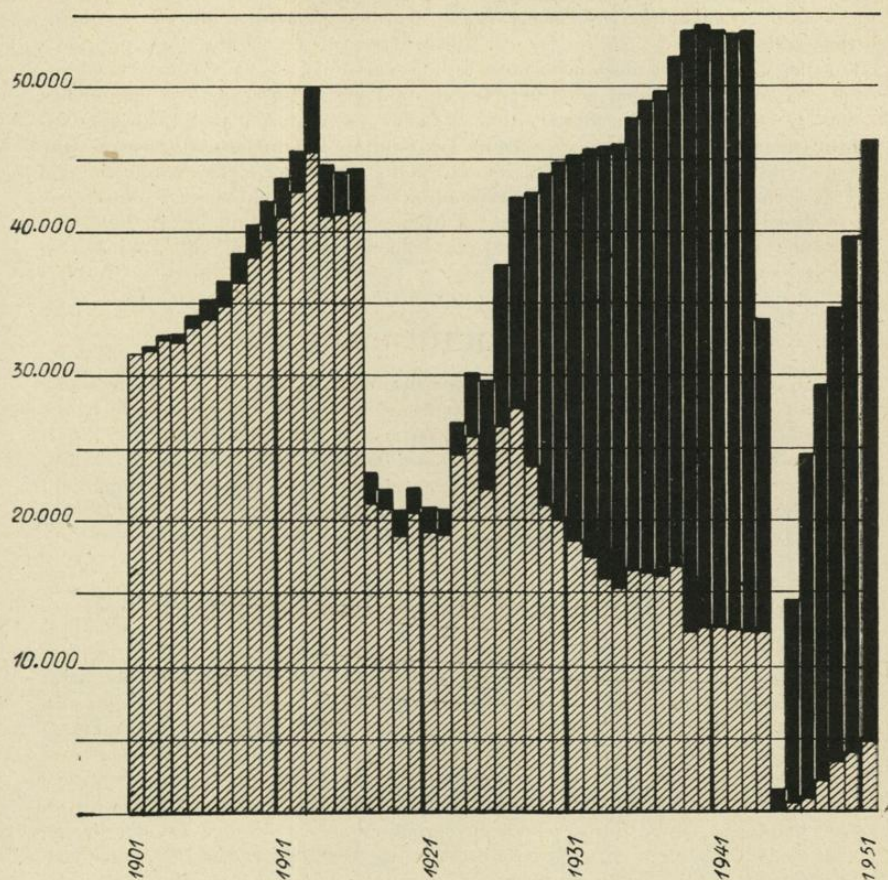
Gleichzeitig wurde auf den noch vorhandenen „Gasinseln“ die öffentliche Beleuchtung auf elektrischen Strom umgestellt. Solche Arbeiten wurden im 2. Bezirk auf dem Handelskai, im 3. Bezirk im Viertel Rechte Bahngasse, Linke Bahngasse, Strohgasse und im Stadtpark-Kinderpark, im 10. Bezirk im Viertel am Quarinplatz, im 11. Bezirk auf dem Herderplatz, in der Brambillgasse und in Kaiser-Ebersdorf, im 12. Bezirk im Gebiet zwischen Jägerhausgasse, Hetzendorfer Straße, Werthenburggasse, Defreggergasse und auf dem Südwestfriedhof, im 14. Bezirk das Gebiet Baumgarten, im 17. Bezirk, Riehthausenstraße, und in einem Teil der Alszeile, im 19. Bezirk im Krim-Viertel und im 21. Bezirk in dem Gebiet nördlich des Kagraner Platzes und rund um die Siedlung Wanklacker sowie im Gebiet von Jedleseesee durchgeführt. Schließlich wurden auch die Umschaltungen von Gleich- auf Drehstrom fortgesetzt; die umfangreichsten Arbeiten dieser Art wurden im 4., 5., 9. und 13. Bezirk besorgt.

Der Stromverbrauch für die öffentliche elektrische Beleuchtung betrug im Jahre 1950 22.582.765 kWh und im Jahre 1951 25.745.360 kWh; für die Gasbeleuchtung wurde in demselben Zeitraum 2.373.550 m³ und 2.851.489 m³ Gas verbraucht. Die Stromkosten beliefen sich im Jahre 1950 für eine elektrische Lampe durchschnittlich auf 66 S und im Jahre 1951 auf 65 S; für den Betrieb einer Gaslampe betragen die Kosten im Jahre 1950 157 S und im Jahre 1951 135 S.

Die Störungsfälle, die überwiegend leicht beherrschbar waren, hielten sich mit 2.811 im Jahre 1950 und 2.795 im Jahre 1951 in normalen Grenzen. Im Jahre 1950 wurden 18.433 und im Jahre 1951 18.559 ausgebrannte Glühlampen durch neue ersetzt.

Die *Versuchs- und Prüfungstätigkeit* nahm ständig an Umfang zu. Viele Bestandteile, die für die Installationen notwendig sind, mußten neu entwickelt und geliefertes Material überprüft werden. So wurde in Zusammenarbeit mit dem Studienbüro des Stadtbauamtes ein Betonkandelaber für Gemeindeneubauten entworfen und in der Wanklacker-Siedlung aufgestellt. Gemeinsam mit der VÖEST wurden Versuche mit zusammensteckbaren „Panzermasten“ gemacht, die als billige und technisch einwandfreie Träger von Beleuchtungskörpern aufgestellt werden sollen, wenn der Vorrat an adaptierbaren Gaskandelabern erschöpft sein wird. Die erste praktische Verwendung fanden die Panzermasten im Jahre 1951 auf den Vorplätzen des neuen Westbahnhofes, wo sie in ein-, zwei- und vierarmiger Ausführung derart verteilt wurden, daß die gesamte Verkehrsfläche gleichmäßig gut beleuchtet ist.

Entwicklung der Straßenbeleuchtung Wiens von 1900-1951



Für Peripheriestraßen, die in freies Gelände führen, wurden neuartige Träger entwickelt, die die Anbringung der elektrischen Lampen über der Straßenmitte ermöglichen. Für die Verkehrsinseln wurde eine Verkehrsleuchtsäule aus Stahlblech geschaffen, deren Kosten einen Bruchteil der bisher verwendeten gußeisernen ausmachen.

Versuche mit der im Jahre 1950 konstruierten Glühbirne mit eingebauten Kurzschlußstreifen haben noch keine befriedigenden Ergebnisse gebracht, so daß diese Type bisher keine umfangreichere Verwendung finden konnte. Günstige Ergebnisse brachten hingegen Versuche mit einer Glühbirne, bei der eine Serienschaltung von 44-Volt-Lampen ohne Schaltorgan und Widerstand möglich ist, wobei die automatische Weiterschaltung nicht beeinträchtigt wird. Zahlreiche Versuche mit Leuchtstofflampen führten Ende 1950 zur praktischen Verwendung

dieser Type für die öffentliche Beleuchtung am Graben; im Jahre 1951 wurden Leuchtstofflampen auch vor dem neuen Westbahnhof und in der neuen Matzleinsdorfer Durchfahrt installiert.

Zur Vermeidung der Blendwirkung wurden zunächst auf der Kreuzung Mariahilfer Straße-Gürtel sogenannte Tiefstrahler verwendet, die nach und nach an allen hohen Lichtmasten angebracht werden sollen.

Erwähnenswert sind noch der Neubau und die Abänderung von zahlreichen Schaltgeräten sowie die durchgeführten Liefer-, Altmaterial- und Entwicklungsprüfungen. Hierbei wurden Schützen, Drosseln und Transformatoren auf ihre Funktionsfähigkeit und Vorschriftsmäßigkeit, abmontierte Drosselspulen und Transformatoren auf ihre weitere Verwendbarkeit und neu entwickelte Materialien auf ihre Tauglichkeit geprüft. Ebenso wurden viele lichttechnische Arbeiten, wie Messung von ausgeführten Beleuchtungsanlagen, Herstellung von Projektionskurven und Tabellen, durchgeführt.

ÖFFENTLICHE UHREN.

In den Jahren 1950 und 1951 wurden insgesamt 14 öffentliche Uhren wieder instandgesetzt und in 11 Uhren die elektrische Beleuchtung installiert. 26 Uhren wurden generalrepariert und bei 22 Uhren wurde die Beleuchtung der Zifferblätter von 220 Volt auf 45 Volt umgebaut. Durch Ausbau eines verlässlichen, von der Feuerwehrzentrale gesteuerten Zentraluhrensystms wurden bis Ende 1951 17 Uhren in dieses System einbezogen. Mit diesen Arbeiten waren 4 private Firmen betraut, die auch die Instandhaltung der öffentlichen Uhren besorgten.

TECHNISCHE VERKEHRSANGELEGENHEITEN.

Die umfangreichen und mannigfaltigen Verkehrsprobleme der Großstadt bringen ständig neue technische Aufgaben mit sich, an deren Lösung der Magistrat entscheidend beteiligt ist. Nach der Natur der Sache besteht die Verwaltungstätigkeit in technischen Verkehrsangelegenheiten hauptsächlich in Außendienstleistungen. So wurden im Jahre 1950 2.492 und im Jahre 1951 2.663 Ortsverhandlungen durchgeführt, die teils von städtischen Organen geleitet wurden, teils unter deren Mitwirkung stattfanden. Als Landesbehörde nahm der Magistrat an den Planungsarbeiten für die Wiener Großbahnhöfe teil, den Verhandlungen über die Auffassung der Strecke Großmarkthalle—Groß-Schwechat der ehemaligen Landesbahn Wien—Preßburg wohnten Vertreter der Gemeinde als Berater bei. Im Zusammenhange mit Einrichtungen der Wiener Verkehrsbetriebe wurden Ortsverhandlungen wegen Haltestellen der Straßenbahn durchgeführt und Gleisbauprojekte behandelt.

Wichtige Aufgaben ergeben sich für die Stadtverwaltung als Aufsichtsbehörde in Straßenverkehrsangelegenheiten, so bei den Verhandlungen über die Novellierung der Straßenpolizeigesetze und bei der Festlegung von Richtlinien für die Verwendung von Lautsprechern im Straßenverkehr.

Einen besonderen Tätigkeitszweig bilden die in Zusammenarbeit mit der Bundespolizeibehörde festzulegenden Verkehrsregelungen, die durch Straßenarbeiten erforderlich werden. Von den Anlässen zu größeren Regulierungen seien hervorgehoben: im Jahre 1950 die Bauarbeiten an der Kreuzung Mariahilfer Straße-Getreidemarkt, am Julius Tandler-Platz und bei der Philadelphiabrücke, der Umbau der äußeren Gürtelstraße, der Simmeringer Hauptstraße, der Unter-

führung der Erdberger Lände bei der Ostbahn, die Liesingbachregulierung, der Bau des Liesingtalsammelkanales und des Kanales in der Breitenfurter Straße in Atzgersdorf und das IV. Baulos des Alsbachkanales; im Jahre 1951 die Bauarbeiten in der Mariahilfer Straße und am Gürtel, am Matzleinsdorfer Platz mit Herstellung einer Unterführung, der Neubau der Aspernbrücke, der Umbau der Ringstraße und des V. Bauloses des Alsbachkanales sowie der Bau der Wiener-Neustädter Kanalbrücke an der Triester Straße und der Liesingbachbrücke an der Laxenburger Straße, der Bau des Siebenhirtener Sammelkanales in der Triester Straße und des Liesingtalsammlers in Liesing.

Die Fahrbewilligungen für Schwer- und Sondertransporte, die Begutachtung von Taxistandplätzen, Autobus-Haltestellen und die Behandlung der zahlreichen Ansuchen um Ausnahme von Verkehrsbeschränkungen und von der Reinigungs- und Bestreuungspflicht von Gehwegen bilden einen erheblichen Teil der Verwaltungstätigkeit in Straßenverkehrsangelegenheiten.

Die Tätigkeit der städtischen Straßenverwaltung erfuhr durch die Normalisierung der Verkehrsverhältnisse eine bedeutende Steigerung und erstreckte sich auf die Kennzeichnung der für die Mariahilfer Straße und das Westbahnhofvor- gelände sowie den Aspernplatz getroffenen Verkehrsregelung, auf die Renovierungen von Verkehrsschildern und Verkehrseinrichtungen, die Anbringung von Warnbacken aus reflektierendem Material an allen Eisenbahnübergängen im südlichen Stadtgebiet, die Aufstellung von gleichartig ausgeführten Wegweisern an den Kreuzungen der Bundesstraße Nr. 1 und Nr. 2 und auf die probeweise Aufstellung von Verkehrsschildern auf der Höhenstraße zwischen Cobenzl und Dreimarkstein, die das Scheinwerferlicht von Fahrzeugen bei Dunkelheit reflektieren.

Schließlich wurden auch durch Aufstellung von entsprechenden Verkehrsschildern 15 Kundmachungen des Magistrates über neue besondere Verkehrsvorschriften im Wiener Gemeindegebiet verlaublich.

Gelegentlich der Straßenregulierungsarbeiten wurden unter Mitarbeit der Magistratsabteilung für öffentliche Beleuchtung auf folgenden Kreuzungen und anderen verkehrsreichen Stellen der Stadt Lichtsignalanlagen neu errichtet oder umgestaltet:

Kreuzung Triester Straße-Hauptstraße in Siebenhirten, Mariahilfer Straße-Getreidemarkt, Schleifmühlgasse-Margaretenstraße, Gürtel-Felberstraße und Gürtel-Westbahzufahrt, Mariahilfer Straße-Gürtel, Mariahilfer Straße-Kaiserstraße, Mariahilfer Straße-Neubaugasse und Währinger Straße-Berggasse. Neuerrichtet wurde schließlich die Anlage an der Philadelphiabrücke. Die im Kriege beschädigten Lichtsignalanlagen an den Kreuzungen Kärntner Straße-Walfischgasse, Rotenturmstraße-Brandstätte und Rotenturmstraße-Lugeck wurden wiederhergestellt. Die Signallichtanlage am Matzleinsdorfer Platz wurde im Zusammenhange mit der dort hergestellten Unterführung umgebaut und die Anlage Graben-Bognergasse mit neuen Schaltapparaten ausgestattet.

Die Zahl der neu aufgestellten Verkehrsschilder betrug 1.384 im Jahre 1950 und 1.658 im Jahre 1951 gegenüber 879 im Jahre 1949; außerdem wurden im Jahre 1950 1.232 und im Jahre 1951 910 Straßenbenennungs- und Orientierungstafeln angebracht.

LANDESPRÜFSTELLE FÜR DAS KRAFTFAHRWESEN.

Die Zahl der Kraftfahrzeuge war in Wien weiterhin im Steigen begriffen. In der Großgarage V., Siebenbrunnengasse, wurden im Jahre 1950 täglich durchschnittlich 31 und im Jahre 1951 35 Fahrzeuge nach den Kraftfahrvorschriften geprüft.

Der Umfang der geleisteten Verwaltungsarbeit geht aus nachstehender Übersicht hervor:

| | 1950 | 1951 |
|---|-------|-------|
| Ansuchen | 7.701 | 7.148 |
| Ausgestellte Genehmigungsbescheide einschließlich Bescheidänderungen .. | 8.054 | 9.046 |
| Durchgeführte amtliche Kennzeichnungen von Kraftfahrzeugen (Anhängern) durch Einprägen von Motor- und Fahrgestellnummern..... | 2.420 | 2.376 |

Die mündlichen Prüfungen für Bewerber zur Führung von Kraftfahrzeugen wurden wie bisher im Verkehrsamt der Bundespolizeidirektion, die praktischen Prüfungen im Straßenverkehr durchgeführt.

Als Prüfungskommissäre fungierten im Jahre 1950 17 und im Jahre 1951 18 technische Fachleute sowie jeweils 15 rechtskundige Beamte der Wiener Bundespolizeidirektion. Die Zahl der von der Prüfungskommission für Kraftfahrzeugführer geprüften Kandidaten betrug 17.739 im Jahre 1950 und 15.016 im Jahre 1951; abgelegt wurden im Jahre 1950 insgesamt 19.964 Prüfungen, für die 928.800 S Verwaltungsgebühren entrichtet wurden; im Jahre 1951 fanden insgesamt 16.810 Prüfungen statt, die 1.397.377 S Verwaltungsgebühren einbrachten.

STÄDTISCHER FUHRWERKSBETRIEB.

Seit dem Jahre 1949 ist der städtische Fuhrwerksbetrieb, seiner Bestimmung entsprechend, wieder ausschließlich mit Transporten für die Gemeinde Wien und die städtischen Unternehmungen, mit der Müll- und Fäkalienabfuhr sowie mit den Fahren für die Straßenpflege beschäftigt. Daher konnte der Fuhrpark, der in den ersten Nachkriegsjahren einen übermäßigen Umfang angenommen hatte, wieder auf das normale Ausmaß zurückgeführt werden. Die veralteten und unwirtschaftlich gewordenen Lastkraftwagen wurden ausgeschieden; so wurden 60 Fahrzeuge dieser Art im Jahre 1950 und 52 im Jahre 1951 ausrangiert. Für Großtransporte wurden im Jahre 1950 zwei 10-Tonnen-Lastkraftwagen, Type Fiat, eingestellt. Die Neuanschaffungen beschränkten sich auf Spezialfahrzeuge und Spezialgeräte. Im *Dienstkraftwagenfahrbetrieb* wurden 16 alte Wagen abgegeben und 9 moderne Wagen eingestellt.

Aus nachstehender Übersicht ist die Verringerung des Standes an Fahrzeugen von 1949 bis 1951 zu entnehmen:

| | Stand am Jahresende | | |
|--|---------------------|------|------|
| | 1949 | 1950 | 1951 |
| Lastkraftwagen | 358 | 300 | 264 |
| Anhänger | 158 | 155 | 110 |
| Personenkraftwagen für Dienstfahrten | 75 | 68 | 62 |
| Motorräder für Dienstfahrten.. | 44 | 42 | 41 |
| Spezialfahrzeuge | 167 | 179 | 159 |
| Zusammen.... | 802 | 744 | 636 |

Im Jahre 1950 wurden Lasten im Gesamtgewicht von 1.061.000 Tonnen und im Jahre 1951 von 961.302 Tonnen befördert. Die Zahl der mit sämtlichen Kraftfahrzeugen gefahrenen Kilometer betrug 6.536.602 im Jahre 1950 und 6.384.761 im Jahre 1951. Der gesamte Treibstoffverbrauch stellte sich im Jahre

1950 auf 1,153.000 Liter Benzin und Benzolgemisch sowie 962.000 Liter Dieselöl, im Jahre 1951 auf 896.317 Liter Benzin, 972.380 Liter Dieselöl und 62.037 Liter Motorenöl.

In der Hauptwerkstätte des Fuhrwerksbetriebes wurden im Jahre 1950 32 und im Jahre 1951 18 Fahrzeuge generalrepariert. Außer den Wagen und Geräten des Fuhrparks wurden auch die Dienstkraftwagen, Kranken- und Rettungsfahrzeuge sowie Wagen anderer Magistratsabteilungen und schließlich auch die Geräte für die Straßenpflege instandgehalten.

In der Zentralgarage wurden zur Verbesserung der Arbeits- und Betriebsverhältnisse in den Werkstätten Leuchtstoffröhren installiert, 3 Montagegruben an die Entlüftungsanlage angeschlossen und die Inneneinfahrt verbreitert.

Die Garage im 5. Bezirk, die nach ihrer Zerstörung im Kriege in Holzbaracken untergebracht worden war, wurde im Jahre 1950 durch Einbau eines größeren Kanaleinlaufes und Benzinabscheiders verbessert. Im Jahre 1951 wurde mit dem Bau einer 60 m langen Halle und eines 30 m langen Betriebsgebäudes begonnen. In der Tischlerei der Hauptwerkstätte im 17. Bezirk wurde im Jahre 1950 eine Warmluftniederdruckdampfheizung eingerichtet. Da die Betriebsräume, insbesondere aber die Lagerräume, nicht mehr den Anforderungen entsprachen, wurde mit der Errichtung eines neuen Gebäudes begonnen und dessen Rohbau im Jahre 1951 fertiggestellt. In der Garage im 17. Bezirk wurden rund 500 m² Hoffläche mit Kleinsteinen neu gepflastert und 400 m² umgepflastert.

STRASSENREINIGUNG.

In der maschinellen Straßenreinigung waren wesentliche Verbesserungen zu verzeichnen. Im Jahre 1950 standen 3 motorisierte Kehrzüge, 2 Selbstlademaschinen, 1 Lastwagen mit zwei lenkbaren Kkehrbürsten sowie eine Kleinkehrmaschine, die für die Reinigung größerer Marktflächen verwendet wurde, in Betrieb; im Jahre 1951 erhöhte sich der Bestand auf 4 Kkehrzüge, 3 Selbstlademaschinen, 2 Lastwagen mit lenkbaren Kkehrbürsten und 2 Kleinkehrmaschinen. Zur Straßenspritzung im alten Stadtgebiet standen in beiden Jahren 16 motorisierte Wagen zur Verfügung; die Zahl der pferdebespannten Spritzwagen, die in den Randgebieten verwendet wurden, ist von 13 im Jahre 1950 auf 16 im Jahre 1951 gestiegen.

Außer dem Straßenkehrriecht wurden im Jahre 1950 noch rund 6.300 m³ und im Jahre 1951 rund 500 m³ Schutt von Gebäuden, die im Kriege beschädigt oder zerstört worden waren, weggeführt.

In Teilen des 1. und 9. Bezirkes sowie auf Märkten im 4., 10. und 16. Bezirk wurde in den Jahren 1950 und 1951 die Straßenreinigung in verstärkten Nachtschichten besorgt; im Jahre 1951 wurde auch der neugeschaffene Platz vor dem Westbahnhof in Nachtschichten gereinigt.

Vom städtischen Fuhrwerksbetrieb wurden für die maschinelle Straßenreinigung im Jahre 1950 10.518 und im Jahre 1951 11.490 Tagschichten geleistet. Hiezu kamen noch die Leistungen mit pferdebespannten Wagen, und zwar 1.594 im Jahre 1950 und 1.215 im Jahre 1951.

SCHNEESÄUBERUNG.

Der Winter 1950 war sehr schneereich; in der Winterperiode 1951 gab es zwar wesentlich weniger Schneefälle, aber immerhin bedeutend mehr als in dem schneearmen Jahre 1949.

Der Wagenpark für die Schneesäuberung hat an Umfang zugenommen und Ende 1951 standen 25 motorisierte Stadtpflüge samt Anhängern, 29 motorisierte

Holzkeilpflüge und Seitenräumer, 24 schwere Keilpflüge, 10 schwere Seitenräumer, 3 geländegängige Pflüge, 6 Kratzpflüge, 4 Lastwagen mit Anhängerpflügen, 2 Gehsteigpflüge, eine Schneefräse, eine Schneeschleuder sowie eine große und eine kleine Schneelademaschine zur Verfügung. Hiezu kommen noch Ersatzgeräte für die einzelnen Pflugarten.

Zur Bestreuung der verkehrsreichen Straßen und Plätze bei Glatteis wurden Streuautos verwendet, von denen ein Teil mit mechanischen Streumaschinen versehen war. Für diese Wagen wurden 30 Fahrrouuten zusammengestellt. Zur Behebung der Verkehrsschwierigkeiten bei Glatteis waren im Jahre 1950 11.000 m³ Sand und Schlacke sowie 80 Tonnen Aufstreusalz und im Jahre 1951 6.000 m³ Sand und Schlacke und 90 Tonnen Salz erforderlich. Zur Verhinderung von Schnee-Verwehungen wurde die Zahl der aufgestellten Plankenfelder im Jahre 1950 um 700 und im Jahre 1951 um 900 vermehrt.

Die Schneesäuberung wurde im Jahre 1950 im 48.400 Tagschichten von städtischen Bediensteten und in 32.350 Tagschichten von aufgenommenen Schneearbeitern besorgt; im Jahre 1951 konnte diese Arbeit in 9.200 Tagschichten mit eigenem Personal und in 2.100 Tagschichten, die von fremden Hilfskräften geleistet wurden, bewältigt werden. Die Schneearbeiterlöhne betragen im Jahre 1950 988.000 S., im Jahre 1951 nur 68.000 S.

MÜLLABFUHR.

Im Jahre 1950 war die Reorganisation für die Mülleinsammlung und Abfuhr abgeschlossen. Nach den neuen Plänen wurde das Stadtgebiet in 55 Abfuhrbezirke eingeteilt; davon werden 47 als „Großstrecken“ und 8 als „Kleinstrecken“ bezeichnet. Die Kleinstrecken wurden für die Einsammlung des Kehrriechts am Stadtrand, bei den großen Wohnhausanlagen, in Unterkünften der Besatzungsmächte, in Spitälern usw. zusammengestellt. Die Randgebiete wurden in 7 Sammelgebiete gegliedert. Auch die Zahl der jährlichen Einsammlungen wurde neu festgelegt; demnach erfolgte in den Bezirken II bis IX eine 52-malige und in den Bezirken X bis XIX eine 40-malige Kehrriechteinsammlung jährlich. Für den 1. Bezirk wurde eine besondere Regelung getroffen, nach der die Einsammlungen in einigen Teilen täglich und in den übrigen zweimal und einmal wöchentlich vorgenommen wurden. Im verbauten Teil des 21. Bezirkes erfolgte die Einsammlung wie bisher 32-mal jährlich. In einzelnen Gebieten der Peripherie wird der Müll noch 26- oder 20-mal jährlich eingesammelt. Diese Neueinteilung erforderte die Ausarbeitung neuer Abfuhrpläne und Streckenbücher sowie die Überprüfung und Richtigstellung von 60.000 Gebührevorschreibungen. Durch das Gesetz vom 18. Dezember 1950 über die Neufestsetzung des Ausmaßes der Hauskehrriech-abfuhrgebühren, LGBL für Wien Nr. 1/1951, wurden die Gebühren ab 1. Jänner 1951 um zehn Prozent erhöht.

Durch Ankauf erhöhte sich die Zahl der Wibro-Großräumwagen im Jahre 1950 um 12 und im Jahre 1951 um 6, so daß insgesamt 58 Wagen dieser Type zur Verfügung standen. Dadurch konnte die Verwendung von Lastkraftwagen mit verschiebbaren Plachen im Stadtgebiet unterbleiben und auf die Randgebiete beschränkt werden, wo die bei diesen Wagen unvermeidliche Staubbentwicklung weniger fühlbar wird als in den dichtbewohnten Innenbezirken.

Der Ersatz der Plachenwagen durch moderne Großräumwagen ermöglichte in der Zeit von 1949 bis 1951 eine Gesamtverringerung des Arbeiterstandes um 172 Mann, die nun für andere Zwecke frei geworden waren.

Für die Ablagerung von Schutt von öffentlichen Gebäuden und gemeinde-eigenen Bauten stand der Ableerplatz an der Eibesbrunnnergasse zur Verfügung;

dort wurden im Jahre 1950 24.320 m³ und im Jahre 1951 18.539 m³ abgelagert. Für die Schuttabfuhr von Privaten war auch in den Jahren 1950 und 1951 als einziger in der Verwaltung der Stadt befindliche Platz das Grundstück neben dem Jedleseer Aupark vorgesehen, auf dem im Jahre 1950 26.000 m³ und im Jahre 1951 24.542 m³ abgelagert wurden.

Die Zahl der entleerten Müllgefäße betrug 6.700.471 im Jahre 1950 und 6.781.141 im Jahre 1951. Die auf den einzelnen Ableerplätzen abgelagerten Müllmengen sind aus nachstehender Aufstellung zu ersehen.

| Ableerplatz | 1950 | 1951 |
|--|------------|---------|
| | Kubikmeter | |
| X., Eibesbrunnergasse | 148.006 | 127.148 |
| X., Tolbuchinstraße | 128.638 | 144.873 |
| XXI., Bruckhaufen | 204.044 | 202.923 |
| XXI., Aupark | 514 | 482 |
| Verbrennungsofen im XIX. Bezirk .. | 1.362 | 1.053 |
| Ableerplätze in den eingemeindeten Gebieten | 29.344 | 30.022 |

Von den alljährlich geleisteten Instandsetzungsarbeiten ist die im Jahre 1950 am Bruckhaufen neu angelegte rund 400 m lange Straße längs des Inundationsdammes für die Zu- und Abfahrt der Wibro-Wagen hervorzuheben, von der im Jahre 1951 250 m gepflastert wurden. Außerdem wurde eine fahrbare Baracke zum Aufenthalt der Arbeiter in den Arbeitspausen neu aufgestellt.

In der Reinigung und Reparatur der Müllgefäße wurde wohl der Vorkriegsstand noch nicht erreicht, doch machte der Austausch der beschädigten Coloniakübel gute Fortschritte; so wurden im Jahre 1950 14.950 und im Jahre 1951 61.951 schadhafte Gefäße ersetzt.

Über die Leistungen der Kübelwäscherei und der Reparaturwerkstätte gibt nachstehende Übersicht Aufschluß:

| | 1950 | 1951 |
|--|---------------|--------|
| | Coloniagefäße | |
| Arbeiten der Firma Wehle & Co.: | | |
| Gewaschen und repariert | 27.458 | 46.161 |
| hievon mit Bodenstutzen versehen | 13.472 | 8.554 |
| Körperflecken 200—1.000 cm ²) . | 4.893 | 6.836 |
| sonstige Reparaturen | 9.093 | 8.476 |
| Arbeiten in Eigenregie | | |
| Bombenbeschädigte Colonia- gefäße repariert | 220 | — |
| Koprophorgefäße repariert | 310 | 80 |
| Gefäße, System Schmitt & Mell- ner, repariert | 559 | 272 |
| System Ochsner, repariert | 100 | 16 |

Hiezu kam noch die Instandsetzung von 1.489 Ständern für Coloniakübel und 5.231 Mauerstützen. Schließlich wurden auch 17.578 Bodenstutzen zur Reparatur von Müllgefäßen und 34.850 neue Kübel hergestellt. 9.515 Mülltonnen wurden als vollkommen unbrauchbar ausgeschieden.

STRASSENBAU UND STRASSENERHALTUNG.

Die Behebung der Kriegsschäden an den Straßen kann im wesentlichen als abgeschlossen bezeichnet werden. In den Jahren 1950 und 1951 wurden 506

Schadensstellen, die bis dahin nur behelfsmäßig instandgesetzt worden waren, mit einer normalen Straßendecke versehen, wofür 10 Millionen Schilling aufgewendet wurden. Die wenigen noch verbliebenen Schadensstellen befinden sich im 1. und 19. Bezirk, wo die Instandsetzungsarbeiten wegen verschiedener Bauvorhaben oder aus wirtschaftlichen Gründen zurückgestellt wurden. Nunmehr wurde in größerem Ausmaß mit der Ausbesserung der durch Abnutzung schadhaf gewordenen Straßendecken begonnen und der Umbau verkehrswichtiger Straßenzüge forciert. Hiefür war es notwendig, vorerst die Rechtslage in den Gebieten, in denen Straßenbauten geplant waren, klarzustellen.

Die ständige Ausweitung der Siedlungsgebiete führte dazu, daß sich die Arbeiten der Straßengrundverwaltung immer mehr auf die Untersuchung, Klärung und Feststellung der Rechtsverhältnisse konzentrierten. Für eine Reihe von Vorhaben, z. B. in der Mariahilfer Straße, am Gürtel und am Matzleinsdorfer Platz, waren Straßengrundfreimachungen erforderlich. Im Bereich des Westbahnhofes wurde über den zur Eisenbahnanlage gehörenden Bahnhofvorplatz zwischen der Mariahilfer und Felberstraße mit den Vertretern der Österreichischen Bundesbahnen eine grundsätzliche Vereinbarung über die Herstellung und Erhaltung der neuen weiträumigen Verkehrsflächen getroffen. Solche Verhandlungen wurden auch über die Verkehrsflächen des umgebauten Franz Josefs-Bahnhofes und des neu zu erbauenden Süd-Ostbahnhofes gepflogen.

Zur Ermöglichung einiger Straßenbauarbeiten, wie der Tiergartenstraße, Bürgergasse usw., mußte die Durchführung der auf Kosten von Privaten herzustellenden Höhenlage durchgesetzt werden.

Vielfach mußten die Zugangs- und Zufahrtsmöglichkeiten zu Baustellen und Liegenschaften erst sichergestellt werden.

Von wichtigen Einzelarbeiten für Straßengrundbereitstellungen, insbesondere von solchen, die Leistungen von Privaten erforderten, seien erwähnt:

Verbreiterung der Babenbergerstraße, Ostbahnunterführung im Zuge der Simmeringer Lände, Verbreiterung der Simmeringer Hauptstraße bei der Kopalgasse, Vorarbeiten für den Durchbruch Lindengasse-Stollgasse, Kraelitzgasse und Taglieberstraße.

In der mittelbaren Bundesstraßenverwaltung hat der Magistrat für den Bau einer Umfahrungsstraße in Achau den erforderlichen Grund bereitgestellt. Ebenso wurden die für Umlegung der Ödenburger Bundesstraße im Inzersdorfer Gebiet vorbereitende Arbeiten geleistet. Eine wichtige Aufgabe der Straßenverwaltung bildete auch die Beschaffung von neuen Materiallagerplätzen, da deren Zahl wegen der Verwendung zu Bauzwecken immer geringer wird. Im Jahre 1951 ist es gelungen, den ersten Ersatzplatz im 12. Bezirk, Altmannsdorf, sicherzustellen.

Bei den Straßenbauarbeiten wurden zahlreiche Neuerungen eingeführt. So wurden im Jahre 1950 erstmalig für Großverkehrsstraßen an Stelle der bisher üblichen Großpflasterdecken auf Betonunterlage 25 cm dicke Betondecken gebaut. Die neuere Betontechnologie macht den Bau von Betonstraßen auch für den Großverkehr rationell. Zwar ist die Haltbarkeit der Betondecken geringer als die von Großpflasterdecken auf Betonunterlage, die bedeutend billigere Bauweise erlaubt aber mit den vorhandenen Geldmitteln, größere Flächen umzubauen.

Bei dem außerordentlichen Umfang der Schäden kann einer Generation nicht zugemutet werden, die enorm hohen Kosten allein zu tragen, die für die kostspieligen Großpflasterdecken erforderlich wären.

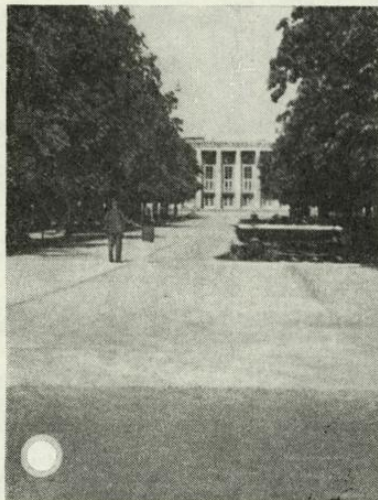
In der Bodenuntersuchung wurden erstmalig elektrische Untergrundsondierungen durchgeführt. Eine gleichzeitig vorgenommene Rammsondierung ergab gute Übereinstimmung mit dem elektrisch gewonnenen Untersuchungsergebnis;

Der dichtere Verkehr
drängt nach besseren
Straßen.

Die erste moderne Beton-
straße im verbauten Stadt-
gebiet entsteht am Lerchen-
felder Gürtel.

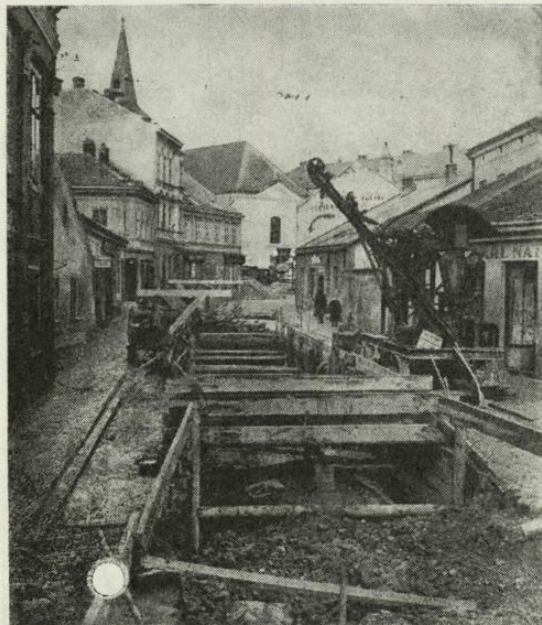
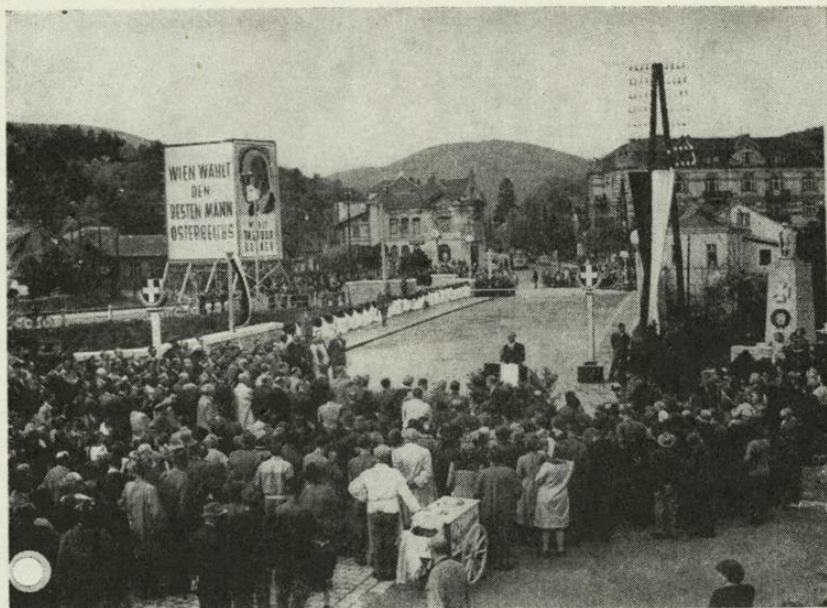


Von der Rotundenbrücke
zum Messegelände wurde
eine Betonstraße gebaut.



Der Julius Tandler-Platz vor dem Franz Josefs-
Bahnhof wird neu gepflastert.





Die wiederhergestellte Kielmannseggbrücke über den Wienfluß in Hadersdorf-Weidlingau wird dem Verkehr übergeben.

Auch für die Randgebiete werden beträchtliche Geldmittel aufgewendet.

Der Knotenbach in Atzgersdorf wird reguliert. Es bedarf umfangreicher Arbeiten, um das Gewässer in Rohren unter der Straße zu leiten.

doch zeigte sich, daß die Rammsondierung durch ihre örtlich begrenzte Anzeige der Verhältnisse einen scheinbaren Detailreichtum, in Wirklichkeit aber ein unklares Bild ergibt, wogegen die elektrische Sondierung ein weites, ausgeglichenes Ergebnis bietet. Durch die elektrische Bodenuntersuchung konnte beim Bau der Unterfahrung des Matzleinsdorfer Platzes eine bessere Einsicht in die Untergrundverhältnisse gewonnen werden als durch die Bohrsondemethode mit wenigen Bohrlöchern. Auch in der Mariahilfer Straße wurden elektrische Messungen durchgeführt, wobei zwei alte Keller entdeckt und einige Stellen geringerer Festigkeit im Erdreich ermittelt wurden. Diese wurden noch durch Bodendruckproben mittels des *Fischerschen* Bodendruckapparates untersucht.

Zur Prüfung der Betonfestigkeiten, die nach Würfelproben zu beurteilen immer unbefriedigend geblieben ist, wurde die Kugelschlagprobe nach Dr. *Soretz* eingeführt, die die Druckfestigkeit der fertigen Straßendecke zu erproben gestattet.

Eine Neuerung stellt auch die Herstellung grobgriffiger Asphaltbeläge aus Gußasphalt dar. Zu diesem Zweck wurde Grobsplitt von 20—25 mm Korngröße in den warmen Hartguß eingewalzt. Mit solchen Asphaltbelägen wurden zwei Straßen der Inneren Stadt und die Autobushaltestellen in der Mariahilfer Straße zur Erzielung einer besseren Bremswirkung versehen. Besonders hervorzuheben ist die im Jahre 1951 erstmals durchgeführte Färbung des Betons für Straßendecken, um die Fußgänger auf jene Stellen besonders aufmerksam zu machen, an denen sie die Straßen überqueren sollen. Für diese Übergänge wurde der Beton rot gefärbt. Hingegen wurde für einen Parkplatz auf der Kreuzung Mariahilfer Straße blau, für die Verkehrsfläche vor dem neuen Westbahnhof lichtgrün gefärbter Beton gewählt. Außer den durch die Verwendung von rot gefärbtem Beton gekennzeichneten Straßenübergängen wurden auch sogenannte Zebraübergänge, nämlich 60 cm breite, schwarz und weißgehaltene Pflasterstreifen, hergestellt. Diese Art der Markierung ist bei Verwendung von Gummerner Marmor, dessen Oberfläche durch Abnutzung leuchtend weiß wird, besonders auffallend und wirksam.

Eine andere Neuerung wurde mit einigen Versuchen zur mechanischen Bodenstabilisierung angebahnt. Bei einer bestehenden sehr stark abgenützten Kantschottermakadamdecke und einer alten Rundschotterdecke wurde das aufgerissene Material durch Zusatz von Fehlkörnungen und Mischung verbessert und wieder eingewalzt.

Zur Erprobung des geringst möglichen Kostenaufwandes wurde in einer Siedlung eine Fahrbahn angelegt, deren Decke aus Rundschotter, dem lehmiges Material als Bindemittel und feiner Sand beigemischt worden waren, bestand. In den Seitengraben wurden Sickerschlitze angebracht, um das Wasser von den schwach befestigten Straßendecken möglichst rasch abzuleiten.

In den Jahren 1950 und 1951 waren dem Straßenbau große Aufgaben gestellt: die Neugestaltung der Mariahilfer Straße und des Gürtels beim Westbahnhof sowie die Unterfahrung des Matzleinsdorfer Platzes. Durch den Umbau der Mariahilfer Straße vom Ring bis zum Gürtel hat die Hauptverkehrsader von Wien die Form und das Aussehen erhalten, wie es einer modernen Großstadt entspricht. Die Baukosten stellten sich auf 22,560.000 S. Mit dem Umbau war eine generelle Überholung aller Straßeneinbauten verbunden, zugleich wurde das Gleichstromnetz auf Drehstrom umgeschaltet. Die Gleise der Straßenbahn wurden in die Straßenmitte verlegt.

Die Zweckmäßigkeit der Gleismittellage wurde von außenstehender Seite bestritten und behauptet, daß mit Rücksicht auf eine zu erbauende Untergrundbahn eine Fehlinvestition vorliege und daß ein Obusbetrieb vorzuziehen sei. Demgegen-

über erklärten die Betriebstechniker der Straßenbahn, daß der dichte Straßenbahnverkehr auf der Mariahilfer Straße durch Obusse nicht bewältigt werden könne. Was den Bau einer Untergrundbahn betrifft, so ist damit kaum vor zehn Jahren zu rechnen, bis zu welcher Frist die aufgewendeten Baukosten größtenteils amortisiert seien. Der verlorene Aufwand, der etwa 0,6 Prozent der Gesamtbaukosten der U-Bahn ausmacht, liegt weit unter den Unsicherheitsfaktoren des Gesamtbaues. Selbst wenn man den verlorenen Aufwand auf den U-Bahnbau der Mariahilfer Straße im Straßenbereich bezieht, beträgt er nur 3 Prozent der Baukostensumme und liegt ebenfalls noch unter den Schätzungen, die für unvorhergesehene Schwierigkeiten im dichtverbauten Stadtgebiet mit 20 Prozent zu veranschlagen sind.

Beim Umbau der Kreuzung Mariahilfer Straße-Gürtel wurden wesentliche Verkehrsverbesserungen durch die Schaffung von Einbahnen und von großen Stauräumen für den Abbiegeverkehr erreicht. Die Kreuzung selber wurde durch eine Blumenanlage ausgeschmückt. An Stelle der Bedürfnisanstalt, die den Blick zum Westbahnhof verlegte, wurde eine unterirdische errichtet.

Eine bedeutende Verkehrsverbesserung gelang auch auf dem Matzleinsdorfer Platz. Hier kreuzen sich die Einfallsstraße aus dem Industriegebiet im Süden Niederösterreichs mit der Schwerlaststraße des Gürtels, die den Westen und Nordwesten Wiens mit den östlichen Stadtteilen verbindet. Die zeitweise Massierung von Verkehrsmitteln an diesem Punkte führte zu einer beträchtlichen Verlangsamung des Verkehrs und damit zu höheren Betriebskosten der Fahrzeuge. Die Gemeinde Wien nahm daher ein allgemein volkswirtschaftliches Interesse wahr, als sie an dieser Stelle eine Unterführung schuf. Zunächst wurde nur die Gürtelfahrbahn unterführt, wobei die Möglichkeit offen gelassen wurde, später auch die Straßenbahn in die Unterführung einzubeziehen. Die Unterführung wurde in kürzester Bauzeit fertiggestellt. Dabei waren umfangreiche Nebenarbeiten zu verrichten. An dieser Stelle kreuzen sich sechs Wasserrohrstränge, von denen drei in einem größeren Ducker unter den Mauern der Unterführung hindurchgeführt werden mußten. Der aus der Triester Straße kommende Hauptsammelkanal wurde tiefergelegt, was den Neubau des Kanals in einer Länge von 300 m bis zur Siebenbrunnengasse erforderte. Umgelegt wurden auch Gasrohrstränge, Starkstromkabel und Telephonkabel, deren neue Lage zur Vermeidung von Gefahren mit besonderer Sorgfalt gewählt werden mußte. Das Hauptbauwerk bildete die 250 m lange Unterführung selbst mit den beiden ebenso langen Stützmauern und der 47,6 m breiten Brücke. Die Höhe der Durchfahrt beträgt 4,50 m und entspricht der internationalen Norm, die Breite 9,20 m, wovon 8 m auf eine dreispurige Fahrbahn und je 60 cm auf zwei Schutzstreifen entfallen. Die Baukosten stellten sich auf 15 Millionen Schilling.

Außer diesen großen Verkehrsbauten wurden in den Jahren 1950 und 1951 noch folgende Straßenbauten durchgeführt:

1. Bezirk, Aspernplatz; Schaffung einer weiträumigen Kreisbahn, die eine Regelung des Straßenverkehrs ohne Ampeln und Verkehrsposten ermöglicht; Hebung und Verbreiterung der Aspernbrückengasse sowie Adaptierung aller tiefliegenden Geschäfte und Gehsteige. Ringstraße von Stadiongasse bis Bellaria (I. Bauhos) und von dort bis Babenbergerstraße (II. Bauhos). Bau einer Hartgußasphaltfahrbahn zwischen den Straßenbahngleisen sowie von Übergängen in rotem Beton für Fußgänger. Bognergasse zwischen Tuchlauben und Irigasse, Ersatz des Holzstöckelpflasters durch einen Asphalttraubelag, Schottengasse, Umbau der Fahrbahn. Werderthorgasse und Neutorgasse, Umbau des Holzstöckelpflasters.

2. Bezirk, Stadion; Fertigstellung des großen Parkplatzes, der mit einer 6 cm starken Tränkdecke versehen wurde, bei Verzicht eines Unterbaues. Zufahrtsstraße zum Messegelände, Herstellung in Beton mit Betonrandsteinen. Novaragasse, Taborstraße, Umbau des Holzstöckelpflasters.
3. Bezirk, Stalinplatz bis zur Einmündung des Rennwegs, Umbau der Fahrbahn mit Großsteinpflaster. Rennweg von Ungargasse bis Hafengasse, Umbau der Fahrbahn mit Kleinsteinpflaster. Rotundenallee, Bau einer Betonstraße.
3. und 4. Bezirk, Prinz Eugen-Straße, von Stalinplatz bis Gürtel, Neupflasterung mit Kleinsteinen auf Betonunterlage, Verbreiterung der Fahrbahnen beiderseits der Straßenbahngleise, wobei eine Fläche von ca. 1.000 m² erstmalig mit Doppelkleinsteinen gepflastert wurde.
5. Bezirk, Matzleinsdorfer Platz.
6. Bezirk, Durchbruch der Grabnergasse zwischen Gumpendorfer Straße und Mollardgasse und Bau einer Hartgußfahrbahn auf Betonunterlage.
7. Bezirk, Museumstraße, Steinpflasterung mit alten Würfeln auf neuer Betonunterlage und Asphaltfugenverguß. Nach sorgfältiger Bodenuntersuchung wurde eine 60—80 cm starke Betonunterlage unter Zusatz von 1 Prozent Melilol zur Erhöhung der Biegefestigkeit und unter Verwendung von Tauchrüttlern hergestellt. Lindengasse, Durchbruch zwischen Schottenfeld- und Zieglergasse, Bau einer Straße mit Kleinsteinpflaster auf Betonunterlage.
9. Bezirk, Julius Tandler-Platz vor dem Franz Josefs-Bahnhof, vollständige Regulierung dieses Platzes.
10. Bezirk, Quellenstraße, Anlage einer neuen Fahrbahn aus Würfelsteinen mit Pechmörtelverguß zwischen dem Gleis der Linie 6 und dem Wasserbehälter.
11. Bezirk, Siedlung Hasenleiten) Herstellung von 20 cm dicken Betonstraßen,
 Per Albin Hansson-Siedlung) die statt Porphyritsplitt versuchsweise Kalk-
 zuschlagstoffe erhielten.
 Simmeringer Hauptstraße, von der Landstraßer Hauptstraße bis Krausegasse, Bau einer 2 km langen Betonstraße.
12. Bezirk, Meidlinger Hauptstraße-Hufelandgasse, zur Entlastung der Straßenkreuzung bei der Lobkowitzbrücke wurde der Durchbruch zur Hufelandgasse verbreitert.
14. Bezirk, Siedlung Baumgarten, Herstellung von Betonstraßen. Siedlung Kordon, gründliche Entwässerung eines Straßenteiles (Gasse 1) und teilweise Befestigung.
15. Bezirk, Mariahilfer Gürtel und Neubaugürtel, als Fortsetzung der bereits ausgebauten Straße am Lerchenfelder und Hernalser Gürtel, Bau einer Betonstraße mit einer Betonstärke von 25 cm.
16. und 17. Bezirk, Lerchenfelder und Hernalser Gürtel, Bau einer Betonstraße, so daß sich im Zusammenhange mit dem betonierten Teil eine durchlaufend befestigte Strecke von über 2,2 km ergibt.
19. Bezirk, Krottenbachstraße, Umbau.
21. Bezirk, Siedlung Jedlese, Bau von Betonstraßen, wobei dem Zement verschiedene Mengen von Alfesil (10—30 Prozent) und Traß beigemischt wurden, um eine leichtere Verarbeitung des Betons zu erzielen.

Der Umfang der geschaffenen Verkehrswege ist aus nachstehender Aufstellung ersichtlich:

Instandsetzungen, Um- und Neubauten von Fahrbahnen.

| | 1950 | 1951 |
|-------------------------------|--------------|-----------|
| | Quadratmeter | |
| Großsteinpflaster | 287.400 | 287.400 |
| hievon mit Asphaltfugenverguß | 38.600 | 29.400 |
| Kleinsteinpflaster | 64.600 | 67.900 |
| Keramikpflasterung | 2.800 | 3.100 |
| Hartgußpflaster | 23.900 | 45.800 |
| Holzstöckelpflaster | 4.600 | 2.700 |
| Betonpflaster | 78.800 | 53.000 |
| Asphaltpflaster | 12.700 | 22.000 |
| Makadamstraßendecke | 600.700 | 553.600 |
| Oberflächenbehandlung | 784.400 | 631.600 |
| Zusammen.... | 1.859.900 | 1.635.900 |

Instandsetzung von Gehsteigen.

| | 1950 | 1951 |
|-----------------------------|--------------|---------|
| | Quadratmeter | |
| Großsteinpflaster | 116.200 | 102.300 |
| Kleinsteinpflaster | 300 | 1.800 |
| Klinkerpflaster | 5.400 | 3.400 |
| Asphaltpflaster | 81.200 | 68.800 |
| Betonpflaster | 16.300 | 3.300 |
| Makadamstraßendecke | 63.600 | 54.000 |
| Oberflächenbehandlung | 116.200 | 35.700 |
| Zusammen.... | 399.200 | 269.300 |

Diese Arbeiten wurden im Jahre 1950 in 351.200 und im Jahre 1951 in 300.000 Schichten geleistet. An Fuhrwerksleistungen waren im Jahre 1950 14.700 und im Jahre 1951 11.600 Schichten erforderlich. Außer den Straßenbauarbeiten wurden auch Wasserlaufschächte um- und neugebaut, und zwar 1.648 im Jahre 1950 und 1.818 im Jahre 1951. Schließlich sind noch die Abgrabungen im Ausmaße von 62.600 m³ im Jahre 1950 und 80.000 m³ im Jahre 1951 sowie die Anschüttungen, die im Jahre 1950 14.100 m³ und im Jahre 1951 27.000 m³ ergaben sowie die Straßenölungen zu erwähnen, die sich im Jahre 1950 auf eine Fläche von 663.560 m² und im Jahre 1951 auf 354.508 m² erstreckten.

Über den Materialaufwand gibt nachstehende Übersicht Auskunft:

| | 1950 | 1951 |
|-------------------------------------|--------------------------|--------------------------|
| Großpflastersteine, Stück | 548.000 | 445.000 |
| Kleinsteine, t | 9.510 | 10.000 |
| | (47.549 m ²) | (50.000 m ²) |
| Randsteine, m | 17.200 | 15.100 |
| Betonsand, m ³ | 43.500 | 48.400 |
| Schlemmsand, m ³ | 9.400 | 8.000 |
| Fugensand, m ³ | 28.600 | 28.300 |
| Brechschotter, m ³ | 64.800 | 51.100 |
| Rundsotter, m ³ | 4.100 | 10.100 |
| Splitt, m ³ | 21.000 | 18.900 |
| Zement, t | 10.700 | 8.700 |
| Bitumen und Teer, t | 2.800 | 3.400 |
| Unterbau, m ³ | 2.500 | 5.100 |
| Schlacke, m ³ | 1.200 | 1.500 |
| Betonrohre, m | 2.600 | 8.400 |
| Wasserlaufgitter, Stück | 364 | 871 |
| Stauböl, t | 763 | 432 |

BRÜCKEN- UND WASSERBAU.

Die argen Zerstörungen an den Brücken, die der Krieg mit sich gebracht hat, konnten zu einem großen Teile behoben werden, doch wird es noch einige Jahre dauern, bis die letzten Kriegsschäden verschwunden sein werden. In den Jahren 1950 und 1951 wurden wieder zahlreiche Brücken und Stege instandgesetzt und auch einige Neubauten vollendet, unter denen der Bau der Aspernbrücke als wichtige Verbindung über den Donaukanal und jener der Kiemannseggbrücke über den Wienfluß, an einer verkehrsreichen Stelle in Weidlingau, hervorzuheben sind. Bei den Brückenbauarbeiten wurden zahlreiche technische Neuerungen angewendet, sei es um die Sicherheit der Bauwerke zu erhöhen oder um Material zu sparen. So wurde auf der Kiemannseggbrücke in Hadersdorf eine Stahlfahrbahn gebaut. Die bei den Baggerarbeiten eingesetzten Versenker wurden mit neuartigen Bodenklappen versehen, wodurch diese Geräte besonders rationell ausgenützt werden konnten.

Auf der Malinowskybrücke wurden bei der Verlegung der Straßenbahngleise in die Brückenmitte zur Bettung der Straßenbahnschienen 16 mm dicke Gummipplatten in Schienenfußbreite verwendet, um die infolge der geringen Höhenverhältnisse gefährdete Isolierung zu schützen; vorher waren umfangreiche Versuche zur Ermittlung der Festigkeit mit verschiedenen Gummisorten angestellt worden. Ebenfalls zu Isolierungszwecken wurde auf dieser Brücke eine bisher wenig verwendete Isolierplatte aus dem Kunststoff „Opanol“ verwendet, wobei die Fugen mit einer chemisch wirkenden Spezialmasse geklebt und dann mit elektrischen Geräten geschweißt wurden.

Das städtische Entwurfsbüro für den Brückenbau hat Pläne, Leistungsverzeichnisse, Materialauszüge und verschiedene geodätische Aufnahmen angefertigt sowie auch Verhandlungen geführt, worüber nachstehende Übersicht Auskunft gibt:

| | 1950 | 1951 |
|--|------|------|
| Entwürfe | 53 | 26 |
| Lage- und Höhenpläne | 28 | 8 |
| Leistungsverzeichnisse | 31 | 22 |
| Materialauszüge | 7 | — |
| Bestandpläne | 7 | 10 |
| Grundbuchserhebungen | 22 | 17 |
| Statische Berechnungen | 8 | 13 |
| Geodätische Aufnahmen | 55 | 39 |
| Grundbesitzpläne | 25 | — |
| Verkehrs- und wasserrechtliche Verhandlungen | 13 | 8 |

Außerdem wurden im Jahre 1950 86 und im Jahre 1951 118 Gutachten über die Durchführbarkeit von Schwer- und Sondertransporten wegen der damit verbundenen erhöhten Brückenbelastung abgegeben; für die Aufstellung von Belastungstafeln wurde in 175 Fällen die Tragfähigkeit von Brücken in den Randgebieten ermittelt. Das Entwurfsbüro hatte die Ausschreibungsunterlagen zur Erlangung von Entwürfen für die Schmelzbrücke über die Westbahn, für die Rotundenbrücke, für eine Brücke in Stadlau und für eine über den Mitterbach in Schwechat auszuarbeiten; erwähnenswert sind noch die geodätische Vermessung des Petersbaches in Leopoldsdorf, der Entwurf und das Leistungsverzeichnis für den Umbau der Stadtbahnhaltestelle Westbahnhof, die Aufstellung eines tabellarischen Verzeichnisses der 48 an Bundesstraßen gelegenen Brücken, Anfertigung von Planskizzen und Einzeichnung der Brücken in einen Lageplan.

Zur besseren Auswertung der periodischen oder rhythmischen Schwankungen bei der Wetter- und hydrologischen Beobachtung wurde ein Analysator eingestellt, der Arbeitskräfte und Zeit erspart und einen tieferen Einblick in die inneren Zusammenhänge der Beobachtungsergebnisse erlaubt.

Für die Liesing wurden drei moderne Schreibpegel angeschafft, mit deren Hilfe die hydrologischen Unterlagen für die Bemessung der Regulierungsquerschnitte gewonnen werden sollen. Ein neuer tragbarer Grundwasserschreibpegel erlaubt die Erforschung der Grundwasserschwankungen und ihrer Ursachen.

BRÜCKEN UND STEGE.

Die Stadt Wien verwaltet 1.055 Brücken, darunter 230 im alten Stadtgebiet, und dieser Zahl entsprechend sind die Aufgaben im Brückenbau. Im Vordergrund stehen noch immer die Wiederherstellungen der im Kriege zerstörten und beschädigten Brücken, doch haben im Jahre 1951 auch bedeutende Hochwasserschäden an vielen Brücken Instandsetzungen notwendig gemacht. Zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse erwiesen sich gewisse Änderungen an den Brücken als notwendig. Infolge der umfangreichen Wiederaufbauarbeiten waren die Jahresleistungen um ein Vielfaches höher als in der Vorkriegszeit.

An der *Malinowskybrücke* wurde nach Behebung der im Kriege eingetretenen Schäden mit dem Umbau der Fahrbahn begonnen. Dieses Projekt umfaßt die Verlegung der Straßenbahngleise von der Seitenlage in die Brückenmitte, eine Auswechslung des Brückenpflasters einschließlich des Unterlagsbetons, einen Austausch der Isolierung und der schadhafte Eisenkonstruktion sowie die Schaffung von Radfahrwegen. Die Arbeiten werden mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Ende 1951 war das erste Drittel des Fahrbahnumbaues und die Verlegung der Straßenbahngleise in die Brückenmitte fertiggestellt worden.

Nach einer notdürftigen Instandsetzung der *Nordwestbahnbrücke* zu Kriegsende haben die Bundesbahnen im Jahre 1949 mit deren Wiederaufbau begonnen. Damit war auch für die Gemeinde Wien die Möglichkeit gegeben, den *Fußgängersteg* an der Brücke erneuern zu lassen. Infolge verzögerter Lieferung der neuen Walzträger konnte der Steg erst im Frühjahr 1951 fertiggestellt und der öffentlichen Benützung übergeben werden. Der Fußgängersteg ist 853 m lang und kostete 1,1 Millionen Schilling.

Die Arbeiten an der *Aspernbrücke* wurden beendet. Die neue Brücke wurde am 2. Dezember 1951 dem Verkehr übergeben und die Umfahrungsbrücke hierauf abgetragen.

Die alte Aspernbrücke wurde in den Apriltagen des Jahres 1945 gesprengt und hierbei das Tragwerk und die Fahrbahn vollständig vernichtet. Da an der im gleichen Jahre errichteten provisorischen Holzbrücke bald Schäden auftraten und dem Tragwerk trotz verschiedener Verbesserungen nur eine kurze Bestanddauer zugemutet werden konnte, entschloß sich die Wiener Stadtverwaltung, eine neue Brücke zu errichten.

Zur Erlangung baureifer Entwürfe wurde ein allgemeiner Wettbewerb ausgeschrieben. Nachdem die früheren über der Fahrbahn liegenden Bogenträger ästhetisch nicht befriedigten, wurde in der Ausschreibung die Bedingung gestellt, das Tragwerk der neuen Brücke unterhalb der Fahrbahn anzuordnen. Aus wirtschaftlichen Gründen beschloß man, die neue Brücke auf den noch vorhandenen Unterbauten zu errichten, hierbei durfte aber die Belastung des Baugrundes nur unwesentlich erhöht werden. Die Brückenbauer standen vor der schwierigen Aufgabe, widersprechende Forderungen zu erfüllen. Die neue Brücke sollte wohl schöner und stärker, gleichzeitig jedoch womöglich leichter werden.

Die einwandfreie Lösung dieses Problems ließ große Schwierigkeiten erwarten. An dem Bewerb beteiligten sich vier Anbotstellen mit 17 Entwürfen, die von den städtischen Brückenbautechnikern unter Beiziehung von Zivilingenieuren sorgfältig überprüft wurden.

Zur Ausführung wurde ein Entwurf der Waagner-Biró AG. bestimmt, der eine Trägerrostbrücke aus hochwertigem Stahl vorsah. Die vier Hauptträger sind durch steife Querscheiben so verbunden, daß bei Belastung auch nur eines Hauptträgers sämtliche Hauptträger an der Lastaufnahme beteiligt sind. Die Fahrbahntafel wird durch eine Stahlbetonplatte gebildet, die auf sämtlichen Stahlträgern des Tragwerkes in voller Gußbreite aufliegt.

Die äußeren Hauptträger sind in der Brückenmitte 1,62 m hoch und nehmen nach den Uferpfeilern hin zu, wo sie eine Höhe von 3,11 m erreichen. Das Gewicht der Stahlkonstruktion beträgt 925 Tonnen, das Gesamtgewicht der Brücke einschließlich Fahrbahn 3.200 Tonnen.

Die neue Aspernbrücke hat eine Länge von 88,97 m, die Hauptstützweite zwischen den Uferpfeilern beträgt 58,69 m. Die Breite ist 27,95 m, wovon auf die Gleiszone 5,45 m, auf die beiden Seitenfahrbahnen je 6 m, auf die beiden Gehwege 4,35 m und auf den Inselepperron für die Straßenbahnhaltestelle 1,80 m entfallen.

Die Stahlkonstruktion wurde in freiem Vorbau von beiden Ufern aus montiert. Der schwerste Konstruktionsteil hatte ein Gewicht von 14 Tonnen, der größte eine Länge von 11 m. Bei der Montage ergaben sich keinerlei Schwierigkeiten, da die Werkstattarbeit mit peinlicher Sorgfalt durchgeführt wurde. Der Zusammenschluß der Hauptträger in der Brückenmitte wurde dadurch erleichtert, daß die Trägerhälften durch hydraulische Pressen in den Lagerpunkten nach Bedarf gehoben und in der Brückenlängsrichtung verschoben werden konnten. Die Herstellung der Stahlbetonteile erfolgte nach den neuen Erkenntnissen und Erfahrungen der Betontechnologie.

Die Fahrbahn erhielt eine Abdichtung mit einer 1,5 mm starken Folie aus Dynagen. Die Straßenbahnschienen wurden auf Betonlangschwelen mit einer Zwischenlage von 16 mm starken Gummipplatten gelegt. Die Fahrbahndecke besteht in der Gleiszone aus Granitpflaster, in den Seitenfahrbahnen aus einer 3½ cm starken Binderschicht und einer 2½ cm starken Hartgußasphaltschicht. Die Gehwege werden durch Stahlbetonplatten gebildet, die mit einer 3 cm starken Gußasphaltschicht bedeckt sind.

Die alten Widerlager aus Beton blieben im wesentlichen unverändert. Für die Verkleidung konnten die alten Granitquader verwendet werden. Von den Pfeileraufsätzen wurde der obere Teil abgetragen und durch eine starke lastverteilende Stahlbetonschwelle ersetzt. Der Bau der Brücke dauerte von September 1949 bis November 1951. Die Baukosten stellten sich auf 15,5 Millionen Schilling.

Die neue Aspernbrücke ist die erste Donaukanalbrücke, die nach Kriegsende in definitiver Bauweise errichtet wurde und als solche auch zur Verschönerung des Stadtbildes beiträgt. Die Aspernbrücke ist die 180. Brücke, die die Stadt Wien seit Kriegsende errichtet hat.

An der *Augartenbrücke* wurden mit der Instandsetzung der Brückenbeleuchtung die Renovierungsarbeiten abgeschlossen.

Die Reste der im Kriege gesprengten *Salztorbrücke* samt Ballastträger und Mauerwerk wurden abgetragen.

Die *Marienbrücke*, mit deren Wiederaufbau begonnen wurde, wird die erste Stahlbetonbrücke über den Donaukanal sein.

Der Wiederaufbau der *Kielmannseggbrücke* über den Wienfluß an einer verkehrsreichen Stelle in Hadersdorf-Weidlingau ging im Frühjahr 1951 zu Ende. Während der Kriegseignisse im Jahre 1945 wurde die alte Brücke zerstört und an deren Stelle im Jahre 1946 eine Behelfsbrücke errichtet. Im Jahre 1949 begannen die Vorarbeiten für den Bau der neuen Brücke. Diese besteht aus einer Stahlkonstruktion mit einem Gewicht von rund 210 Tonnen, besitzt eine 9 m breite Fahrbahn und zwei je 1,8 m breite Gehwege. Die Stützweite der Brücke beträgt 34 m. Das Tragwerk wurde für die schwersten Straßenfahrwerke berechnet. Durch die gefällige Gestaltung paßt sich das Bauwerk gut in das Stadtbild ein. Die Baukosten stellten sich auf 1,8 Millionen Schilling. Am 28. April 1951 wurde die neue Brücke vom Bürgermeister dem Verkehr übergeben.

Am gleichen Tage wurde auch die wiederhergestellte *Auhofbrücke* über den Wienfluß für den Verkehr freigegeben. Das gesprengte Tragwerk der Brücke, das im Jahre 1949 gehoben und auf ein Joch gelagert worden war, wurde in der ursprünglichen Form wieder hergestellt. Die Fahrbahn wurde erneuert. Die Baukosten betragen nahezu 400.000 S.

Von der Brücke über die Dürre Liesing an der Elisabethstraße wurde das Tragwerk erneuert und die Brücke am Friedhofsweg in Neu-Erlaa durch einen Rohrdurchlaß ersetzt. Im Rahmen der Liesingbachregulierung wurde eine Stahlbetonbrücke über die regulierte Liesing nächst der Kirche von Inzersdorf errichtet. Sie ersetzt zugleich einen Steg, der bei der Regulierung aufgelassen wurde. Die Baukosten stellten sich beinahe auf 400.000 S.

Für den städtischen Kanalisationsbetrieb wurde im 22. Bezirk eine 85 m lange *Kanalbrücke über das Mühlwasser* erbaut, die außer für die Kanalleitung auch Raum für eine 6 m breite Fahrbahn und einen 2½ m breiten Gehweg hat.

Die als Langzeitprovisorium gebaute *Rotundenbrücke* wurde gründlich überholt, wobei die Joche sowie Teile der Fahrbahn und der Gehsteige ausgebessert und verstärkt wurden.

Zum Wiederaufbau der *Schmelzbrücke* über die Westbahn wurden zunächst die beiden Mittelpfeiler ausgewechselt und die Widerlager den neuen Bedürfnissen angepaßt.

Im Zusammenhange mit dem Neubau des Westbahnhofes wurde die Stadtbahnhaltestelle „Mariahilfer Straße-Westbahnhof“ umgebaut. An der Stelle des Stationsgebäudes wurde eine unterirdische Anlage geschaffen. Der früher offene Einschnitt über den Bahnsteigen wurde in Stahlbeton überdeckt, wodurch eine etwa 100 m lange Bahnhofhalle entstand. Die neue Stadtbahnhaltestelle ist durch einen Tunnel sowohl von der Westbahn als auch von der äußeren Gürtelstraße erreichbar.

Der Bau der Straßenunterführung des Matzleinsdorfer Platzes erforderte die Errichtung einer 47,6 m breiten Brücke, die in Stahlbeton hergestellt wurde. Die Kosten dieser Unterführung betragen 4 Millionen Schilling.

Die geleisteten Arbeiten in den Randgebieten umfaßten noch überwiegend Kriegsschädenbehebungen, doch mußten auch wieder in erhöhtem Maße Zeitschäden behoben werden.

Außer den angeführten *Brückenbauten in den Randgebieten* sind noch die folgenden zu erwähnen, die in den Jahren 1950 und 1951 fertiggestellt wurden: die Neubachbrücke in Achau, die Brücke über die Liesing bei Kledering, die Kierlingbachbrücke in Klosterneuburg-Kierling, die Brücke über den Weidlingbach an der Weiglasse in Klosterneuburg, die Klausenbachbrücke bei Grub, die Brücken über den Griesflusgraben bei Achau, die Brücke über den Liesingbach

in Rannersdorf, die Brücken über den Eibesbrunnergraben bei Seyring und die Brücke über den Rußbach bei Markgrafneusiedl.

Im übertragenen Wirkungskreis des Bundes wurden folgende Brückenbauten ausgeführt: Die Wiederherstellung der Rutschenbrücke über den Aubach in Laxenburg an der Ödenburger Bundesstraße; die Errichtung der Brücken an der neuen Achauer Umfahrungsstraße über den Krottenbach und über den Neubach; die Verbreiterung der Brücke über den Triestingkanal vor München-dorf an der Ödenburger Bundesstraße; der Unterbau der Brücke über die Liesing in Inzersdorf; die Herstellung des Tragwerkes aus Stahlbeton für die Brücke über die Liesing in Inzersdorf; die Wiederherstellung der Brücke über den Möd-lingbach bei Biedermannsdorf und der Brücke über den Wr.-Neustädter Kanal an Stelle des errichteten Provisoriums sowie die Instandsetzung der Holzbrücke über den Frauenbach im Laxenburger Entwässerungsgebiet.

SCHUTZWASSERBAUTEN.

Im Jahre 1950 wurden die restlichen Kriegsschäden im Wienflußbett bei der Lobkowitzbrücke sowie an den Ufern des Schwechat-Wildbaches behoben und auch die letzten Bombentrichter und Schützenlöcher an der Schwechat und am Neubach bei Pellendorf zugeschüttet. Mit diesen Arbeiten war die Wieder-instandsetzung der im Kriege beschädigten Fluß- und Bachbetten im Wiener Gemeindegebiet abgeschlossen.

Die Regulierungsarbeiten am Liesingbach wurden weitergeführt und Baulos „Rannersdorf“ zwischen der Mündung der Liesing in Schwechat und der Ostbahnbrücke in Kledering sowie die Baulose „Inzersdorf II“ zwischen der Laxenburger Straße und dem Draschepark und „Liesing West“ zwischen Rathauswehr und der Straßenbahnbrücke Mauer-Mödling fertiggestellt. Außerdem wurde mit der Ausführung der Baulose „Schwarze Haide“, beim Draschepark in Inzersdorf, „Laaber Spitz“ bei Breitenfurth und „Kledering“ zwischen Ostbahn- und Aspangbahnbrücke begonnen. Die Schwimmrechenanlage beim Wienflußsperrwerk in Hadersdorf wurde umgebaut. Am Wienfluß bei der Braunschweigbrücke in Hüt-teldorf wurden Herdmauern und sonstige Sohlsicherungen eingebaut. Zur Ver-besserung der Vorflutverhältnisse in Stammersdorf wurde an der Straße „Am Bisamberg“ der Aushub für einen Sickerteich vorgenommen. In Enzersfeld wurde ein Löschwasserbehälter fertiggestellt. Zum Schutze Kaiser-Ebersdorfs wurde am linken Ufer der Schwechat eine Schutzmauer errichtet. In Strebersdorf wurden die Abflußverhältnisse durch Anlage eines Sickerteiches verbessert. Schließlich wurden auch Wehranlagen instandgesetzt, Uferbrüche und Ufermauerschäden behoben und Räumungsarbeiten in Feuerlöschteichen, Schlamm- und Schotter-fängen sowie an den Gerinnen in den Randgebieten besorgt.

ÜBERSCHWEMMUNGSANGELEGENHEITEN.

Die starke Hochwasserführung des Wienflusses sowie der Liesing, des Peters-, Weidling- und Kierlingbaches, die im November 1950 schwere Überschwem-mungen hervorrief, machte die Einrichtung eines zeitweisen Bereitschaftsdienstes erforderlich. Zur Bergung von Menschen und Hausrat wurden Zillen und andere Rettungsgeräte in die bedrohten Gebiete gebracht.

Im Mai 1951 verursachte eine Hochwasserkatastrophe, wie sie seit Jahren in Wien nicht zu verzeichnen war, schwerste Schäden, vor allem in den südlichen, westlichen und nördlichen Randgebieten. Rund 2.600 ha Ackerland standen tage-lang unter Wasser und in zahlreichen Gebäuden richteten die eingedrungenen

Wassermassen arge Zerstörungen an. Die Gemeinde stellte außerhalb des Jahresbudgets einen Betrag von 7 Millionen Schilling zur Verfügung, um die dringenden Wiederinstandsetzungen zu ermöglichen. Von diesen Arbeiten seien erwähnt: die Erhöhung des linksseitigen Dammes der Schwechat, die Behebung zahlreicher Dammbüche längs der Schwechat und Triesting, die provisorische Sicherung der Wienflußufer in Purkersdorf, Ausbesserung der beschädigten Ufermauern am Weidling-, Kierling- und Mödlingbach, Beseitigung der Schäden an Baustellen an der Liesing und die Räumung von Geschiebeablagerungen an zahlreichen Bächen. Hiezu kamen noch die Instandsetzungen von Ufern und Bahnanlagen im städtischen Hafengebiet, die durch die Überschwemmungskatastrophe im Jahre 1951 erforderlich geworden waren.

Zur Deckung der regelmäßigen Ausgaben der Donauhochwasserschutzkonkurrenz hat die Gemeinde im Jahre 1950 360.000 S und im Jahre 1951 489.132 S beigetragen. Der Anteil der Stadtverwaltung an den Wasserschutzkonkurrenzen am Rußbach, am Donaugraben und an der Triesting betrug im Jahre 1950 155.292 S und im Jahre 1951 57.325 S.

VERKEHRSWASSERBAU, HAFEN- UND SCHIFFFAHRTSANGELEGENHEITEN.

In den städtischen Hafenanlagen wurden einzelne noch im Kriege entstandene Schäden behoben. Im Hafengebiet Albern wurde die stromseitsgelegene Uferböschung des Vorhafens wieder instandgesetzt. Zur Aufrechterhaltung der für den Schiffsverkehr erforderlichen Fahrtiefen wurden in den Jahren 1950 und 1951 insgesamt 88.000 m³ Schotter und Sand gebaggert und in Bühnenfelder der Donau versenkt. Die Gleisanlagen der Hafenbahn wurden wegen der starken Frequenz ausgebaut und die Beleuchtungsanlagen neu installiert. Im Pumpenhaus wurden Unterkunftsräume für das Personal der Hafenbahn und der städtischen Feuerwehr als Hafenwache gebaut. Vor den Speichern I und II der Wiener Lager- und Kühlhaus A. G. wurde zur Verbesserung des Umschlagvorganges eine doppelte Gleisverbindung angelegt. Schließlich wurde auch das Stückgutmagazin durch Behebung der Kriegsschäden wieder benützbar gemacht.

Im Hafengebiet Freudenau wurden vor einigen Magazinen Kranbahnschienen montiert. Außerdem wurden die Hafenturm- und die Beleuchtungsanlage wieder instandgesetzt. Im Hafenbecken wurden 6 Schiffswracke beseitigt. Zur Ermöglichung der Schifffahrt wurden 42.000 m³ Schotter und Sand ausgebagert. In den Hafenanlagen wurden 200 Schwellen ausgetauscht, rund 800 m Gleis instandgesetzt sowie Weichen ausgebaut und verlegt. Vor den Magazinen wurde eine Kranbahn für die Aufstellung eines Wipppdrehkranes angelegt.

Im Hafengebiet Lobau, dessen Hafenbahn die stärkste Frequenz unter den Donauhafenbahnen aufweist, konzentrierte sich die Tätigkeit auf die Sicherung und Instandhaltung der Bahnanlage. Im Übergabebahnhof wurden die Schwellen erneuert und gleichzeitig ein neues Schotterbett eingebaut. Da die Einfahrt in den Hafen Lobau, die vor der Mündung des Donau-Oder-Kanals erfolgt, bei niederem Wasserstand nicht mehr gesichert war, mußten zur Freimachung einer genügend breiten Wasserrinne Baggerarbeiten durchgeführt werden, wobei 3.000 m³ Baggergut gefördert wurden.

An den Ufern des Donaukanals wurden die Schutträumung und die Arbeiten zur Beseitigung der im Kanal liegenden Brückenteile abgeschlossen.

Am Lagerplatz auf der Spittelauer Lände wurde die Einrichtung der Betriebsräume und Werkstätten vervollständigt. Außerdem konnte ein dritter Stadtbahn-

bogen erworben werden, in dem Büro- und Werkstättenräume eingebaut wurden. Der städtische Schiffsbetrieb hat gemeinsam mit den Werkstätten alle Instandsetzungsarbeiten sowie auch einige Neukonstruktionen an gemeindeeigenen Schiffen durchgeführt.

Die technisch-behördliche Verwaltungstätigkeit umfaßte im Jahre 1950 die Überprüfung von 927 Sportmietbooten auf der Alten Donau, 96 Motorbooten für die Zulassung zum Verkehr, 7 Rolfähren und 20 anderen Holzschiffen und im Jahre 1951 von 959 Mietbooten auf der Alten Donau, 115 Motorbooten, 23 Arbeitsschiffen und sämtlichen Überfuhrten Wiens.

Die administrative Hafenverwaltung mußte sich infolge der auch weiterhin zögernden Entwicklung des Schiffsverkehrs auf der ost-österreichischen Donau-strecke auf die Betreuung der Hafentflächen, der Bahnanlagen und der ständig anwachsenden Zahl von Schiffen, Baggern und sonstigen Objekten beschränken. Bemerkenswert war die Frequenzsteigerung bei den Hafenbahnen, die sich von 50.000 Waggons im Jahre 1950 auf 72.000 Waggons im Jahre 1951 erhöhte.

Um ausreichende und verlässliche Unterlagen für die Grundverwaltung zu erhalten, wurde das Gelände der Lobauer Hafenbahn neu vermessen und eine Begehung des gesamten Donaukanalgebietes vorgenommen; mit Hilfe dieser Unterlagen soll eine übersichtliche und den Grundeigentumsgrenzen entsprechende Verwaltungsabgrenzung zwischen dem Bund (Bundesstrombauamt) und der Stadt Wien ermöglicht werden. Schließlich wurde der private Teil der Freudenauer Hafenzufahrtsstraße für eine Kraftwagenlinie befristet freigegeben.

HYDROGRAPHIE, METEOROLOGIE UND BODENTECHNIK.

Die Zahl der Niederschlagsmeßstationen wurde von 26 im Jahre 1949 auf 28 im Jahre 1951 erhöht; außerdem wurden 94 neue Meßbrunnen in die Grundwasserbeobachtung einbezogen. An fließenden Gewässern wurden 9 Pegel beobachtet. Von selbstregistrierenden Geräten standen 8 Regen- und 5 Grundwasserschreiber in Verwendung.

Die Wettervorhersage wurde weiter ausgebaut: allen städtischen Ämtern wurden 3-mal wöchentlich kurzfristige Vorhersagen und außerdem Langfristprognosen bekanntgegeben.

Die technische Überwachung von Sondierungsbohrungen, bodenphysikalischen Untersuchungen, Druckproben und anderen Bodenüberprüfungen sowie die Berechnung der voraussichtlich auftretenden Setzungen und die Beratung beim Entwurf der Fundierungen erfolgten im Jahre 1950 bei 91 und im Jahre 1951 bei 111 städtischen Neubauten. In 20 Fällen wurden städtische Ämter bei Behebung von Schäden an Hochbauten, die durch Setzungen aufgetreten waren sowie bei zwei Straßenneubauten beraten. Die Rutschgefährlichkeit von Grundstücken wurde in 6 Fällen beurteilt. In 91 Fällen wurden bodentechnische Gutachten über Liegenschaften erstattet.

Vom wissenschaftlichen Standpunkt bemerkenswert sind die im Jahre 1950 über Anregung des Professors an der Wiener Technischen Hochschule *Fröhlich* erstmals vorgenommenen Berechnungen der Setzungen des Stephansturmes, die nunmehr jährlich durchgeführt werden sollen.

Zur Erleichterung bodentechnischer Berechnungen wurden mehrere technische Behelfe hergestellt. Abschließend sei erwähnt, daß bei allen städtischen Bauvorhaben die Lage der Meßbolzen angeordnet wird und die Setzungsmessungen überwacht werden.

WASSERVERSORGUNG.

WASSERGEWINNUNG.

Das erste Halbjahr 1950 war sehr niederschlagsarm, so daß die Ergiebigkeit der beiden Hochquellen rasch sank. Die frühzeitig einsetzende Hitzewelle hatte einen enormen Wasserverbrauch zur Folge, der am 30. Juni mit 483.300 m³ seinen bisher höchsten Wert erreichte. Um diese Zeit waren alle Grundwasserwerke pausenlos in Betrieb, dennoch sanken die Wasservorräte in den Behältern so schnell, daß man sich ausrechnen konnte, wann die Vorräte vollkommen erschöpft sein würden. Im kritischsten Zeitpunkt trat eine Änderung der Wetterlage ein, die das Ärgste abwendete und in der Folgezeit wieder zu einer Normalisierung in der Wasserversorgung führte. Der Sommer 1951 war demgegenüber durch reichliche Niederschläge ausgezeichnet und ließ keine Schwierigkeiten in der Wasserversorgung aufkommen. Erst im September trat warme und trockene Witterung ein, die aber die Wasserversorgung nicht zu beeinträchtigen vermochte.

Die Stadtverwaltung setzte in den vergangenen Jahren ihre Bemühungen fort, die Kapazität der Wasserwerke zu erhöhen. Die bereits früher begonnenen Arbeiten zur Nachfassung der Höllentalquellen und zur Grundwassergewinnung in St. Johann bei Ternitz wurden im Jahre 1950 beendet. Durch Erhöhung des Verputzes in verschiedenen Stollenstrecken und Aquädukten gelang es, die Leistungsfähigkeit der 2. Hochquellenleitung neuerlich um 2.000 m³ im Tag auf 231.000 m³ zu steigern.

In den Quellengebieten wurde eine Reihe von Arbeiten zur Sicherung und Erhaltung der Wassergewinnungsanlagen durchgeführt. So wurden im Quellgebiet der 1. Hochquellenleitung, am Wasseralmbach, eine 40 m lange Uferschutzmauer, bei der Albertwiese eine Eisenbetonbrücke und im Zugangsstollen VII ein Meßwehr gebaut. Im Preintal wurde die alte Wehranlage bei der Döllersäge entfernt, die bestehende Sohlstufe gesichert und neue Uferschutzmauern errichtet. Die Einzäunung des Quellgebietes im großen Höllental wurde instandgesetzt und erweitert. Zur Sanierung der Stixensteiner Quelle wurde das Turbinenriebwasser, das bisher durch die Quellkammer floß, in ein seitlich geführtes Betonrohr geleitet. Über das Höllentalgerinne wurden ein Betonsteg und in Naßwald an Stelle einer schadhafte Brücke aus Holz eine solche aus Beton errichtet. Im Höllentalstollen wurde in einer zweiten Etappe ein schadhafte Ziegelgewölbe durch ein dauerhaftes aus Betonformsteinen ersetzt.

Im Quellgebiet der 2. Hochquellenleitung wurde beim Brunngraben am linken Salzafer eine umfangreiche Ufersicherung errichtet. An einem Zugangsstollen bei Weichselboden mußten schadhafte Sohlen und Wandstellen instandgesetzt werden; eine Kaverne hinter dem Stollenprofil wurde ausgemauert und die zerstörte Stollendrainage auf 50 m Länge erneuert. Die Tagwassergerinne bei Weichselboden wurden gleichfalls erneuert. Auf der Poschenhöhe wurde eine Mulde entwässert und beim Hinterhammer in Wildalpen eine Uferschutzmauer errichtet. Auf der Winterhöhe bei Wildalpen entstanden ein neues Werkstättengebäude sowie ein Transformatorenraum und beim Amtshaus in Wildalpen eine Garage mit Wagenschuppen. Einige Amtsgebäude und Aufseherhäuser wurden instandgesetzt und ausgestaltet.

An den Fernleitungen der 1. und 2. Hochquellenleitung und ihren Nebenrichtungen wurden Schäden an der Leitungssohle behoben, Verputzrisse ausgebessert, zahlreiche Schützen und andere Absperrrichtungen instandgesetzt oder ausgewechselt und ausgedehnte Begehungen zur Ermittlung von Schäden durchgeführt.

An der Außenstrecke der 1. Hochquellenleitung wurde in Liesing ein Zementmagazin für den regelmäßigen Baubedarf errichtet. Die Aquädukte in Mauer und Liesing wurden abgedichtet und hiezu probeweise Kunstharzstoffe verwendet.

An der Außenstrecke der 2. Hochquellenleitung wurde der baufällige Überfallgraben des Stössingbachdückers durch eine Betonrohrleitung ersetzt. Im Zusammenhang mit der bereits durchgeführten Einleitung der Stickleithenquelle bei Gaming wurde ein alter Zugangsstollen instandgesetzt und mit einem Quaderportal versehen. In dem sogenannten Wag-Stollen, der der Triebwasserzufuhr zum Kraftwerk Gaming dient, wurde eine 25 m lange Stollenstrecke erneuert. Am Hopfgartenaquädukt wurden an drei Bogen die Bogenrandquader ausgewechselt. Am Leitungskanal in Oberndorf bei Melk, in Lüberg bei Klagen und bei Gößling wurden im Rutschgelände Terrainsicherungsarbeiten durchgeführt.

Von der Hochwasserkatastrophe zu Pfingsten 1951 wurde besonders der Badener Aquädukt betroffen. Die Schwechat hatte bereits einen Pfeiler teilweise unterwaschen und nur durch sofortige umfangreiche Sicherungsarbeiten konnte weiterer Schaden vermieden werden. Auch der Laabenbachdücker der 2. Hochquellenleitung war durch Hochwasser aufs äußerste gefährdet. Der Damm oberhalb der den Dücker schützenden Sohlstufe wurde durchbrochen und die Gefahr eines Einsturzes der Sohlstufe durch Unterwaschung war groß. Durch Schlagen von Pilotenwänden oberhalb der Sohlstufe und Abdämmungen wurde größerer Schaden verhindert.

Die Unwetter des Sommers bewirkten die Trübung einzelner Quellen, so daß der Kaiserbrunnen, die Schreierquelle (Wildalpen) und die Kläfferquellen vorübergehend abgeleitet werden mußten. Zu hygienischem Schutz wurde das Brunnenfeld St. Johann mit einem Naturzaun versehen, eine Trinkwasserzisterne und eine Senkgrube auf der Bodenwiese wasserdicht adaptiert.

Zur Leistungserhöhung der Grundwasserwerke wurden folgende Arbeiten durchgeführt: im Grundwasserwerk Nußdorf I wurde eine sechste Unterwasserpumpe eingebaut, womit dieses Werk seine volle Kapazität von 60.000 m³/Tag erreichte. Gleichzeitig wurde die Chlorungsanlage modernisiert und die gesamte Starkstrom- und Schaltanlage erneuert. Das Brunnenfeld wurde planiert und die Anlage mit einem Gitter eingefriedet.

Die elektrischen und maschinellen Einrichtungen der Anlagen Neustift, Wienerberg, Laaerberg, Brunn-Keßlerweg, Gumpoldskirchen, Kritzendorf und Perchtoldsdorf wurden überholt. Im Schöpfwerk Matzendorf wurde die Schaltanlage neu hergestellt. Die Anlagen Fischamend, Brunn am Gebirge, Mödling, Perchtoldsdorf und Weidling erhielten neue Pumpenaggregate. Bei dem Grundwasserwerk Pottschach und beim Nebenwerk Krapfenwald wurden Auffahrts- und Verladerampen errichtet. Außerdem wurden die Fernsteuerungs- und Registrieranlagen auf ein Einliniensystem umgebaut.

Zur vollen Ausnützung der Kapazität der Grundwasserwerke im Stadtgebiet wurde der Ausbau des Nothebewerkes beim Behälter Hungerberg ausgebaut, wodurch es eine Leistung von 40.000 m³/Tag bei 130 m Förderhöhe erbringt. Durch die Förderung einer derart großen Wassermenge aus der Tiefzone in die Hochzone wird die Wasserversorgung der Bezirke XIII—XIX und XXVI bei einer Störung an der 1.100 mm Ø-Leitung Mauer—Hungerberg gesichert. Als Ergänzung zu diesem Hebewerk wurde beim Behälter Rosenhügel ein ebenso großes zweites Hebewerk errichtet und ein Transformatorenhaus erbaut. Die Arbeiten zur Vergrößerung des Speicherraumes in Wien wurden fortgesetzt. Die Druckentlastungskammer in Mauer wurde für eine um 1,5 m größere Fülltiefe eingerichtet, wodurch der Behälterinhalt um 40 Prozent erhöht wurde. Durch Höher-

setzung des Stauzieles in zwei Kammern des Behälters Rosenhügel können etwa 10.000 m³ Wasser mehr gespeichert werden. Um dem andauernd steigenden Wasserbedarf nachzukommen, haben sich die städtischen Wasserwerke bemüht, durch eine Wasserverbundwirtschaft im Raume der 1. Hochquellenleitung ansehnliche Wassermengen für Wien sicherzustellen. Durch Verträge mit den Gemeinden Bad Fischau, Wiener Neustadt und Felixdorf kann eine Tagesmenge bis zu 10.000 m³ in den Kanal der 1. Hochquellenleitung eingeleitet werden. Außerdem wurden Verhandlungen über einige großzügige Projekte gepflogen, deren Durchführung die bisherigen Kalamitäten in trockenen Sommern, wie Verbrauchsbeschränkungen und Versorgungsunterbrechungen, vollkommen beseitigen würde. Erwähnt seien auch die Verhandlungen mit der Stadtgemeinde Neunkirchen im Zusammenhange mit einem ergiebigen Grundwasservorkommen bei Stixenstein, das durch Versuchsbohrungen untersucht wurde. Bei Neusiedl am Steinfeld ist der Bau eines Großraumspeichers von 600.000 m³ Fassungsraum geplant; der enorme Speichervorrat wird einen weitgehenden Ausgleich der Belastungsspitzen ermöglichen. Die rund 16 ha große Grundfläche für diesen Bau, der den größten geschlossenen Wasserbehälter in Europa darstellen wird, hat sich die Gemeinde bereits im Tauschverfahren gesichert.

Auf dem Baugelände wurden im Sommer 1951 zehn Probeschächte bis zur künftigen Behältersohle ausgehoben und mit dem Aushubmaterial Versuche zur Herstellung von dichtem Beton gemacht. Zur Untersuchung des Untergrundes und Feststellung des Grundwasserspiegels wurden vier Probebohrungen ausgeführt, in denen die Grundwasserstände täglich gemessen werden. Um die Versickerungsvorgänge in der Gegend des Baugeländes beobachten zu können, wurde neben der Hochquellenleitung ein 12 m tiefer Sickerbrunnen errichtet. Zur Stromversorgung des Baubetriebes wurde eine ca. 4 km lange Freileitung von Weikersdorf bis Neusiedl errichtet. Ein Aufseherhaus für zwei Familien, samt Dienst- und Gästezimmer, und ein Wirtschaftsgebäude wurden Ende Dezember 1951 fertiggestellt.

Die 1. Hochquellenleitung lieferte im Jahre 1950 41,848.000 m³, die 2. Hochquellenleitung 82,323.700 m³; im Jahre 1951 ergab die 1. Hochquellenleitung 38,346.000 m³ und die 2. Hochquellenleitung 82,693.500 m³ Wasser. Die Zuschüsse der Grundwasserwerke zur Wasserversorgung gehen aus nachstehender Übersicht hervor:

| | 1950 | 1951 |
|-------------------------------------|------------|-----------|
| | Kubikmeter | |
| Aus eigenen Grundwasserwerken | 9,200.000 | 6,388.600 |
| Aus fremden Werken | 7,300.000 | 6,606.300 |

Zur Entkeimung des Wassers wurden im Jahre 1950 34.873 kg Chlor gegenüber 43.339 kg im Jahre 1949 verwendet; im Jahre 1951 sank der Chlorverbrauch auf 26.226 kg.

WASSERLEITUNGSKRAFTWERKE.

Die Wasserleitungskraftwerke, die errichtet worden waren, um durch Ausnützung von Gefällsstufen in den Leitungen elektrische Energie zu erzeugen, lieferten folgende Strommengen.

| | 1950 | 1951 |
|---------------------------------|----------------|----------------|
| 5 Kraftwerke in Wildalpen | 8,752.000 kWh | 8,678.000 kWh |
| 1 Kraftwerk in Gaming | 34,300.000 „ | 36,130.000 „ |
| 5 Kraftwerke in Wien | 4,753.000 „ | 4,774.000 „ |
| Zusammen.... | 47,805.000 kWh | 49,582.000 kWh |

Diese Energiemenge wurde bis auf einen kleinen Teil, und zwar 211.906 kWh im Jahre 1950 und 121.580 kWh im Jahre 1951, der an die Lichtgenossenschaft Wildalpen abgegeben wurde, an die Wiener Elektrizitätswerke geliefert. Ein neues kleines Kraftwerk bei der D-Kammer in Hinter-Naßwald lieferte im Jahre 1950 126.650 kWh und im Jahre 1951 121.580 kWh an die dortige Lichtgenossenschaft. Zur Errichtung dieses Werkes hat die Gemeinde Wien 55.000 S beigetragen.

An den Kraftwerkseinrichtungen, insbesondere in Wildalpen, wurden Generatoren, Transformatoren und Fernleitungen instandgesetzt und Schalt- und Signalanlagen verbessert. Für das Kraftwerk O-Kammer wurde ein Schrägaufzug errichtet. Außerdem wurden Überholungsarbeiten an den Turbinen und Reglern in der M-Kammer und bei den Reglern in der S-, G- und O-Kammer vorgenommen.

WASSERVERTEILUNG.

Die intensivierete Bautätigkeit machte umfangreiche Rohrlegungen notwendig, durch die das Stadtrohrnetz im Jahre 1950 um 13,6 km und im Jahre 1951 um 23,5 km erweitert wurde. Im Zusammenhang damit wurden im Jahre 1950 1.501 und im Jahre 1951 1.820 Abzweigungen neu hergestellt und an das Rohrnetz angeschlossen.

Anlässlich des Neubaus des Westbahnhofes mußten ein 950 mm und ein 630 mm weiter Rohrstrang zwischen Mariahilfer und Felberstraße umgelegt und eine Unterführung des Personentunnels zwischen Westbahnhof und Stadtbahnhaltestelle durch beide Rohrstränge ausgeführt werden. Um Tunnel und Haltestelle bei einem Rohrgebrehen nicht zu gefährden, wurde die Unterführung als Rohrkanal gebaut, der zur Sicherung bei Rohrbruch eine Entleerung des Wassers in den Sammelkanal ermöglicht.

Die umfangreichste Rohrlegung, die im Jahre 1950 begonnen wurde, stellt den ersten Abschnitt eines 14 km langen Rohrstranges dar, der vom Behälter Rosenhügel über Rothneusiedl, Ober- und Unter-Laa bis zum Wilhelm Kreß-Platz im 11. Bezirk reichen wird. Dieser neue Rohrstrang soll die bei Wien verbleibenden Randgebiete, die derzeit noch an die Triestingtal-Wasserleitung angeschlossen sind, mitversorgen. In dem fertiggestellten ersten Bauabschnitt wurden rund 1.500 m Rohre von 400 mm Durchmesser, größtenteils Eisenbetonrohre, gelegt. Eine besonders schwierige Aufgabe bildete der Umbau der Rohrleitung bei der neuen Straßenunterführung am Matzleinsdorfer Platz. Die großen Rohrstränge mußten vor den Arbeiten des Brücken- und Straßenbaues umgelegt werden, durften jedoch, da sie ganze Bezirksteile mit Wasser versorgen, während der Bauzeit nicht außer Betrieb gesetzt werden. Außerdem waren die drei großen von Norden nach Süden führenden Rohre unter der Straßenunterführung in 10 m Tiefe durchzuführen. Hiezu mußte ein Rohrkanal im Grundwasserbereich gebaut werden. Die längs der Straßenunterführung auf dem Gürtel liegenden Rohrstränge wurden gegen den stadtseitigen Gehsteigrand verlegt. Die Kreuzungen der Rohrstränge finden in mehreren Kammern statt.

Neben den Neuherstellungen und Umlegungen waren zahlreiche Instandsetzungsarbeiten durchzuführen. Im Jahre 1950 wurden rund 1,3 km und im Jahre 1951 6,6 km Rohrstränge im Durchmesser von 80 bis 150 mm ausgewechselt. Am Hochquellenrohrnetz wurden im Jahre 1950 927 und im Jahre 1951 891 sichtbare Gebrehen behoben, zu denen noch die Arbeiten am Rohrnetz der Wientalwasserleitung hinzukamen; 1950 46, 1951 36. Durch den Suchdienst wurden mit Abhorchgeräten im Jahre 1950 119 und im Jahre 1951 243 Gebrehen an den Rohrsträngen aufgefunden und behoben.

Die an den Hauszuleitungen und Wechseln behobenen sichtbaren Schäden verteilen sich folgendermaßen:

| | 1950 | 1951 |
|----------------------|-------|-------|
| Abzweigungen | 677 | 644 |
| Straßenwechsel | 890 | 837 |
| Hauswechsel | 2.227 | 1.497 |

Außerdem wurden durch den Suchdienst im Jahre 1950 996 und im Jahre 1951 875 Gebrechen an Wechseln und Zuleitungen festgestellt und behoben.

Die an den öffentlichen Entnahmestellen behobenen Schäden sind nach Zahl und Art aus der folgenden Tabelle zu entnehmen:

| | 1950 | 1951 |
|---------------------------------|-------|-------|
| Feuerhydranten repariert | 2.323 | 2.394 |
| ausgewechselt | 107 | 56 |
| neu aufgestellt | 13 | 73 |
| Spritzhydranten repariert | 440 | 435 |
| ausgewechselt | — | 17 |
| neu aufgestellt | 10 | 31 |
| Auslaufbrunnen repariert | 278 | 352 |
| ausgewechselt | 3 | 11 |
| neu aufgestellt | 4 | 12 |

Die behördlichen Überprüfungen der sanitären Anlagen nehmen von Jahr zu Jahr zu. Dabei wurden im Jahre 1950 13.154 und im Jahre 1951 4.673 Schäden, hauptsächlich an den Klosettspülungen, festgestellt. Dem behördlichen Auftrag zur Behebung dieser Schäden ist von den Hausverwaltungen in der Regel binnen kurzer Frist entsprochen worden. An neuen oder ergänzten Installationsanlagen wurden im Jahre 1950 3.008 und im Jahre 1951 3.174 Überprüfungen durchgeführt. Außerdem wurden im Jahre 1950 4.871 und im Jahre 1951 3.736 Privatfeuerhydranten überprüft. In den Hausinstallationskatastern wurden im Jahre 1950 10.419 Anlagen mit rund 107.000 Entnahmestellen und im Jahre 1951 4.988 Anlagen mit 39.920 Entnahmestellen aufgenommen.

WASSERVERBRAUCH.

Wie bereits erwähnt, stieg die Kurve des Wasserverbrauches im Juni 1950 steil an. Im Tagesdurchschnitt wurden in diesem Monat 411.000 m³ Wasser verbraucht, das sind um 18.000 m³ mehr als im Juli 1947, dem Monat mit dem bisher höchsten durchschnittlichen Tagesverbrauch. Die Wasservorräte in den Behältern sanken immer tiefer und auch die Aufrufe an die Bevölkerung, mit dem Wasser zu sparen, brachten keine Änderung. Eine Katastrophe wäre kaum abwendbar gewesen, wenn nicht im kritischen Zeitpunkt Niederschläge eingesetzt hätten, die dann mit kurzen Unterbrechungen die übrigen Sommerwochen hindurch andauerten. Der Wasserverbrauch war im zweiten Halbjahr 1950 wesentlich geringer als im ersten; der Jahresgesamtverbrauch stellte sich auf 134.900.000 m³; 1951 betrug er 130.504.700 m³. Das Tagesmaximum dieses Jahres lag bei 429.300 m³, was einem Verbrauch von 268 Litern je Kopf der Bevölkerung entspricht, gegenüber 312 Litern im Jahre 1950.

Zur Deckung des Verbrauches wurden bezogen:

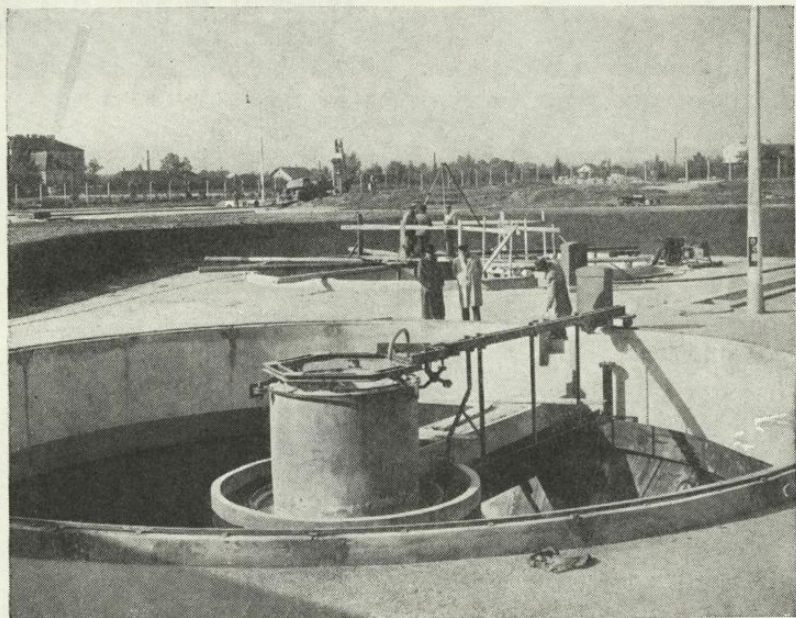
| | 1950 | 1951 |
|-------------------------------------|-------------|-------------|
| | Kubikmeter | |
| aus den beiden Hochquellenleitungen | 117.900.000 | 117.164.300 |
| aus den eigenen Grundwasserwerken | 9.200.000 | 6.388.600 |
| aus fremden Werken | 7.300.000 | 6.606.300 |

Neue Werke der Technik.

Die neu erbaute Aspernbrücke während der Belastungsprobe.

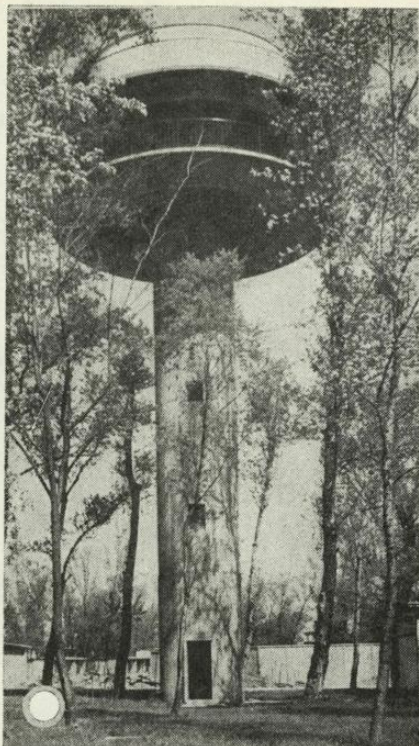


Die Kläranlage „Auf der gelben Haide“ vervollkommnet die Kanalisierung der Stadt im Süden. Sie wird schätzungsweise 950 m³ Trockenschlamm und 80.000 m³ Methangas liefern.

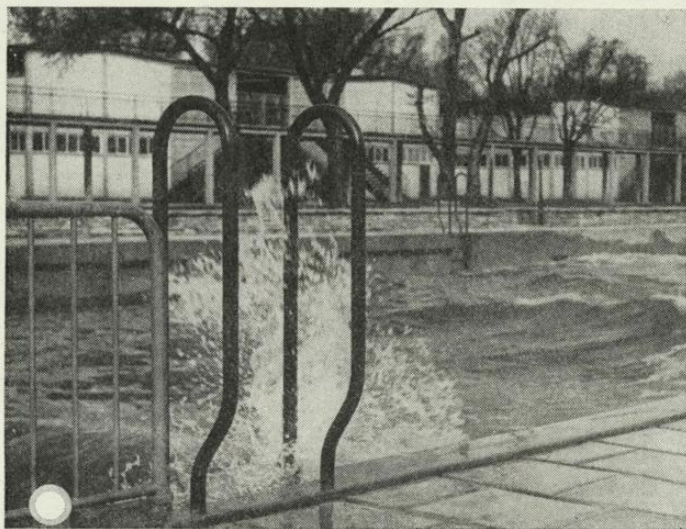


Strandbad Gänsehüfel,
die Sensation des Sommers 1951.

Der Wasserturm mit einem Fassungsraum
von 16.000 Liter versorgt die Brausen
und die sanitären Anlagen.



Schäumende Meereswogen im Wellenbadbassin.



Von der verbrauchten Menge wurden abgegeben:

| | 1950 | Kubikmeter | 1951 |
|---|-------------|------------|-------------|
| an das eigene Rohrnetz in Wien | 133,400,000 | | 129,088.500 |
| an auswärtige Abnehmer an den beiden Hochquellenleitungen | 600.000 | | 543.200 |
| an den Triestingtaler Wasserleitungsverband | 200.000 | | 76.800 |
| an den Stausee in Unter-Tullnerbach | — | | 501.000 |

Die Behälterüberfälle betragen im Jahre 1950 400.000 m³ und im Jahre 1951 251.900 m³.

Die restliche Menge entfiel auf die Erhöhung des Wasservorrates.

Die genaue Messung des Wasserverbrauches war durch die Verhältnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit sehr beeinträchtigt. Die Neuanschaffung von Wasserzählern stieß auf große Schwierigkeiten und die vorhandenen waren größtenteils überaltert und von ungenügender Meßempfindlichkeit. Die Folge waren Minderanzeigen im Wasserverbrauch. Das Jahr 1950 brachte hierin endlich eine Wendung. Die inländische Wasserzählerindustrie war nun wieder in der Lage, den Bedarf an neuen Wasserzählern zu decken und die städtischen Wasserwerke haben zunächst 13.145 und im Jahre 1951 rund 10.000 neue Zähler verschiedener Typen und Größen angeschafft.

Im Jahre 1951 wurden erstmals nach dem Kriege auch die überalterten Großwasserzähler gegen genauer messende ausgetauscht. Für neu hinzugekommene Wasserbezieher wurden im Jahre 1950 1.513 und im Jahre 1951 1.801 Wasserzähler eingebaut. Außerdem wurden durch gründliche Instandsetzung im Jahre 1950 15.411 und im Jahre 1951 16.000 Wasserzähler wieder vollwertig gemacht. Wegen Langlauf oder Minderanzeige mußten im Jahre 1950 28.360 und im Jahre 1951 25.720 Wasserzähler ausgetauscht werden. Wie wichtig diese Anschaffungen und Reparaturen waren, ist daraus zu ersehen, daß im Jahre 1950 eine Zunahme der Verbrauchsanzeigen um rund 5,300.000 m³ zu verzeichnen war, obwohl der größte Teil der neuen Wasserzähler erst gegen Ende des Jahres eingebaut worden war.

Das Gesetz vom 18. Dezember 1950 über Änderungen des Wasserversorgungsgesetzes 1947, LGBl. für Wien Nr. 4/1951, bestimmt darüber folgendes: je Einwohner werden 50 Liter Wasser täglich gegen eine Gebühr von 30 Groschen abgegeben (der Normalverbrauch war somit von der Erhöhung ausgenommen); für den Mehrverbrauch wurde ein erhöhter Satz von 50 Groschen für jeden Kubikmeter berechnet. Der besondere Wasserbezug für Industrie und Gewerbe wurde von 20 Groschen auf 25 Groschen erhöht. Im Jahre 1951 wurde mit Beschluß des Landtages vom 21. September 1951 die Gebühr für den Normalverbrauch von 30 Liter auf 40 Groschen, für den Mehrverbrauch auf 60 Groschen und für den Wasserbezug für gewerbliche Zwecke auf 35 Groschen für jeden Kubikmeter erhöht. Gleichzeitig wurden die Wassermessergebühr, die Hydrantenprüf- und -standgebühren usw. auf das Doppelte erhöht.

STÄDTISCHE BÄDER.

ÖFFENTLICHE STÄDTISCHE BÄDER.

Um den hygienischen Bedürfnissen einer modernen Großstadt zu entsprechen, war die Stadtverwaltung bestrebt, die im Kriege zerstörten Bäder so rasch als möglich wieder instanzzusetzen. Die erforderlichen Arbeiten waren im Jahre 1951 im wesentlichen abgeschlossen.

Eine überragende Leistung war der Wiederaufbau des Gänsehäufels. Bei Kriegsende bot dieses Bad einen traurigen Anblick. Nicht nur der größte Teil der Baulichkeiten war zerstört, sondern auch der Strand und die Au waren durch 130 Bombentrichter in ein Kraterfeld verwandelt worden; was von den Holzteilen der Einrichtung noch übrig geblieben war, wurde zu Heizzwecken fortgeschleppt. Nur die Eisenbetonbrücke über die Alte Donau und die Zufahrtsstraße mit den beiden Alleen für die Fußgänger waren erhalten geblieben. Das Bad mußte vollkommen neu aufgebaut werden. Die Gesamtfläche des Bades, das sich nun über die ganze Insel erstreckt, umfaßt 330.000 m²; davon sind 270.000 m² reine Badefläche. Die am Süd-, West- und Ostufer der Insel gelegenen Strandflächen, an denen sich das eigentliche Badeleben abspielt, haben eine Länge von zusammen 1.200 m. Auf der einen Seite des gärtnerisch geschmackvoll gestalteten Hauptplatzes befindet sich ein 2-stöckiger Kabinenbau mit 3.084 Kabinen, auf der anderen Seite sind in einem ebenfalls zweigeschossigen Gebäude 10.368 Kästchen für die Kleiderablage untergebracht. Die freien Räume zwischen den Umkleideobjekten wurden zu Gartenhöfen umgestaltet, denen alte Aubäume einen besonderen Reiz verleihen. Entlang der Garderobegebäude führt in der Höhe des Obergeschosses ein Gang, der einen weiten Überblick über das Bad und den Strand bietet und beim Restaurantgebäude endet. Dieses nimmt eine Fläche von 4.000 m² ein und bietet für 2.500 Gäste Platz. Den Kästchengebäuden vorgelagert ist das Wellenbad, ein besonderer Anziehungspunkt der Gänsehäufelbesucher. Das Becken ist 16 m breit, 60 m lang und bis zu 3,3 m tief. Da es an dem einen Ende wie ein Strand verläuft, können dort auch Kinder baden. Eine eingebaute Filteranlage sorgt dafür, daß das Wasser ununterbrochen gereinigt und entkeimt wird. Im Hintergrund des Hauptplatzes erhebt sich der 27 m hohe Uhrturm mit einem weithin sichtbaren Zifferblatt von 2 m Durchmesser. Auf dem nördlichen Teil der Insel befindet sich das Kinderfreibad, das am 9. Juli 1950 eröffnet wurde. Es hat einen 150 m langen Strand und ist völlig getrennt vom Familienbad. Längs des Weststrandes wurden 490 Strandkabinen errichtet, die saisonweise vermietet werden, jedoch täglich bei Badeschluß geräumt werden müssen. In der Nähe der Dauerkabinen befindet sich eine Warmbrauseanlage mit 20 Brausen. Im Jahre 1950 waren die Wiederaufbauarbeiten so weit gediehen, daß die Eröffnung des Bades bereits am 22. Juni 1950 stattfinden konnte. Das neue Gänsehäufel, ein Werk der Architekten Max Fellerer und Eugen Wörle, hat einen Fassungsraum für 25.000 Besucher; es ist das modernste, größte und zugleich das einzige Sommerbad in Österreich, das ein Wellenbad im Freien besitzt.

Im städtischen Strandbad „Alte Donau“ wurden kleinere Instandsetzungsarbeiten geleistet; der zerstörte 110 m lange Badesteg wurde wiederhergestellt, so daß Schwimmer das tiefe Wasser erreichen können, ohne den seichten Strand durchwaten zu müssen. In dem ebenfalls an der Alten Donau gelegenen Angelibad wurde der Grund durch Bagger vom Schlamm gereinigt.

Das zweitgrößte städtische Sommerbad, am Kongreßplatz, zeigte sich in einem neuen Kleid. Sämtliche Gebäude der Anlage waren in einer Fläche von 4.000 m² neu gestrichen worden. Der Fassungsraum der Badeanlage reicht für 6.000 Personen.

Im Schwimm-, Sonnen- und Luftbad „Hohe Warte“, das durch seinen parkähnlichen Charakter besonders reizvoll ist, wurde das letzte der dort im Kriege zerstörten Objekte wiederaufgebaut; in seinen Räumen sind 110 Kabinen und 392 Kleiderkästchen untergebracht, wodurch sich die Zahl der Umkleidegelegenheiten auf 1.960 erhöht hat.

Die zerstörten Sommerbäder in der Kuchelau und an der Schwedenbrücke wurden aufgelassen, hingegen wurde das Strandbad Stadlau wieder instandgesetzt.

Wieder aufgebaut wurden auch die Kinderfreibäder II., Augarten, III., Schweizergarten, XII., Ruckergasse, XIV., Auer-Welsbach-Park, und XX., Engelsplatz. Neu eröffnet wurden die Kinderfreibäder im 10. Bezirk, Gudrunstraße, und im 25. Bezirk, Mauer, Ölzeltpark.

Die Fortsetzung der Aufbauarbeiten im Amalienbad ermöglichten im Jahre 1951 auch die Kurabteilung sowie die Brausebadabteilungen für Männer wieder in Betrieb zu nehmen.

Besonders bemerkenswert ist schließlich die Neuerrichtung des im Jahre 1944 zerstörten Volksbades in Liesing, das anschließend an das dortige Sommerbad an Stelle eines aufgelassenen städtischen Betriebsgebäudes geschaffen wurde. Dieses Bad ist mit 9 Wannensäubern und 64 Brausen ausgestattet und ermöglicht den Besuch von 205 Personen in der Stunde; bei einem zwölfstündigen Betrieb haben rund 2.400 Personen eine Badegelegenheit.

Im Zusammenhang mit dem projektierten Wiederaufbau des Theresienbades wurde eine Probebohrung durchgeführt und bei einer Tiefe von 281 m schwefelhaltiges, für Heilzwecke geeignetes Wasser festgestellt.

Die von den Besatzungsmächten beschlagnahmten Brausebadabteilungen der Volksbäder VI., Esterhazygasse, und XII., Ratschkygasse, wurden im Jahre 1950 freigegeben. Im Jahre 1951 war keine städtische Badeanstalt mehr beschlagnahmt. Die Angehörigen von Besatzungsmächten besuchten nunmehr die Bäder während der Betriebsstunden. Ende 1951 verwaltete die Gemeinde folgende Badeanstalten:

| | in Betrieb | nicht in Betrieb | zusammen |
|-------------------------------|------------|------------------|----------|
| Warmbäder | 24 | 1 | 25 |
| Warm- und Sommerbäder | 5 | 1 | 6 |
| Sommerbäder | 13 | — | 13 |
| Kinderfreibäder | 22 | 2 | 24 |
| Badeanstalten insgesamt | 64 | 4 | 68 |

Über den Besuch der einzelnen Bäderarten gibt nachstehende Übersicht Aufschluß:

| | Badebesucher | |
|----------------------------------|--------------|-----------|
| | 1950 | 1951 |
| Brausebäder | 5,108.144 | 5,058.453 |
| Wannenbäder | 309.287 | 285.700 |
| Dampfbäder | 287.722 | 273.443 |
| Schwimmbädern | 612.277 | 613.752 |
| Kurbehandlungen | 107.516 | 122.563 |
| Sonnenbäder | 5.468 | 5.521 |
| Warmbadeanstalten zusammen | 6,430.414 | 6,359.432 |
| Sommerbäder | 1,375.456 | 1,404.999 |
| Kinderbäder | 592.150 | 616.901 |
| Sämtliche Badeanstalten | 8,398.020 | 8,381.332 |

Mit Genehmigung des Gemeinderates vom 27. Juli 1951 wurden zur Deckung der durch das 5. Lohn- und Preisabkommen gesteigerten Betriebskosten die Bäderpreise — mit Ausnahme jener des Gänsehäufels — um durchschnittlich 50 Prozent erhöht. Seit 1950 wird in den städtischen Bädern wieder Badewäsche leihweise ausgegeben.

Unter der Leitung des Wiener Stadtbauamtes ist auch das Stadionbad, das unter den Kriegseinwirkungen ebenfalls schwer gelitten hatte, wieder aufgebaut worden. Es wurde im Jahre 1928 von der Gemeinde Wien als Sportbad errichtet. Mit seinem Wiederaufbau wurde im Jahre 1947 begonnen. In neuer, größerer und schönerer Gestalt hat es dann die Stadionbetriebsgesellschaft im Jahre 1950 wieder eröffnet. 82 Prozent der Umkleideräume und das Kinderplanschbecken waren den Kriegshandlungen und Plünderungen zum Opfer gefallen; die drei Hauptbecken waren jedoch erhalten geblieben und nur die große Holztribüne beim Sportbassin hatte schweren Schaden erlitten.

Die Stadtverwaltung hat gemeinsam mit der Stadionbetriebsgesellschaft bereits im Juli 1945 die Freigabe des Bades von der Besatzungsmacht erwirkt und einen provisorischen Badebetrieb eingerichtet.

Das wiederaufgebaute Stadionbad bietet gleicherweise Gelegenheit zur Sportausübung wie zur Entspannung. Zwanglos und gefällig fügen sich die Bauten der Badeanlage in die alten Praterauen ein. Ein neues Kassengebäude ermöglicht die rasche Abfertigung der Besucher. Das neue Bad verfügt über Umkleideräume für 7.000 Besucher. Über dem Obergeschoß der Umkleidehallen befinden sich geräumige Sonnenterrassen, die durch undurchsichtige Spezial-Glaswände abgeschrmt sind. Vom Dach des modern eingerichteten Restaurants bietet sich ein Überblick über das gesamte Badegelande.

Unter den reichlich vorhandenen Dusch- und Reinigungsanlagen befinden sich auch Warmwasserbrausen. Für das durch Luft und Sonne vorgewärmte Badewasser wurde ein 4 m hoher Wasserturm errichtet. Ein neues Kinderbecken, ein großes Bassin für Erwachsene, ein Sportbecken für Schwimmveranstaltungen, ein Sprungbecken mit einem 10 m hohen Sprungturm vervollständigen die Ausstattung des Bades.

BÄDER IN STÄDTISCHEN WOHNHAUSANLAGEN.

Um die Gesundheit der Hausbewohner durch bequeme und billige Badegelegenheiten zu fördern, bestanden im Jahre 1950 71 und im Jahre 1951 72 zentrale Hausbadeanlagen in städtischen Wohnhausanlagen. Davon waren im Jahre 1950 67 Badeanstalten mit 310 Wannen- und 501 Brausebadkabinen im Betrieb; im Jahre 1951 blieb die Zahl der in Betrieb stehenden Badeanlagen unverändert. Die Wannenbäder wurden im Jahre 1950 von 125.660 und im Jahre 1951 von 116.090 Personen besucht. Die Besucherzahl der Brausebäder betrug 412.837 im Jahre 1950 und 409.030 im Jahre 1951.

WÄSCHEREIEN.

Größere Nachschaffungen der durch Krieg und Besetzung stark gelichteten Wäschebestände der städtischen Spitäler und Wohlfahrtsanstalten wirkten sich in einer zunehmenden Benützung der städtischen Wäschereien aus. Um den erhöhten Anforderungen entsprechen zu können, wurde im Jahre 1951 ein Satz amerikanischer Waschmaschinen angeschafft und im Betrieb XII., Schwenkgasse, aufgestellt. Eine Trommel dieser Maschinen faßt 160 kg Schmutzwäsche. Nach der ersten Reinigung wird die Wäsche bis zu sechsmal gespült. Ist das Spülwasser abgelassen, gelangt die Wäsche in eine Schleudermaschine, in der die zusammengepreßten Stücke aufgelockert werden. Obwohl die Leistungsfähigkeit der neuen Maschinen größer ist als die der alten, ist der Waschvorgang kürzer und einfacher.

Durch die neuen Hochleistungsmaschinen wurde die Kesselanlage über die zulässige Grenze beansprucht. Zur Deckung des erhöhten Wärmebedarfes wurde

unter Verwendung der heißen Abwässer der Wäscherei eine Wärmeverwertungsanlage eingerichtet. Nach Lieferung eines französischen Spezialfilters konnte im Jahre 1951 die neue Anlage fertiggestellt werden.

Mit Hilfe der neuen Maschinen konnte die Waschleistung im Jahre 1951 bedeutend gesteigert werden, wie die folgenden Zahlen zeigen:

| | 1950 | 1951 |
|-------------------------|-------------------------|-----------|
| | Reinwäsche in Kilogramm | |
| Zentralwäscherei | 3,146.573 | 3,524.957 |
| Wäscherei Mödling | 119.868 | 129.659 |
| Zusammen | 3,266.441 | 3,654.616 |

Der weitaus größte Teil dieser Mengen, und zwar 2,989.392 kg im Jahre 1950 und 3,349.566 kg im Jahre 1951, wurde durch städtische Lastkraftwagen von den Anstalten abgeholt und diesen gereinigt wieder zurückgestellt.

Die Waschleistungen werden nach den Selbstkosten berechnet. Das Ansteigen der Löhne sowie der Preise für die Betriebsmittel hat am 1. Juni und am 1. September 1950 eine Erhöhung der Reinigungs- und Transportkosten mit sich gebracht. Für 1 kg ungebügelte Trockenwäsche wurde vom 1. September 1950 an 85 Groschen und für den Transport von 1 kg Wäsche 8 Groschen berechnet. Am 1. Juli 1951 machten neuerliche Lohn-, Tarif- und Preissteigerungen eine Erhöhung der Waschpreise notwendig, nach der für 1 kg ungebügelte Trockenwäsche 1,20 S und für 1 kg Wäschetransport 10 Groschen in Rechnung gestellt wurden.

In den städtischen Wohnanlagen waren nach vollständiger Instandsetzung der schwer beschädigt gewesenen Wäscherei, XXI., Jedleseer Straße 66, die bis zum Jahre 1951 nur als Notbetrieb geführt werden konnte, sämtliche 34 Dampf-wäschereien wieder in Vollbetrieb.

In diesen Wäschereien standen den Wohnparteien zur Verfügung:

| | |
|----------------------------------|-------------------------|
| 865 Waschstände mit je 1 Wäsche- | 1.014 Trockenkulissen, |
| kochkessel und Wasch- und Spül- | 48 Bügelmaschinen, |
| trog, | 32 elektrische Mangeln, |
| 288 Waschmaschinen, | 54 Handmangeln sowie |
| 207 Wäschezentrifugen, | 424 Handbügelstände. |

Die starke Inanspruchnahme dieser Geräte sowie teilweise auch ihre Überalterung erforderten zahlreiche Instandhaltungsarbeiten und Reparaturen, die überwiegend vom Betriebspersonal geleistet wurden.

Zur Deckung der Betriebskosten wurden bis März 1951 nur jene Hausparteien herangezogen, die von den Wäschereieinrichtungen Gebrauch machten. Vom 1. April 1951 an wurden auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Magistrat und den Mieterverbänden die Betriebskosten der Wohnhauswäschereien auf sämtliche Mietparteien aufgeteilt; außerdem wurde von Jänner bis einschließlich November 1951 sämtlichen Mietern eine Waschküchgrundgebühr von 6 Groschen pro m² Wohnraum vorgeschrieben; vom Dezember 1951 an entfiel wieder die Einhebung dieser Gebühr.

Im Jahre 1951 wurden erstmals in neugebauten städtischen Wohnanlagen insgesamt 20 maschinell eingerichtete Einzelwaschküchen mit zusammen ebenso vielen Waschkessel-Boileröfen, Waschmaschinen und Wäschezentrifugen sowie zwei Trockenräumen mit Kalorifer und Ventilatoren und ein Trockenraum mit Ventilator installiert. In Häusern mit Einzelwaschküchen wurde sämtlichen Mietern ein Betriebskostenbeitrag von 18 Groschen angerechnet.

KANALISATION.

Die Kanalisationsarbeiten sind eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Gesundheit in der Großstadt. Sollen die Kanäle ihren Zweck erfüllen, müssen sie aus bestem Material und mit besonderer Sorgfalt hergestellt sein. Undichtheiten müssen vermieden werden, da solche zu einer Verseuchung des Bodens führen. Am günstigsten und wirtschaftlichsten ist die Herstellung von Mischkanälen, bei denen die Schmutzwässer mit den Regenwässern als Mischwasser abgeleitet werden. Dieses System setzt jedoch das Vorhandensein einer wasserreichen Vorflut voraus, deren Reinigungsvermögen so groß ist, daß sie die ihr zugeführten Schmutzstoffe restlos verarbeiten kann; überwiegen die Abwässer, dann geht das Wasser des Vorfluters in Fäulnis über, bei der übelriechende Gase entweichen. Reicht das Reinigungsvermögen des Vorfluters nicht aus, müssen Kläranlagen errichtet werden. Damit diese ihren Zweck erfüllen können, werden zwei getrennte Kanalsysteme verwendet; Schmutzwasserkanäle, die über die Kläranlagen, und Regenwasserkanäle, die direkt in den Vorfluter eingeleitet werden.

Man unterscheidet eine biologische und eine mechanische Reinigung der Schmutzwässer. Je nach dem Grade der Leistungsfähigkeit der Vorflut wird man eine vollbiologische Klärung, der jedoch eine mechanische Reinigung durch Absetzenlassen der Schmutzstoffe vorangeht, vorsehen müssen oder es genügt eine mechanische Reinigung allein; zu dieser werden Absetzbecken oder sogenannte Emscherbrunnen verwendet, tiefe, weite Betonbrunnen, in denen sich der Schlamm des durchströmenden Schmutzwassers absetzt.

Das Wiener Kanalisationssystem hat in der Nachkriegszeit die eindrucksvollste Bewährungsprobe bestanden: trotz der außerordentlich hohen Zahl von Bombenschäden, die das Kanalnetz erlitten hat, ist Wien von Epidemien verschont geblieben.

Durch die städtischen Wohnhausbauten und die rasche Ausbreitung der Siedlungen am Stadtrand nimmt die Kanalbautätigkeit seit dem Kriege ständig an Umfang zu. Nicht minder bemerkenswert ist das Ausmaß der von der Stadtverwaltung geleisteten Arbeit für die Verbesserung der bestehenden Kanalbauten und die Behebung der immer wieder neu entdeckten Schäden, die noch aus der Kriegszeit herrühren.

Außerdem wurden im Jahre 1950 bei Kanalräumungsarbeiten 16 Gebrechen am Kanalnetz behoben, die auf die Einwirkung des Straßenverkehrs zurückzuführen sind. Die umfangreichste Wiederaufbauarbeit erforderte der im Kriege beschädigte Leopoldauer Sammelkanal, der auf einer 110 m langen Strecke instandgesetzt wurde. Mit dem Krieg hing auch der Kanaleinsturz in der Stumpergasse zusammen. Infolge Erschütterung des Kanals durch einen seitlichen Bombentreffer hielt er der erhöhten Belastung nicht stand, die sich bei der Umleitung des gesamten Verkehrs durch die Stumpergasse anlässlich der Straßenbauarbeiten in der Mariahilfer Straße ergab. Der Schaden ist bereits behoben.

KANALUMBAUTEN, KANALNEUBAUTEN.

Die größte Kanalumbauarbeit der Nachkriegszeit, die Neugestaltung des Alsbachkanals, wurde fortgesetzt. Im Jahre 1950 wurde das bis zum Hause Alsbachstraße 23 reichende III. Baulos und bis August 1951 das IV. Baulos, das von der Liechtensteinstraße begrenzt wird, mit 145 m fertiggestellt. Vom V. Baulos, das bis zur Alsbachstraße 8 reicht, wurde bis Ende 1951 eine Strecke von 135 m gebaut. Während der Bauarbeiten war der Straßenbahnverkehr der Linie 5 auf

der jeweiligen Baustrecke eingestellt. Das Doppelprofil dieses Kanals hat eine Breite von 2-mal 4 m und eine Höhe von 2,20 m.

Der Umbau alter, schadhaft gewordener Ziegelkanäle in Betonkanäle wurde intensiviert. Größere Arbeiten dieser Art wurden geleistet: im 1. Bezirk im Gebiet der Fischerstiege, der Salztorgasse und am Stoß im Himmel (zusammen 224 m); im 2. Bezirk in der Rotensterngasse und Weintraubengasse (236 m); im 3. Bezirk in der Löwengasse, Hetzgasse-Blattgasse, Blütengasse und am Rennweg (zusammen 289 m); im 5. Bezirk in der Christophgasse (52 m); im 7. Bezirk, Kreuzung Kirchengasse-Burggasse (23 m); im 8. Bezirk in der Lerchengasse (28 m); im 12. Bezirk in der Rosasgasse und in der Nymphengasse (161 m); im 14. Bezirk in der Breitenseer Straße (295 m) und im 25. Bezirk, Atzgersdorf, in der Breitenfurter Straße (214 m). Diese Kanäle hatten mit wenigen Ausnahmen ein Profil von $0,70 \times 1,05$ m. Insgesamt wurden im Jahre 1950 3.968 m und im Jahre 1951 2.929 m Kanäle umgebaut; dadurch wurde auch die Rattenbekämpfung erleichtert. Im 3. Bezirk, Marxergasse, wurde ein 206 m langer Ziegelkanal wegen Baufälligkeit aufgelassen und die in diesen Kanal einmündenden Hauskanäle an den rechten Hauptsammelkanal angeschlossen.

In alten Ziegelkanälen, die sich noch in gutem Bauzustand befanden, in denen aber die Sohle und die Seitenwände bis zur Durchlässigkeit ausgewaschen waren, wurden die Sohlen mit Steinzeugschalen verkleidet und die ausgewaschenen Wandfugen verbrämt. Solche Arbeiten wurden in den folgenden Bezirken durchgeführt:

1. Bezirk in der Bognergasse (91 m), in der Akademiestraße-Karlsplatz (190 m), in der Elisabethstraße (35 m), in der Gölsdorfgasse-Rudolfsplatz (154 m), am Hafnersteig (31 m), am Hohen Markt (265 m), in der Kohlmessergasse (27 m), in der Schönlaterngasse (24 m) und in der Schulerstraße (49 m);
2. Bezirk in der Praterstraße ungerade Nummern (bis Ende 1951 92 m) fertig, in der Praterstraße gerade Nummern (bis Ende 1951 112 m) fertig;
3. Bezirk am Rennweg (160 m);
9. Bezirk in der Rögergasse (112 m), in der Währinger Straße (212 m);
10. Bezirk in der Quellenstraße (96 m);
11. Bezirk in der Geiselbergstraße (480 m), Simmeringer Hauptstraße (310 m);
12. Bezirk in der Steinergasse (120 m);
14. Bezirk in der Waidhausenstraße (826 m).

Im 10. Bezirk in der Quellenstraße wurde die Ziegelsohle zwischen der Absberggasse und der Kempelengasse durch mit Karborundum gehärteten Beton ersetzt. Zu den größeren Instandsetzungsarbeiten zählt auch die Instandsetzung des Pöllangrabens in Brunn am Gebirge im 24. Bezirk sowie die Auswechslung des durch chemische Grundwassereinflüsse zerstörten Kanals an der Ecke der Hameaustraße und Keylwerthgasse im 19. Bezirk. Außerdem wurden Ausbesserungen von Mauerwerksschäden, Auswechslungen schadhafter Kanalgitter und Steigeisen, ja sogar der Umbau ganzer Schächte im Jahre 1950 an 429 und im Jahre 1951 an 466 Baustellen durchgeführt.

Aber auch aus anderen Gründen waren umfangreiche Kanalumbauten erforderlich. Wegen der Unterführung der Gürtelstraße am Matzleinsdorfer Platz mußte der Sammelkanal Triester Straße-Reinprechtsdorfer Straße um 5 m tiefer gelegt werden. Der Umbau in einem Betonprofil von $1,30 \times 1,65$ m erstreckte sich auf eine Länge von 315 m. Unmittelbar vor dem Südbahnviadukt wurde ein Kanalabstürzschacht mit Tosbecken eingebaut. Im Zusammenhang

mit der Regulierung der Liesing mußte auch der Liesingdücker tiefergelegt werden. Zu den Umbauten gehört auch die Auswechslung der baufälligen, gemauerten Regenwasserkanäle gegen Steinzeugrohrleitungen im Durchmesser von 30 cm bis 50 cm; so wurden in Guntramsdorf 108 m und in Maria-Enzersdorf 250 m Steinzeugrohre gelegt. Abschließend sei noch der Umbau der baufällig gewordenen Betonkanäle aus Romazement im 9. Bezirk, Wilhelm Exner-Gasse (45 m), und im 12. Bezirk, Hetzendorfer Straße (333 m), erwähnt, die nun in Portlandzement hergestellt wurden.

Die bis Ende 1951 durchgeführten Kanalneubauten standen überwiegend mit der Erfüllung des städtischen Wohnhausbauprogrammes in Zusammenhang. Im alten Stadtgebiet wurden die Kanäle nach dem Mischsystem gebaut, das den Abfluß von Regen- und Schmutzwasser in einem gemeinsamen Kanal vorsieht. Zur Kanalisierung neuer Wohnhausanlagen und Siedlungen wurden folgende Kanäle nach diesem System errichtet:

- II., Prater Hauptallee, 90 m Steinzeugrohrkanal
- III., Kleingasse, 63 m Betonkanal
- IV., Floragasse, 77 m Steinzeugrohrkanal
- V., Heu- und Strohmarkt, 50 m Steinzeugrohrkanal
- X., Erlachgasse, 5 m Beton- und 60 m Steinzeugrohrkanal
- XII., Altmansdorfer Sammelkanal, 878 m, Betonprofil $1,80 \times 1,80$ m, Atzgersdorfer Straße, 187 m, Endergasse, 400 m, und „Am Schöpfwerk“, 177 m Betonkanäle
- XIII., Elisabethstraße und Hermesstraße, zusammen 319 m Betonkanäle; Waldmüllergasse, 616 m Betonkanal; am Kleinen Ring und am Saulackenweg, 92 m Betonkanal; Burgenlandstraße, 227 m Steinzeugkanal; Bürgergasse, 76 m Betonkanal und 77 m Steinzeugrohrkanal; Fehlinger-gasse, 106 m Steinzeugrohrkanal; Löfflergasse, 110 m Betonkanal
- XIV., Baumgarten, „Hugo Breitner-Hof“, 270 m Beton- und 335 m Steinzeugrohrkanal; Lautensackgasse, 271 m Betonkanal und 117 m Steinzeugrohrkanal; Hüttelbergstraße, 75 m Steinzeugrohrkanal; Felbiger-gasse, 75 m, und Unterraingasse, 35 m Steinzeugrohrkanal; Pierron-gasse, 129 m Betonkanal und 48 m Steinzeugrohrkanal
- XVI., Gregor Mendl-Platz, 164 m Betonkanal
- XVII., Promenadeweg, Waldegghofgasse, 247 m Betonkanal; Wildweg, 16 m, und Lascygasse, 40 m Steinzeugrohrkanal
- XIX., Eisenbahnstraße, 122 m Betonkanal
- XX., Wehlistraße, 220 m Betonkanal
- XXI., Im Gebiet der neuen Wohnhausanlagen Steigenteschgasse, 92 m, Schrick-gasse 157, Magdeburgstraße, 230 m, Viktor Kaplan-Straße, 159 m, und Jedleseer Straße 4, 85 m Betonkanal; Siedlung Siemensstraße-Justgasse, Betonkanalnetz von 1.427 m Länge, davon 400 m Betonkanal, Profil $1,20 \times 1,80$ m, und 1.027 m Betonprofil $0,70 \times 1,05$ m, das durch den Bau eines Schmutzwasserpumpwerkes in der Ruthnergasse provisorisch an das städtische Kanalnetz angeschlossen wurde, bis der im Bau befindliche Leopoldauer Sammelkanal dieses Gebiet erreicht hat; Siedlung Jedleseer, 303 m
- XXII., Erzherzog Karl-Straße, Leopoldauer Sammelkanal, 340 m; Hardeg-gasse, Leopoldauer Sammelkanal, 1.023 m Betonkanäle, Profil $1,90 \times 2,10$ m

Neue Kanäle nach dem Trennsystem, wobei Schmutz- und Regenwasser in gesonderten Rohren (Doppelprofil) abfließen, wurden für Wohnhausanlagen und Siedlungen am Stadtrand gebaut:

- X., Per Albin Hansson-Siedlung, 1.023 m
- XXIII., Ehbruster-Wiesmayerstraße in Schwechat, 394 m

XXV., Erlaaer Hauptstraße, 328 m; Perchtoldsdorfer Straße, 69 m; Inzersdorf, Büttnergasse-Friedhofstraße, 199 m, und Pfarrgasse-Mühlgasse, 430 m; Liesing, Gärtnergasse, 79 m; Atzgersdorf, Schubertgasse, 346 m, Schulgasse-Gärtnergasse, 206 m; Einwölbung des Knotzenbaches in Atzgersdorf, 91 m, Profil 2,50 × 2,05 m, und 479 m, Profil 1,90 × 2,20 m

Regenwasserkanäle wurden hergestellt:

XXIII., Schwechat, 139 m; Rannersdorf, 120 m (Verlängerung des bestehenden Kanals)

XXIV., Guntramsdorf, 293 m; Gumpoldskirchen, Gartengasse, 123 m

XXV., Atzgersdorf, Wiener Straße, 105 m

XXVI., Klosterneuburg, Aufeldgasse, 360 m

Schmutzwasserkanäle wurden gebaut:

XXIII., Oberlaa (beim Sportplatz), 149 m; Bruck-Hainburger Straße, 125 m

XXIV., Mödling, Perlgasse, 86 m

XXV., Liesing, Linker Liesingtalsammelkanal, Verlängerung, 2.241 m; Perchtoldsdorf, rechter Liesingtalsammelkanal (Verlängerung), je 11 m Betonprofil und Steinzeugrohr; Liesingbachunterferhung, 72 m, Verbindungskanal; Erlaa, Siebenhirtner Sammelkanal (Verlängerung), 819 m

Insgesamt wurden in den Jahren 1950 und 1951 Kanalneubauten in folgendem Umfange durchgeführt:

| | 1950 | | 1951 | |
|--------------------------|-------|-----------|-------|-----------|
| | Beton | Steinzeug | Beton | Steinzeug |
| | Meter | | | |
| Mischsystem..... | 5.350 | 363 | 6.786 | 1.460 |
| Trennsystem | | | | |
| Doppelprofil..... | 2.118 | — | 1.526 | — |
| Regenwasserkanäle. | 105 | 123 | — | 912 |
| Schmutzwasserkanäle..... | 2.002 | 144 | 1.969 | 654 |

KLÄRANLAGEN.

Die Kläranlage „Auf der gelben Haide“ in Inzersdorf wurde im Jahre 1951 fertiggestellt und am 15. Dezember 1951 von Bürgermeister *Jonas* in Anwesenheit zahlreicher Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens dem Betrieb übergeben. Sie wurde nach den neuesten Erfahrungen der Technik errichtet und bedeutet einen weiteren Schritt zur Verbesserung der Kanalisation im Süden Wiens. Ihr Einzugsgebiet umfaßt 470 ha wertvollen Bodens und wird gegenwärtig von 16.000 Personen bewohnt; bei voller Besiedlung werden aber 100.000 Menschen dort Platz finden. Die hier eingeführte Mischkanalisation gibt die Möglichkeit, die unhygienischen und unzureichenden Senkgruben aufzulassen und ist zugleich ein Schutz gegen die immer mehr überhandnehmende Verunreinigung des Grundwassers.

Mit diesem Bau wurde ein altes Projekt verwirklicht, das den Anschluß des Gebietes von Altmannsdorf-Hetzendorf durch den Altmannsdorfer Sammelkanal an den linken Liesingtalsammelkanal vorsah. Um zu verhindern, daß der Liesingbach wegen seiner zu geringen Normalwasserführung durch Schmutzwässer zu sehr verunreinigt wird, müssen diese vor ihrer Einleitung in einer Kläranlage gereinigt werden. Hiefür sorgt eine Reihe von sinnvollen technischen Vorrichtungen. Das Schmutzwasser wird nach Durchfließen eines Rechens zur Zurückhaltung aller größeren Bestandteile einem Rundsandfang zugeführt, in dem sich Sand, Asche usw. absetzen; über einen Verteilschacht wird es dann drei sogenannten Emscherbrunnen zugeführt. Nach Durchströmung der Absetzräume dieser 7 m tiefen

Brunnen gelangt es in die beiden Abwassersammelschächte. Von dort drücken Abwasserpumpen das mechanisch vorgereinigte Schmutzwasser auf die beiden Tropfkörper. Hier verteilen rotierende Drehsprenger den abgeschwemmten Tropfkörperschlamm gleichmäßig, worauf die biologische Reinigung erfolgt. Sodann durchfließt das Schmutzwasser einen Nachklärbrunnen und wird schließlich dem Altmannsdorfer Graben zugeleitet. Der im Faulraum der Emscherbrunnen zurückbleibende Schlamm wird nach Empfang durch etwa drei Monate der Gärung überlassen, wobei sich das hochwertige Methangas entwickelt. Der getrocknete Schlamm wird als Düngemittel verwendet. Die Baukosten der Anlage betragen 6,5 Millionen Schilling.

In der von früher her bestehenden Kläranlage in der Siedlung Rodaun wurde eine Chlorierungsanlage eingebaut und die Kläranlage im Lehlingsheim, 14. Bezirk, Weidlingau-Wurzbachtal, in eine mechanisch-biologische Kläranlage umgewandelt.

KANALRÄUMUNG UND UNRATABFUHR.

Für die Räumung von Senk- und Sickergruben, die keine Zufahrtsmöglichkeit haben, wurde im Jahre 1950 eine Membranpumpe mit Benzinmotor angeschafft.

Die Zahl der Fäkalien-Kraftwagen wurde von 23 auf 24 erhöht; das neu eingestellte Fahrzeug wurde für den Senkgrubentrümmungsbetrieb bestimmt. Bei zwei Wagen wurden die Kessel erneuert.

Zur besseren Überwachung der Kanalbauten in den Randgebieten wurde ein Motorrad mit Beiwagen eingesetzt. Für die Beleuchtung der Kanalanlagen und tiefen Sickergruben wurde ein mit einem Benzinmotor betriebener Generator in Dienst gestellt; um Kanäle bei Räumungs- und Instandhaltungsarbeiten vorübergehend absperrbar zu machen, wurden 24 Gasabsperrblasen verwendet; schließlich wurden auch zehn Abselgeräte und fünf Rettungsgürtel zur Sicherung der Kanalarbeiter angeschafft.

Die Zahl der Senkgruben im alten Stadtgebiet betrug im Jahre 1950 11.231 und im Jahre 1951 11.682; davon wurden 9.034 im Jahre 1950 und 8.097 im Jahre 1951 vom städtischen Kanalisationsbetrieb geräumt. In den Randgebieten befinden sich schätzungsweise 20.000 Senkgruben, von denen ein Teil ebenfalls vom städtischen Kanalbetrieb geräumt wurde. Hierbei wurden im Jahre 1950 114.635 m³ und im Jahre 1951 106.399 m³ Senkgrubeninhalte ausgehoben und weggeführt; die Tagesleistung betrug daher 260 m³ im Jahre 1950 und 355 m³ im Jahre 1951.

Außerdem wurden Sand, Schotter, Asche u. dgl. aus den Kanälen und Schotterfängen des alten Stadtgebietes entfernt, und zwar 6.119 m³ im Jahre 1950 und 6.599 m³ im Jahre 1951; im Jahre 1950 wurden 17.562 und im Jahre 1951 16.943 Hauskanalverstopfungen behoben.

Die Zahl der in das Kanalnetz eingebauten Spülkammern hat sich im Jahre 1950 auf 554 Spülkammern mit 682 Spülschiebern und im Jahre 1951 auf 555 Spülkammern erhöht. Für die Kanalreinigung mittels Spülkammer wurden im Jahre 1950 84.938 m³ Wasser verwendet, davon 57.293 m³ aus der Triestingtaler Wasserleitung; im Jahre 1951 betrug die benötigte Wassermenge 95.875 m³, wovon 58.710 m³ aus der Triestingtaler Wasserleitung stammten. Die restlichen Wassermengen wurden aus der Hochquellenleitung bezogen.

Mittels der Spülbecken, die sich am Beginn der Einwölbung des Alser, Lainzer und Nesselbaches befinden, wurden im Jahre 1950 zwölf Kanalspülungen durchgeführt, wobei 55.800 m³ Bachwasser verbraucht wurden. Im Jahre 1951 konnten diese Spülbecken nicht herangezogen werden, weil sie infolge schwerer Gewitter vermurt waren.

Im Jahre 1951 wurden die Spülbecken in Neuwaldegg, am Cobenzl und in Lainz geräumt, wobei insgesamt 1.626 m³ Schotter und Schlamm ausgehoben wurden.

Mit Genehmigung des Bürgermeisters wurden auch Kanalräumungsarbeiten außerhalb Wiens durchgeführt, und zwar im Lager der Roten Armee in Döllersheim, in den Semperitwerken in Traiskirchen, im städtischen Altersheim St. Andrä a. d. Traisen und in einem Heim des Wiener Jugendhilfswerkes in Unter-Oberndorf bei Maria-Anzbach.

Im Jahre 1950 war der seltene Fall zu verzeichnen, daß die Hochwasserschieber nicht geschlossen und auch die Pumpwerke nicht in Betrieb gesetzt wurden. Hingegen erfolgte die Schließung der Hochwasserschieber im Jahre 1951 in Kaisermühlen an 6 Tagen, in Stadlau an 8 Tagen, in Floridsdorf an 9 Tagen, in Kaiser-Ebersdorf an 4 Tagen.

Ebenso stand das Pumpwerk Kaisermühlen an 5 Tagen (7 Stunden), das Pumpwerk Stadlau an 8 Tagen (65 Stunden), das Pumpwerk Floridsdorf an 9 Tagen (48 Stunden) und das Pumpwerk Kaiser-Ebersdorf an 3 Tagen (66 Stunden) in Betrieb.

Im Kanalpumpwerk in der Floridsdorfer Hauptstraße wurde eine zweite Rechenanlage eingebaut und ein Lagerschuppen aufgestellt. Das Schmutzwasserpumpwerk in der Mitterfeldersiedlung in Wiener Neudorf wurde ausgebaut, wodurch die Schmutzwasserkanalisierung an die Kläranlage in Wiener Neudorf angeschlossen werden konnte.

Die Rattenbekämpfung wurde unter Verwendung von Giftgas fortgesetzt.

Das Interesse an den Führungen durch das unterirdische Wien wurde durch den Film „Der dritte Mann“ derart gesteigert, daß im Jahre 1950 46 Führungen von insgesamt 1.660 Personen und im Jahre 1951 40 Führungen mit 1.597 Teilnehmern stattfanden.

Bei diesen Führungen wurden die Kanalanlagen unter der Friedrichstraße besichtigt.

Die Arbeiten in den Kanälen sind stets mit verschiedenartigen Gefahren verbunden; so ereigneten sich im Jahre 1950 47 und im Jahre 1951 39 Betriebsunfälle, bei denen Arbeiter mehr oder minder schwer verletzt wurden.

Im Jahre 1950 erfolgte während der Räumungsarbeit im Kanal XI., Meichlstraße, eine Explosion, bei der zwei Arbeiter verletzt wurden.

Durch die starken Regenfälle im Sommer 1951 traten wiederholt Überflutungen von Straßen und Kellern ein; zum Auspumpen der eingedrunghenen Wassermengen wurden Fäkalienwagen des Kanalbetriebes eingesetzt.

Entsprechend den Lohn- und Preiserhöhungen mußten die Kanalräumungsgebühren zweimal erhöht werden. Das für die Berechnung der Kanalgebühren zugrundeliegende Vielfache des Mietwertes wurde durch Beschluß der Landesregierung vom 19. September 1950 auf 180/12 vom 17. Oktober 1950 auf 200/12 und durch Beschluß vom 7. August 1951 auf 300/12 für einen Monat festgesetzt.

Mit Beschluß der Landesregierung vom 17. Oktober 1950 wurden auch die Kanaleinmündungsgebühren erhöht, und zwar betrug der Einheitssatz ab 1. Jänner 1951 210 S. Eine neuerliche Erhöhung auf 270 S trat am 13. September 1951 in Kraft (Verordnung der Wiener Landesregierung vom 27. Juli 1951, LGBl. Nr. 18/1951).

Durch Beschlüsse des Gemeinderates vom 29. September 1950 und 27. Juli 1951 wurden die Gebühren für die Behebung von Kanalverstopfungen erhöht.

Nach der letzten Erhöhung betrug die Grund- und Stundengebühr 9 S, die Überstundengebühr 12 S. Durch Gemeinderatsbeschlüsse vom gleichen Tag wurden auch die Gebühren für die Räumung von Senkgruben neugeregelt. Die zuletzt erhöhte Gebühr für die Senkgrubenräumung betrug 19 S für einen Kubikmeter, mindestens aber 57 S für eine Räumung, bei Überstundenarbeit 24 und 72 S. Die Gebühr für die Verwendung der Tiefsaugeanlage, die mit Gemeinderatsbeschuß vom 17. November 1950 auf 80 S für die Betriebs- und auf 90 S für die Überstunde erhöht worden war, blieb im Jahre 1951 unverändert.

BEDÜRFNISANSTALTEN.

Im Jahre 1950 wurden sechs im Kriege beschädigte Bedürfnisanstalten instandgesetzt. Die durch Kriegseinwirkung vollkommen zerstörten Objekte in der Heinestraße, am Karmelitermarkt, in St. Marx, am Matzleinsdorfer Platz, im Esterhazypark, an der Philadelphiabrücke und am Schwendermarkt wurden wiedererrichtet. Außerdem wurde am Vorplatz des Bahnhofes in Liesing eine neue Anstalt geschaffen. Neue Bedürfnisanstalten entstanden im Jahre 1951 in der Volkertstraße, in der Venedigerau, im Arenbergpark, im Schweizergarten, im Herderpark, im Steinbauerpark, in Hütteldorf bei der Straßenbahnschleife der Linie 49, am Nußdorfer Platz und in Grinzing, Himmelstraße. Schließlich wurde auch mit dem Neubau einer unterirdischen Bedürfnisanstalt an der Kreuzung Mariahilfer Straße-Gürtel begonnen. Ende 1951 gab es in Wien 82 gemeindeeigene Bedürfnisanstalten und 151 Pissoire, deren Betriebsführung und Instandhaltung die Firma Wilhelm *Beetz* besorgte.

STÄDTISCHE GÄRTEN.

Die Gemeindeverwaltung setzte in den Jahren nach dem Kriege alles daran, Wien wieder zu einer Stadt der Gärten zu machen. In der Erkenntnis, daß dies ebenso wichtig für die Gesundheit der Bevölkerung wie für die Schönheit der Stadt ist, wurden allein für den Wiederaufbau im Kriege zerstörter Gartenanlagen bis Ende 1951 22 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt und für neue Gartenanlagen rund 2,4 Millionen Schilling aufgewendet. So konnten seit Kriegsende 383 Anlagen im Ausmaß von 3,800.000 m² wieder instandgesetzt und 15 neue Gärten mit zusammen mehr als 200.000 m² geschaffen werden.

Von den in den Jahren 1950 und 1951 der Bevölkerung wieder zugänglich gemachten öffentlichen Anlagen seien folgende hervorgehoben:

- 2. Bezirk: Autoparkplatz Stadion (Grünfläche)
- 3. Bezirk: Arenbergpark
- 10. Bezirk: Laaerberg, Volkspark; Per Albin Hansson-Siedlung (Windschutzpflanzung)¹⁾
- 11. Bezirk: Greifgasse—Lorystraße
- 14. Bezirk: Ordelpark, Wolfersberg
- 15. Bezirk: Neusserplatz
- 17. Bezirk: Rupertusplatz, Alszeile
- 18. Bezirk: Bischof Faber-Platz
- 21. Bezirk: Parkanlage vor dem Paul Speiser-Hof
- 22. Bezirk: Wagramer Straße

¹⁾ Die Windschutzpflanzung wurde nach ihrer Fertigstellung im Jahre 1951 in die Verwaltung der Magistratsabteilung für städtische Wohn- und Amtsgebäude übergeben.

Unter den neu errichteten Gärten ist die am 7. Juli 1951 von Bürgermeister Jonas eröffnete Anlage an der Wagramer Straße besonders bemerkenswert. Sie ist das erste Glied einer Kette von Parkanlagen, die die Gemeinde im Gebiet entlang der Donau zu errichten beabsichtigt. Bürgermeister Jonas bezeichnete es als symbolisch, daß auf der ehemaligen Müllablagerungsstätte, auf einem Boden, wo Schutt von fast jedem kriegsbeschädigten Wiener Haus abgelagert worden war, eine Anlage geschaffen worden ist, die Freude bereiten und Erholung bieten soll.

Aber auch die Randgebiete wurden nicht vergessen; von den dort geschaffenen größeren Anlagen sei der im 25. Bezirk, Perchtoldsdorf, gelegene Begrisch-Park erwähnt.

Ende 1951 verwaltete das Stadtgartenamt 889 öffentliche Gartenanlagen mit einer Fläche von 10.449.160 m² sowie 410 Wohnhausgärten mit einer Gesamtfläche von 744.744 m². Im Jahre 1950 hat das Stadtgartenamt die Verwaltung der öffentlichen Lagerwiesen übernommen, die bisher von der Sportstelle der Magistratsabteilung Kultur und Volksbildung betreut wurden, und im Jahre 1951 kam infolge Auflösung der Magistratsabteilung für Siedlungs- und Kleingartenwesen, noch die Betreuung der Siedlungen und Kleingärten hinzu.

Neue größere Wohnhausgärten wurden im 11. Bezirk, Simmeringer Hauptstraße 76 und in der Molitorgasse, im 13. Bezirk, Hetzendorfer Straße 176 und in der Jakob Steiner-Gasse, im 21. Bezirk in der Siemensstraße sowie im 25. Bezirk in der Josef Schöffel-Gasse 13 und in Atzgersdorf in der Gärtnergasse errichtet.

Schulgärten wurden bei den Schulen am Enkplatz, in Leopoldau, in Stammsdorf, in Breitenlee und in Hirschstetten angelegt.

Die Anlage im Kindergarten XI., Hasenleiten, wurde instandgesetzt und neue Grünanlagen für die Kindergärten im Stadtpark, am Erzherzog Karl-Platz, auf der Landstraße Hauptstraße 96 und im Lager Auhof sowie für die Siedlungen Kagran, Wienerfeld-West, Jedleseesee und Stadlau hergestellt.

Zur Instandsetzung zerstörter und für die Errichtung neuer Anlagen wurden 36.395 dauerhafte Blütensträucher im Jahre 1950 und 3.100 im Jahre 1951 sowie 82.000 Blütenstauden im Jahre 1950 und 85.000 im Jahre 1951 angepflanzt. Außerdem wurden 2.948 Alleebäume im Jahre 1950 und 3.415 im Jahre 1951 gesetzt. Die Anlage von Rasenflächen erforderte im Jahre 1950 15.000 kg und im Jahre 1951 8.000 kg Grassamen. Für die Bestreuung der Gartenwege wurden in den Jahren 1950 und 1951 rund je 500 m³ Wegriesel verbraucht. Die Sitzgelegenheiten in den öffentlichen Gärten wurden durch Aufstellung von 1.600 neuen Bänken im Jahre 1950 und von 800 im Jahre 1951 vermehrt. Um den Kindern Zerstreuung zu bieten, wurden in den Parkanlagen neuerlich 14 Sandbäder und 62 Spiel-sandkästen errichtet.

Am 28. August 1951 wurde vom Magistrat eine Kundmachung über den Schutz der Gartenanlagen im Gebiet von Wien erlassen, durch die die Kundmachung vom 30. April 1930 außer Kraft trat. Sie enthält alle erforderlichen Bestimmungen zum Schutz der Bäume, Grünflächen und Pflanzen sowie auch der Bauten, Denkmäler und Einfriedungen der Gartenanlagen gegen jede Art von Beschädigung durch die Besucher.

Die Verkehrsregelung für den Prater, an der das Stadtgartenamt mitgewirkt hat, ist am 28. Februar 1950 in Kraft getreten. Sie ist eine wirkungsvolle Unterstützung der Kundmachung über den Schutz der Gartenanlagen, da sie auch die Bestrafung von Fahrzeuglenkern ermöglicht, die die Verkehrswege der Prateranlagen verlassen und dabei Wiesen- und Kulturlächen beschädigen.

STÄDTISCHE FRIEDHÖFE.

Der zwischen der Städtischen Bestattung und der Magistratsabteilung für Friedhöfe bestehende Vertrag über die Benützung von Aufbahrungshallen wurde erweitert, so daß nunmehr auch alle für die Aufbahrung notwendigen Einrichtungen, soweit sie Eigentum des Friedhofsbetriebes sind, der Städtischen Bestattung zur Verfügung stehen.

Durch Weisung der Magistratsdirektion wurden vom Jahre 1950 an auch die außerhalb der städtischen Friedhöfe gelegenen Gräber der Besatzungsmächte im Volksgarten, am Stalinplatz, im evangelischen Matzleinsdorfer Friedhof, am Engelsplatz, in Süßenbrunn, Schwechat und Rannersdorf in die Erhaltung und Pflege der Magistratsabteilung für Friedhöfe übergeben.

Am 1. März 1950 traten die vom Gemeinderat am 17. Februar 1950 beschlossenen Änderungen der Begräbnis- und Gräberordnung für die Friedhöfe der Stadt Wien in Kraft. Darnach sind die ehemaligen Ortsfriedhöfe, die durch die Eingemeindung im Jahre 1938 zum Verwaltungsbereich des Wiener Magistrates gehören, gebührenrechtlich anders zu bewerten als die Friedhöfe des alten Stadtgebietes. Bei der Anmeldung von Todesfällen und bei Beerdigungen auf Friedhöfen mußte den Bestimmungen des Personenstandsgesetzes entsprochen werden. Die Zulässigkeit der Beerdigungen von Leichen in gemeinsamen Gräbern einiger Vorortefriedhöfe wurde aufgehoben. Veraltete Bestimmungen über Ausweispapiere und Zeit der Beerdigung wurden durch zweckmäßigere ersetzt. An Stelle der verschiedenen Grabstellentypen, die ihren Ursprung in den früher gültigen Gräberordnungen der einzelnen Friedhöfe hatten, wurden insgesamt sieben Grabertypen geschaffen, die in Hinkunft auf allen städtischen Friedhöfen angelegt werden. Eine einschneidende Änderung ergab sich für die Benützungsdauer der Grabstellen. Die Vergebung von Gräbern auf die Dauer des Friedhofsbestandes wurde eingestellt. Diese Verfügung war notwendig, da fast ein Drittel aller Gräber auf Friedhofsdauer erworben wurden und die jährlich erforderlichen Beerdigungsflächen in allernächster Zeit nicht mehr sichergestellt werden könnten. Ebenso wurde im Jahre 1951 die Vergebung von Reihen- und Einzelgräbern eingestellt, weil diese unwirtschaftlich sind und dem Erwerber empfindliche Einschränkungen in der Ausgestaltung von Grabstellen auferlegen.

Da in der Kriegs- und Nachkriegszeit verabsäumt worden war, Friedhofserweiterungen durchzuführen, verfügten verschiedene Vorortefriedhöfe monatelang über keine neu zu vergebenden Grabstellen. Um hier Abhilfe zu schaffen, wurden Gräber auf unwichtigen Verkehrswegen und nicht erforderlichen gärtnerischen Anlagen errichtet. Dem Andrang zu gewissen von der Bevölkerung bevorzugten Friedhöfen wurde durch folgende Maßregel begegnet: das alte Stadtgebiet wurde in zehn Zonen mit je zwei bis drei zugehörigen Friedhöfen eingeteilt und verfügt, daß für die Beerdigung eines Verstorbenen auf einem nicht zu seiner Zone gehörenden Friedhof die doppelten Gebühren zu entrichten sind.

Im Jahre 1951 wurde der Beerdigungsdienst in den jüdischen Friedhöfen beim 1. und 4. Tor von der israelitischen Kultusgemeinde wieder aufgenommen, obwohl sie noch Eigentum der Gemeinde sind, da das anhängige Rückstellungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist.

In einigen nicht in Eigenregie der Gemeinde geführten Friedhöfen, und zwar in Groß-Jedlersdorf, Jedlese, Lainz, Mannsdorf und Fischamend, wurden die Friedhofskontrahenten ausgewechselt; der Neustifter Friedhof wurde wegen der ständigen Ausdehnung des Betriebes in Eigenregie übernommen, hingegen die

Führung des von der Gemeinde Wien verwalteten Grinzinger Friedhofes einem Kontrahenten übertragen.

Im Zusammenhang mit dem 5. Lohn- und Preisabkommen wurden die Gebühren für die Friedhofs- und Feuerbestattung durch Beschluß des Gemeinderates vom 27. Juli 1951 vom 1. September 1951 an erhöht; trotzdem machen sie aber nur etwa das Dreifache der im Jahre 1937 geltenden Gebühren aus.

Auf den 99 städtischen Friedhöfen standen bisher elf verschiedene Tarife in Geltung. Da für diese aus der historischen Entwicklung hervorgegangene Vielfalt eine praktische Begründung fehlt, wurden diese Tarife mit Beschluß des Gemeinderates vom 26. Jänner 1951 aufgehoben und durch einen einheitlichen Gebührentarif für alle städtischen Friedhöfe und Urnenhaine ersetzt. Gleichzeitig wurde die Zahl der bisherigen Tarifposten von 480 auf 165 herabgesetzt; auch die Höhe der einzelnen Ansätze wurde neu bestimmt. Der neue Gebührentarif wies in den einzelnen Ansätzen eine Steigerung von 8 bis 25 Prozent auf, die sich durch die erhöhten Kosten der Friedhofserhaltung und des Personalaufwandes ergaben.

Die Instandhaltung und Ausgestaltung der sowjetischen Kriegsgräber wurde im April 1950 beendet. Durch Zusammenlegung von Gräberanlagen verminderte sich ihre Zahl von ursprünglich 55 auf 35. Zahlreiche provisorisch errichtete Denkmäler und Einfriedungen wurden durch solche aus Natur- oder Kunststein ersetzt. Für diese Arbeiten sowie die regelmäßige Pflege und Schmückung der Gräber wurden von der Gemeinde in den Jahren 1950 und 1951 allein über 550.000 S aufgewendet, die vom Bund ersetzt wurden.

Die auf dem Ottakringer Friedhof bestatteten 23 Toten der französischen Besatzungsmacht wurden enterdigt und in der französischen Kriegsgräberanlage auf dem Zentralfriedhof wieder beerdigt. Die Kosten für die Instandhaltung dieser Anlage werden von der französischen Besatzungsmacht getragen.

Um den Beerdigungsdienst zeitsparender zu gestalten, wurde die Zahl der Leichenversenkungsapparate und der Vorrat an Balken und Pfosten für die Eingerüstung von Gräbern erhöht. Durch die Nachschaffung von Holz konnten auch die Schachtgräber auf den Hauptfriedhöfen wieder eingerüstet und die Leichen nunmehr mit den Versenkungsapparaten zur Schachtsohle gebracht werden.

Schließlich wurden im Wiener Zentralfriedhof auch sogenannte Gärtnerhütten errichtet, in denen Werkzeug und Material für die Gräberschmückung aufbewahrt werden, um das tägliche Heranschaffen aus der Gärtnerei zu ersparen.

BEERDIGUNGEN UND URNENBEISETZUNGEN.

Um den von Jahr zu Jahr fühlbarer werdenden Mangel an Beerdigungsflächen zu beheben, wurde im Jahre 1950 eine Erweiterung einzelner Friedhöfe im Gesamtausmaß von 450.000 m² beantragt. Die Stadtplanung hat jedoch festgestellt, daß nur mit zwei Drittel dieser Fläche gerechnet werden kann. Daher wurde ein Antrag vorbereitet, der die Verkürzung der äußeren Grablängen, Ausnutzung unwichtiger Verkehrsflächen und Grünanlagen für Grabstellen sowie eine Herabsetzung der erstmaligen Laufzeit der Gräber von 15 auf 10 Jahre und schließlich eine Erhöhung der Anzahl der zulässigen Leichen je Grab von drei auf vier vorsieht.

Aus nachstehender Übersicht geht die Zahl der Beerdigungen in den Wiener Friedhöfen hervor:

| | 1950 | | 1951 | |
|--|---------|-------|---------|-------|
| | Leichen | Urnen | Leichen | Urnen |
| Zentralfriedhof | 9.127 | 245 | 9.713 | 264 |
| Friedhöfe im alten Stadtgebiet..... | 9.494 | 917 | 9.931 | 995 |
| Friedhöfe im neuen Stadtgebiet..... | 2.389 | 111 | 2.601 | 114 |
| Urnenhain der Feuer- halle | — | 1.671 | — | 1.818 |
| Zusammen... | 21.010 | 2.944 | 22.245 | 3.191 |

Hiezu ist zu bemerken, daß im Jahre 1951 die Zahl der Bestattungen von Leichen und Aschenurnen gegenüber den drei vorangegangenen Jahren, in denen sie ziemlich gleichgeblieben war, in größerem Umfang (6,2 bis 8,6 Prozent) zugenommen hat. Erwähnenswert ist auch, daß die Zahl der Feuerbestattungen, die unmittelbar nach dem Kriege eine rückläufige Tendenz zeigte, seit 1948 wieder im Steigen begriffen ist. So betrug der Anteil der Urnenbestattungen an den Gesamtbestattungen 1948 10,6 Prozent, 1949 11,4 Prozent, 1950 12,3 Prozent und 1951 12,5 Prozent. Trotz der Zunahme der Beerdigungsfälle war infolge organisatorischer Verbesserungen sowie Nachschaffung von Versenkungsapparaten und Pölzholz keine Erhöhung des Friedhofspersonals erforderlich.

Die Zahl der Beerdigungen auf dem Zentralfriedhof zeigte einen Rückgang zu Gunsten der Vorortefriedhöfe, die trotz der doppelt so hohen Bestattungsgebühren als Grabstätten bevorzugt wurden.

STÄDTISCHE FRIEDHOFSGÄRTNEREI. STÄDTISCHE STEINMETZWERKSTÄTTE.

Die Städtische Friedhofsgärtnerei, die für den Pflanzenschmuck, die Pflege und Beleuchtung der Gräber sorgt und auch Blumen und Kränze verkauft, erzielte im Jahre 1950 eine 10-prozentige Steigerung des Umsatzes gegenüber 1949 und im Jahre 1951 eine fast 20-prozentige gegenüber dem Vorjahre. Mit Beschluß des Gemeinderatsausschusses VII vom 17. Jänner 1951 wurden die Preise der Städtischen Friedhofsgärtnerei für die Ausschmückung der Gräber um durchschnittlich 12,8 Prozent erhöht.

Auch die Tätigkeit der Städtischen Steinmetzwerkstätte nahm an Umfang zu. Dieser Gewerbebetrieb, der sich neben dem Abtragen von Grabsteinen sowie Öffnen und Schließen von Grüften auf Grund privater Aufträge auch mit der Herstellung von Verschußplatten, Grabmälern und Inschriften sowie mit dem Verkauf von Gruftbelägen, Einfassungen und Grabausstattungsgegenständen befaßt, hatte eine Erhöhung seiner Einnahmen, und zwar von 5 Prozent im Jahre 1950 gegenüber 1949 und von 25 Prozent im Jahre 1951 gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen, wovon im Jahre 1951 15 Prozent auf Preiserhöhungen zurückzuführen waren.

WIEDERINSTANDSETZUNG DER WIENER FRIEDHÖFE.

Außer den umfangreichen Arbeiten, die zur Behebung von Bauschäden sowie zur Verbesserung der Friedhofsanlagen geleistet wurden, mußten auch noch immer Instandsetzungen nach Kriegsschäden durchgeführt werden.

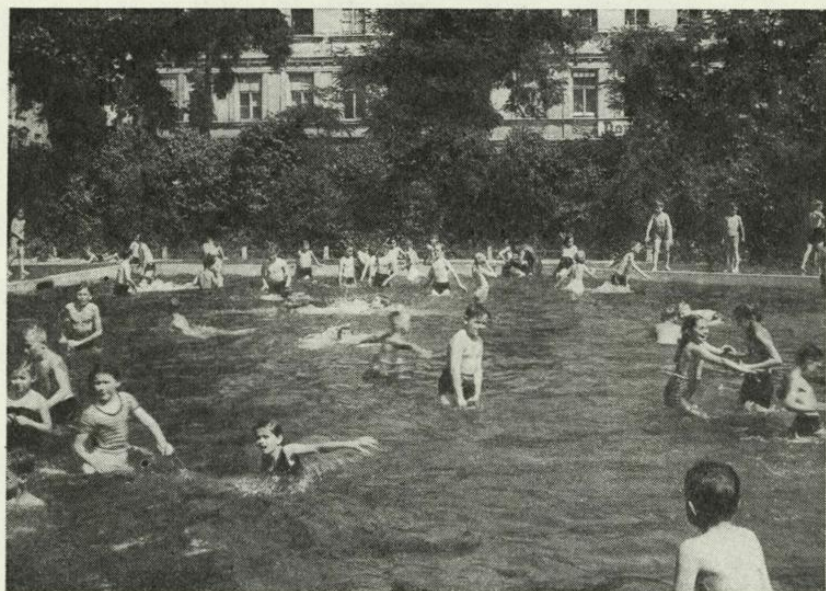
Auf dem *Zentralfriedhof* wurde die Einfriedungsmauer an der Simmeringer Hauptstraße ausgebessert; an der Südostseite des Friedhofes wurde eine 400 m lange Holzeinfriedung errichtet. Das rechte Verwaltungsgebäude wurde um-



Planschbecken Engelsplatz in der Brigittenuau.

Sommerfreuden
und Gesundheit
für die Wiener Kinder.

Kinderreibbad am Arthaberplatz in Favoriten.





Mehr Licht in den
Straßen.

Die Beleuchtung auf dem
Franz Josefs-Kai wird in-
standgesetzt.

Der Graben im Lichte der
neuen Leuchtstoffröhren.



gebaut und das Objekt beim 3. Tor durch Einbau von zwei Wohnungen erweitert. Am Wirtschaftsgebäude wurden 200 m² Dachfläche erneuert und bei den Arkaden 200 m² Blecheindeckung instandgesetzt. Zwei 15 m tiefe Sickergruben wurden geräumt und repariert. Außerdem wurden 8.000 m² Straßenfläche neu hergestellt sowie 800 m² Straßen hergerichtet und 500 m Wasserleitungsrohre ausgewechselt. Erwähnt seien auch die Arbeiten für die Beisetzung des verstorbenen Bundespräsidenten Dr. Karl Renner sowie der provisorische Ausbau und die gärtnerische Ausschmückung seiner Grabstätte. Schließlich wurden 11.800 m² Wege ausgebessert und 380.000 m² mit Riesel bestreut, 21.000 m Hecken geschnitten und 4.800 m Spaliersträucher und 800 Bäume neu gepflanzt.

In der *Feuerhalle* wurden zwei Verbrennungsöfen umgebaut, ein Schlackenaufruf neu montiert, die Sargversenkungsanlage repariert und eine neue Leichenkühlanlage errichtet. An zwei im Kriege beschädigten Türmen der Umfassungsmauer wurden die Dächer erneuert und die Fassade ausgebessert.

Simmeringer Friedhof: Errichtung einer Betonbrücke über den durch den Friedhof führenden Seeschlachtgraben.

Kaiser-Ebersdorfer Friedhof: Neuerrichtung einer Beisetzammer; Instandsetzung des Friedhofstores und Friedhofskreuzes.

Südwestfriedhof: Errichtung einer Einfriedungsmauer aus Beton, 520 m lang; Instandsetzung der Gärtnerei, Glashaus neu erbaut; 70 m Wasserleitungsrohr verlegt; 700 m² Straßen neu gebaut, 620 m² instandgesetzt.

Meidlinger Friedhof: 100 m Wasserleitungsrohr neu gelegt; 920 m² Straßen hergestellt; Glashaus repariert.

Hietzinger Friedhof: 120 m Einfriedung instandgesetzt und 80 m zu einer Brüstungsmauer umgebaut; Schäden an Gebäuden behoben; 150 m² Dachfläche, 870 m² Straßen neu hergestellt, 50 m Wasserleitungsrohr gelegt; neue Glocke montiert; Gärtnerei ausgebaut.

Lainzer Friedhof: Holzeinfriedung, Kanzlei- und Trägerraum sowie 2.000 m² Wege instandgesetzt.

Ober-St.-Veiter Friedhof: 100 m Einfriedungsgitter sowie 110 m² Straße samt acht Stiegen neu hergestellt; 2.500 m² Wege instandgesetzt und neben diesen 16 Bäume und 2.000 m Spaliersträucher gepflanzt.

Baumgartner Friedhof: Schäden am Wohngebäude, an Dächern und Wegen behoben; 400 m² Wege im Urnenhain neu geschaffen.

Hütteldorfer Friedhof: 130 m² Wege instandgesetzt und Arbeiten im alten Teil zur Wiederbelegung durchgeführt.

Friedhof Hadersdorf-Weidlingau: 1.500 m² Wege wiederhergestellt.

Purkersdorfer Friedhof: 60 m Einfriedungsmauer und 150 m² Wege instandgesetzt.

Ottakringer Friedhof: 20 m Einfriedungsmauer ausgebessert; 1.400 m² Wege instandgesetzt; 40 m Wasserleitungsrohr verlegt; 10 m Rohrkanal wiederhergestellt; in den Anlagen 142 Bäume und 1.000 Spaliersträucher gepflanzt; Diensträume renoviert; Friedhofsglocke neu montiert.

Hernalser Friedhof: 200 m Einfriedungsmauer, Aufbahrungshalle, Gärtnerwohnhaus und das im Friedhof befindliche Magdalenenheim, außerdem 25 m Kanal und 1.700 m² Straßen instandgesetzt sowie 200 m² Straßen neu hergestellt; zur Gewinnung von Beeridungsflächen 3.000 m³ Erdreich abgegraben und weggeführt, Sicherung der im Kriege beschädigten Arkaden.

Dornbacher Friedhof: 1.000 m² Wegfläche geteert; Dach des Verwaltungsgebäudes renoviert; 130 m langer Grundstreifen eingefriedet und für Gräber vorbereitet.

Neustifter Friedhof: Urnenhain neu angelegt; 40 m Stützmauer errichtet; 300 m Straßen hergestellt.

Pätzleinsdorfer Friedhof: Bauarbeiten am Friedhofsgebäude verrichtet; Wege instandgesetzt.

Gersthofer Friedhof: Wohngebäude und Hauskanal instandgesetzt; neue Glocke montiert.

Neustifter Friedhof: 2.500 m² Wege instandgesetzt und 600 m² neu hergestellt; 130 m neue Böschungsmauer gebaut; 1.040 m³ Erdreich zur Vorbereitung von Beerdigungsflächen abgegraben; Halle durch Pfeiler gesichert; Gärtnerei ausgebaut; 235 m Wasserleitungsrohr und 20 m Kanalrohr gelegt.

Döblinger Friedhof: Trägerraum, Waschküche und hygienische Anlagen neu hergestellt; Arkaden gesichert; 5.500 m² Wege instandgesetzt; neue Glocke montiert.

Sieveringer Friedhof: nördlichen Friedhofteil erweitert und eingefriedet; 35 m Holzeinfriedung um den Holzlagerplatz errichtet; Hallendach repariert; 30 m Kanalrohr gelegt; 190 m³ Erdreich abgegraben und weggeführt.

Grinzinger Friedhof: Verwaltungsgebäude und Gärtnereiobjekte instandgesetzt.

Heiligenstädter Friedhof: 200 m² Lagerplatz eingefriedet und mit einer Hecke umkleidet; schadhafte Wege ausgebessert.

Stammersdorfer Zentralfriedhof: Anschluß der Lichtanlage an das städtische Stromnetz hergestellt; Pumpenanlage instandgesetzt; Halle II renoviert und ausgebaut; 180 m Einfriedung an dem erweiterten östlichen Friedhofsteil hergestellt und diesen für die Belegung vorbereitet.

Friedhof Stammersdorf-Ort: Gebäude- und Wegschäden behoben; 110 m Einfriedung ausgebessert.

Friedhof Jédlesee: Gebäudereparaturen und Arbeiten für die Friedhoferweiterung durchgeführt.

Friedhof Groß-Jedlersdorf: Sicherungsarbeiten an der Halle; Auswechslung von 100 m schadhafter Holzeinfriedung; Ausbau der Erweiterungsfläche.

Strebersdorfer Friedhof: Einfriedung und Baulichkeiten instandgesetzt; neue sanitäre Anlage errichtet.

Friedhöfe Enzersfeld, Seyring und Leopoldau: Bauschäden behoben und Wege ausgebessert.

Friedhof Kagran: 3 Sickergruben, 15 Wasserläufe und 150 Rinnsale instandgesetzt.

Friedhöfe Leopoldau und Hirschstetten: Brunnen repariert.

Friedhof Bisamberg: 80 m Einfriedung hergestellt und eine 30 m lange Stützmauer aus Bruchsteinen aufgeführt.

Friedhof Groß-Enzersdorf: 50 m Einfriedungsmauer wieder aufgebaut; neuer Brunnen gegraben.

Friedhof Eßling: Anschüttungs- und Planierungsarbeiten vorgenommen; Einfriedung instandgesetzt.

Friedhöfe Hirschstetten, Mühleiten, Oberhausen, Probstdorf, Schönau, Stadlau, Aspern, Süßenbrunn, Breitenlee, Eßling, Raasdorf, Glinzendorf, Franzensdorf, Andlersdorf, Wittau und Mannsdorf: Gebäudeschäden behoben.

Friedhof Mannswörth: 100 m Friedhofsmauer neu errichtet; Halle instandgesetzt und Brunnen repariert.

Friedhof Oberlaa: Sanitäre Anlage neu errichtet; 90 m Wasserleitungsrohr gelegt; Halle renoviert und zwei Friedhofstore hergestellt.

Friedhöfe Maria-Lanzendorf, Wienerberg, Sittendorf und Sulz: Leichenkammern wieder aufgebaut.

Friedhöfe Himberg, Fischamend-Markt, Schwadorf, Münchendorf, Wienerherberg und Vösendorf: Brunenschäden behoben.

Friedhöfe Wiener-Neudorf, Achau, Biedermannsdorf, Gaaden, Gumpoldskirchen, Laxenburg, Liesing, Kaltenleutgeben, Laab im Walde, Zwölfaxing, Pellendorf, Fischamend-Dorf, Rauchenwarth, Ebergassing und Moosbrunn: Gebäudeschäden behoben.

Friedhöfe Achau, Klein-Neusiedl, Wienerherberg und Velm: Einfriedungsmauer und Tore wiederhergestellt.

Friedhof Gramatneusiedl: Gräberanlage der Justifizierten neu gestaltet.

Friedhof Guntramsdorf: Südliche Erweiterungsfläche eingefriedet; 50 m Wasserleitung neu gelegt.

Friedhof Gießhübl: elektrischer Lichtanschluß hergestellt.

Friedhof Perchtoldsdorf: 2.400 m² Wege instandgesetzt.

Friedhöfe Erlaa, Breitenfurth, Rodaun und Kalksburg: Einfriedungsmauern wiederaufgebaut.

Friedhof Brunn am Gebirge: neue Urnenanlage geschaffen.

Friedhof Klosterneuburg „Obere Stadt“: Friedhofsmauer instandgesetzt und Dach der Aufbahnhalle repariert.

Außerdem wurden in zahlreichen Friedhöfen neue Grünanlagen geschaffen, Bäume und Hecken gepflanzt, Wasserbottiche und Abfallbehälter aufgestellt sowie Grabbezeichnungen ergänzt. Die Kriegsgräberanlagen der Besatzungsmächte in Matzleinsdorf, Schwechat, Rannersdorf, Stammersdorf, Aspern, Großenzersdorf, Wiener-Neudorf, Achau und Klosterneuburg wurden neu gestaltet, im Zentralfriedhof, in Mödling und in der Hinterbrühl vergrößert und in Purkersdorf, Ottakring, am Engelsplatz, in Jedlese, Breitenlee, Süßenbrunn, Biedermannsdorf, Perchtoldsdorf instandgesetzt.

EHRENGRÄBER, WIDMUNGEN UND ÜBERNAHMEN VON GRÄBERN DURCH DIE STADT WIEN.

Die Stadt Wien hat in den Jahren 1950 und 1951 folgenden Persönlichkeiten Ehrengräber auf dem Zentralfriedhof gewidmet: dem Bundespräsidenten Dr. Karl Renner, dem Bürgermeister Karl Seitz und dem Präsidenten der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Rudolf Stonner.

In der Feuerhalle wurde eine gemeinsame Ehrengrabstätte für die Stadträte Prof. Dr. Julius Tandler, Hugo Breitner, Dr. Robert Danneberg, Anton Weber und Bezirksvorsteher Max Tober gewidmet.

Ein eigenes Grab auf Friedhofsdauer wurde ehrenhalber gewidmet: dem Schriftsteller Dr. Josef Bergauer, dem Kupferstecher und Radierer Prof. Alfred Cossmann, dem Bildhauer Prof. Wilhelm Dachauer, dem Architekten Karl Gröbner, dem Lehrer Mauritius Kahrer, dem akademischen Maler Prof. Oskar Laske, dem Kammer Sänger Georg Maikl, dem Pionier der Luftschiffahrt Oberstleutnant Franz Mannsbarth, dem Gemeinderat Josef Moldaschl, der Dichterin Paula Molden-Preradovic, dem Komponisten Prof. Oskar Posa, dem Prof. Hans Schwathe und dem akademischen Bildhauer und Magistratsrat Karl Sögner.

In die Obhut der Gemeinde Wien wurden die Grabstellen folgender Persönlichkeiten übernommen:

Schauspieler Anton Amon, Nationalrat August Forstner, Bildhauer Anton Hanak, Hofrat Dr. Julius Mannaberg, Pionier der Luftschiffahrt Oberstleutnant Franz Mannsbarth, Hofrat Dr. Karl Menzel, Prof. Dr. Josef Sorgo, Bildhauer Hugo Taglang, Landtagsabgeordneter Franz Vesely, Prof. Dr. Rudolf Wegscheider, Familie Weith und die Gräber der Romantiker Klemens Maria Hofbauer, Adam Müller, Josef Anton Pilat, Elisabeth Pilat und Zacharias Werner.

STÄDTISCHE FORSTE.

Der reiche Waldbesitz der Gemeinde, der größte in Österreich, dient in erster Linie Erholungs- und Schutzzwecken. Die städtischen Forste im Wienerwald führen der Großstadt gesunde Luft zu und erfüllen ihren Hauptzweck als Ausflugsgebiet der Wiener Bevölkerung. Daher werden ihnen nur geringe Mengen von Holz entnommen. Aus den städtischen Forsten in der Lobau, in Lainz und in Mödling ergaben die Schlägerungen im Jahre 1950 1.975 fm Nutzholz und 14.249 fm Brennholz; im Jahre 1951 wurden 2.026 fm Nutzholz und 16.690 fm Brennholz geschlägert. Die Einnahmen aus dem Holzverkauf betragen im Jahre 1950 901.261 S und 1.302.827 S im Jahre 1951. Das Nutzholz wurde an verschiedene Holzkäufer zu sehr günstigen Preisen verkauft; das Brennholz wurde an das Beschaffungsamt der Stadt Wien, an Kleinhändler und an die Landbevölkerung abgegeben.

Im Zentralforstgarten der dem Stadtforstamt angeschlossenen Landesforstinspektion Wien wurden im Jahre 1950 rund 900.000 verschiedene Forstpflanzen gezogen, die teils an Waldbesitzer im Großraum von Wien zu Aufforstungszwecken verkauft, teils zur Aufforstung und Bindung der Flugsand- und Flugerdeböden im Marchfeld verwendet wurden. Im Jahre 1951 wurden in den Revieren der Forstverwaltungen in der Lobau, in Lainz und in Mödling insgesamt 318.300 Forstpflanzen gesetzt, und zwar Eichen, Eschen, Rotbuchen, Weiden, Ahorn, Kanadapappeln, Fichten, Lärchen, Schwarzkiefern und Sitkafichten.

Die Einnahmen an Pachtzins für Wiesen sowie Jagd- und Fischereirechte aus den Wienerwald-Forsten betragen im Jahre 1950 47.164 S und im Jahre 1951 62.512 S. Das Ergebnis aus der Einhebung von Abgaben geht aus folgender Übersicht hervor:

| | 1950 | 1951 |
|---------------------------|-----------|--------|
| | Schilling | |
| Klaubholz..... | 31.804 | 31.668 |
| Gras, Laubstreu..... | 16.289 | 43.230 |
| Waldpflanzen, Beeren..... | 11.446 | 23.137 |

Im Lainzer Tiergarten wurde das Försterhaus wieder instandgesetzt; an den Wirtschaftsgebäuden der Hermesvilla, ebenso an den Försterhäusern in der Lobau, in Lainz und in Mödling wurden Reparaturen vorgenommen.

Der Lainzer Tiergarten ist von Anfang April bis Ende Oktober gegen Entrichtung einer Eintrittsgebühr allgemein zugänglich; er wurde im Jahre 1950 von 164.377 Erwachsenen und 42.397 Kindern sowie von Schülergruppen besucht, wofür einschließlich der für Personenautos und Motorräder eingehobenen Gebühren 107.770 S eingenommen wurden.

Im Jahre 1951 besuchten 130.991 Erwachsene und 34.251 Kinder den Lainzer Tiergarten. Die Eintrittsgebühr war von 60 auf 80 Groschen für Erwachsene und von 20 auf 50 Groschen für Kinder erhöht worden. Insgesamt wurden in diesem Jahre 119.318 S eingenommen.

In den *Quellschutzforsten* wurden im Jahre 1950 26.100 fm Nutzholz und 11.600 fm Brennholz geschlägert. Zur Aufforstung wurden 600.000 Forstpflanzen gesetzt. Im Jahre 1951 wurden nur 20.000 fm Nutzholz und 9.300 fm Brennholz geschlägert. Die höhere Quote des Jahres 1950 ist noch auf die Auswirkung eines früheren starken Insektenbefalls der Wälder zurückzuführen.

Für Neukulturen wurden im Jahre 1951 562.000 Laub- und Nadelholzpflanzen gesetzt und auch eine kleine Menge Samen ausgelegt; die dadurch kultivierte Gesamtfläche umfaßt rund 90 ha.

Im Jahre 1951 wurden in den Gebirgswässern der Quellschutzforste von den Forstverwaltungen in diesem Gebiete 50.000 Forellenbrütlinge ausgesetzt, um den Fischbestand wieder zu heben.

Die Forstverwaltungen führten auch in den Jahren 1950 und 1951 eine Reihe von Verbesserungen, Neuherstellungen und Instandsetzungen durch. So steigerte die Forstverwaltung *Hirschwang* durch Anschaffung einer automatischen Doppelbesäumsäge die Leistungsfähigkeit des Sägewerkes Hirschwang und erfüllte durch den Bau eines Gemeinschaftsbades im Arbeiterwohnhaus eine wichtige Forderung der Hygiene.

Die Forstverwaltung *Stixenstein* erhielt die Genehmigung zum Ankauf des Eichbergerwaldes, wodurch wieder ein Fortschritt in der Arrondierung des städtischen Quellschutzgebietes erzielt wurde. Die im Bereich dieser Forstverwaltung befindliche Bahnstraße wurde bis zum Lackaboden ausgebaut. Planierungsarbeiten für die Fortsetzung dieses Straßenbaues sind im Gange. Die im Jahre 1950 in Benützung genommene Kettenluhsstraße wurde wesentlich verbessert. Schließlich wurden am Wildbach Rehboden umfangreiche Sicherungsarbeiten vorgenommen.

Die Forstverwaltung *Naßwald* ließ ein zweites Hegerhaus bei der Singerin errichten und das Hanfhaus renovieren. Außerdem wurden die städtischen Gebäude in Hinternaßwald mit elektrischem Strom versorgt.
